Nr. 95 ♦ 43. Jahrg.

Ausgabe A Nr. 48

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 6.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Freitag, den 26. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Skrzynski begründet Polens Anspruch

Eine Rede im Sejm. — Bedenkliche Wendungen gegen Deutschland.

Warschau, 25. Februar. (WTB.) Außenminister **Skrzynski** hielt heute im Sejm bei der ersten Lesung der Locarno-Gesetze eine Rede, in der er u. a. erklärte: Das Abkommen von Locarno ist nichts anderes als eine Ausdehnung der in den Völkerbundstatuten niedergelegten Prinzipien. **Die logische Folge der Unterschrift Deutschlands ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wenn auch zugegeben werden muß, daß eine Spaltung in Sieger und Besiegte nicht mehr angebracht ist, so kann man doch andererseits an einem einzigen Tage noch kein Förderer der großen Ideen des Völkerbundes werden.** Für uns kann die praktische Auslegung des Geistes des Art. 4 der Völkerbundsstatuten nichts anderes bedeuten,

als eine gleichzeitige und gleichwertige Teilnahme Polens als Mitglied des Völkerbundsrates von dem Augenblicke an, wo Deutschland in den Rat eintritt.

Wir wünschen nicht, dort zu sein, um die Bürger fremder Staaten zu schützen oder um in unsere Hand die Regierung irgendwelcher Freistädte zu nehmen oder Kolonialmandate zu suchen. Wir wünschen lediglich, daß unsere Gegenwart die Stellung derjenigen stärkt, die an den Völkerbund glauben als ein Forum, vor welchem heikle Angelegenheiten in einem Geiste der Unparteilichkeit und der Gerechtigkeit, gegründet auf Gesetz, behandelt werden sollen. **Wenn es einerseits recht, gerecht, klug und notwendig war, einen Zeitabschnitt zu beenden, in welchem man zwischen Siegern und Besiegten unterschied, und wenn Locarno diese Unterscheidung, die die internationalen Beziehungen in Europa störte, aufhob, so soll es doch nicht geschehen, um in Europa irgendwelche Privilegien auf Kosten der Sicherheit anderer zu schaffen.** Es darf nicht vergessen werden, daß Locarno eine Etappe auf dem Wege zu dem dreifachen Ziel bedeutet: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung. Die Abkommen von Locarno dürfen nicht das Vertrauen und den Glauben der Völker auf die in Genf begonnene und, wie ich glaube, geforderte Politik des Friedens erschüttern.

Nach weiteren Meldungen aus Warschau fügte noch Skrzynski hinzu:

Wir wollen glauben, daß Herr Stresemann diejenigen Schwierigkeiten besiegen wird, mit denen er in Anbetracht unserer Forderung nach einem Ratssitz rechnen muß.

Wenn man mich fragen würde, ob ich versucht hätte, für die Unterzeichnung der Verträge von Locarno gewisse Zusagen oder Konzessionen, wie z. B. einen Sitz im Rate zu erhalten, so antworte ich: Nein. In einem Augenblick, in dem sich entscheiden soll, welchen Weg angesichts der Konsolidierung des Friedens die polnische Politik zu beschreiten im Begriff ist, da treibe ich keinen Handel mit der Entscheidung Polens und **ich verkaufe sein Wort nicht!**

Eine Erklärung über die Haltung Polens für den Fall, daß sein Antrag auf Erteilung eines Ratssitzes abgelehnt wird, gab der Ministerpräsident nicht ab.

*

Skrzynskis Rede ist in der Sache relativ vorsichtig; sie enthält aber Wendungen, die er besser unterlassen hätte. Der Ausspruch, daß man nicht an einem einzigen Tage zum Förderer des Völkerbundes werden könne, enthält eine ebenso deutliche wie deplazierte Spitze gegen Deutschland, zu der ein polnischer Ministerpräsident am allerwenigsten berechtigt war. Wir wollen diese Gelegenheit nicht benutzen, um alte Wunden aufzureißen, aber es will uns scheinen, daß der Staat, der als Mitglied des Völkerbundes den oberschlesischen Aufruhr aktiv unterstützt hat und der seine Minderheiten so schlecht behandelt, daß sogar in polnischen Reihen Proteststimmen dagegen laut werden, kein Recht hat, sich aufs hohe Roß zu setzen.

Es ist nicht das erstemal, daß Graf Skrzynski seinen Glauben an den Völkerbund besonders laut beteuert und sicherlich gehört der jetzige Ministerpräsident Polens zu den bürgerlichen Politikern seines Landes, die relativ am vernünftigsten denken und handeln. Aber wie es mit dem polnischen Glauben an den Völkerbund in der Praxis aussieht, darüber könnten namentlich die Litauer ein Liedchen singen, die eines Tages mitten im Frieden die Stadt Wilna von den Truppen des Generals Zeligowski, des jetzigen polnischen Kriegsministers, besetzt sahen und die es bis heute nicht erreichen konnten, daß der Völkerbund eine klare Entscheidung zu dieser auf gewaltsamem Wege geschaffenen vollendeten Tatsache treffe. Zwischen Polen und Litauen besteht seit dem ein latenter Kriegszustand, an den man erst gestern durch die Meldung erinnert wurde, daß um den Besitz eines Waldstückes ein blutiges Gefecht zwischen einer polnischen und einer litauischen militärischen Abteilung stattgefunden hat. Schließlich sei noch an die gewaltsame Ergreifung Ostgaliziens durch Polen erinnert, die sich ebensowenig wie im Fall Wilna auf internationale Verträge stützte. Wer innerhalb weniger Jahre solche „Leistungen" aufzuweisen hat, der hätte allen Anlaß, sich nicht als Vorkämpfer der Völkerbundidee aufzuspielen und geringschätzig von Deutschland zu sprechen, das nicht „von einem Tag zum anderen" ein Förderer des Völkerbundes werden könne!

Auch der andere Satz, wonach Polen nicht in den Rat hineinwolle, „um sich mit Bürgern anderer Staaten zu befassen, um die Regierung von Freistädten in die Hand zu bekommen und auch nicht, um nach Kolonialmandaten die Hand auszustrecken", ist nichts anderes als eine fast provozierende Unfreundlichkeit an die Adresse Deutschlands und ein etwas plumper Versuch, andere Mächte gegen Deutschland aufzubringen.

Gerade wir, die wir hier schon zum Ausdruck gebracht haben, daß es nicht Deutschlands Aufgabe sein kann, Polen dauernd vom Rat fernzuhalten und die lediglich dagegen protestieren, daß es gleichzeitig mit Deutschland und mit einer offenkundigen Spitze gegen Deutschland einen Ratssitz erhalte, wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, dem polnischen Ministerpräsidenten zuzurufen: So geht das nicht! Mit solchen geradezu provozierenden Redensarten wird man nur das Mißtrauen derer verstärken, die die Möglichkeit eines fruchtbaren Zusammenarbeitens zwischen Deutschland und Polen im Völkerbund bestreiten.

Wir sind indessen überzeugt, daß bei beiderseitigem guten Willen und wenn man hüben und drüben es sorgfältig vermeidet, Oel aufs Feuer zu gießen, eine für alle Teile annehmbare Lösung erzielt werden kann: nämlich die Gewährung eines nicht ständigen Ratssitzes an Polen noch in diesem Jahre auf der ordentlichen Völkerbundtagung im September.

Arbeitslose in Berlin.

Ihre Zahl und ihre Not.

In Zeiten großer Krisen des Arbeitsmarktes treten die Probleme einer umfassenden Arbeitsmarktspolitik schärfer in den Vordergrund. Ein so gewaltiges soziales Phänomen zwingt ganz einfach die Oeffentlichkeit, sich mit ihm eingehender zu beschäftigen. Dennoch: ein so aufrüttelndes Erlebnis wie in England ist bei uns die riesenhafte Arbeitslosigkeit noch nicht geworden. Seit Jahr und Tag steht im Vordergrunde aller inneren englischen Politik die Lösung des Arbeitslosenproblems. Eingehende Untersuchungen wurden über die ökonomischen Ursachen angestellt und nach Mitteln und Wegen zur Ueberwindung gesucht. Die bedeutsamste psychologische Folge dieser Untersuchungen ist, daß im klassischen Lande des ökonomischen Liberalismus die Idee des Sozialismus immer weitere Kreise erfaßt, das privatkapitalistische Denken immer mehr überwunden wird. Selbst die konservative Regierung muß dieser Gedankenwelt erhebliche Konzessionen machen. Diese ideologische Ueberwindung privatwirtschaftlichen Denkens ist die geistige Voraussetzung ökonomischer Strukturveränderungen.

In Deutschland plätschert man noch seelenvergnügt auf der Oberfläche, ahnt vielleicht nicht einmal, welche gefährlichen sozialen Spannungen eine gewaltige Massenarbeitslosigkeit in sich birgt. Ein sozial feindliches Verhalten der Regierung muß diese Spannungen überflüssigerweise steigern. Die Verständnislosigkeit der Regierung wird wohl am besten durch zwei Tatsachen gekennzeichnet. Die letzte unzureichende Erhöhung der Unterstützungssätze wurde bis zum 1. Mai befristet; eine weitere ausreichende Erhöhung lehnt die Regierung ab. Die Folge davon ist ein aufreibender Kampf um die einfachsten Fragen der Unterstützung. Und doch wäre es so bitter notwendig, daß sich die deutsche Oeffentlichkeit mit der genügenden Gründlichkeit den eigentlichen Problemen der Arbeitslosigkeit zuwendet.

Die Regierung glaubt, daß die Massenarbeitslosigkeit eine bald vorübergehende Erscheinung sei. Anders ist die Befristung der letzten Erhöhung der Unterstützungssätze zum 1. Mai und die Beschränkung der Kurzarbeiterfürsorge bis zum gleichen Termin nicht zu verstehen. Dieser Glaube der Regierung vermag jedoch weder Berge zu versetzen, noch dürfte er die Entwicklung richtig beurteilen. Immer wieder wird an uns die Notwendigkeit herantreten, uns mit dem eigentlichen Problem der Arbeitslosigkeit auseinanderzusetzen. Und so sei denn an Hand der Entwicklung des Berliner Arbeitsmarktes kurz aufgezeigt, welche Aufgaben einer sozialen Arbeitsmarktpolitik obliegen.

Von April bis September 1925 bewegten sich in Berlin die Arbeitslosenziffern zwischen 44 000 und 49 000. Anfang Juni war der Tiefstand zu verzeichnen mit 31 100 Arbeitslosen, davon 21 500 Männer. Bis Ende September steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen auf rund 50 000. Anfang November waren bei den Arbeitsnachweisen in Berlin 62 268 Personen eingetragen; die Zahl steigerte sich Anfang Dezember auf 101 758 Personen, Ende Dezember auf 153 423 Personen. Vom Beginn dieses Jahres ab war die Entwicklung von Woche zu Woche die folgende:

Zahl der Arbeitsuchenden:			Zahl der Unterstützungsempfänger:		
männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
112 885	47 254	160 089	78 748	24 411	103 159
120 157	50 690	170 847	88 970	27 886	116 856
131 509	57 828	189 337	94 984	30 688	125 672
147 028	62 628	210 551	104 316	34 614	138 930
156 617	66 507	223 124	117 896	38 412	156 248
158 758	68 749	227 507	127 642	41 832	169 474
160 176	73 085	233 261	128 054	43 768	171 822
167 149	75 066	242 815	131 382	46 609	177 941

Die Gegenüberstellung zeigt zunächst, daß die Zahl der Unterstützungsempfänger wesentlich geringer als die der Arbeitsuchenden ist. Es ist anzunehmen, daß die Arbeitsuchenden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle arbeitslos sind. Ist das richtig, dann wäre ein erheblicher Teil der Arbeitslosen auf die Wohlfahrtspflege angewiesen. Es entsteht die Frage, worauf das zurückzuführen ist: ob durch Ablauf der Bezugsdauer, durch Verneinung der Bedürftigkeit und wieviele aus Mitteln der Wohlfahrtspflege unterstützt werden. Solche Feststellungen würden Aufschluß über das Durcheinander der Unterstützungsformen, verbunden mit einem überflüssigen Verwaltungsaufwand geben.

Zur Orientierung einer Arbeitsmarktpolitik ist jedoch vor allen Dingen eine Verfeinerung der Arbeitsmarktstatistik erforderlich. Es genügt nicht die Beobachtung der Gesamtentwicklung, auch die Veränderungen in den einzelnen Berufszweigen müssen statistisch festgehalten werden. In England haben eingehende Untersuchungen nach dieser Richtung hin bedeutsame Aufschlüsse in den Konjunkturveränderungen der einzelnen Wirtschaftszweige gegeben.

Vor allen Dingen müßte aber auch statistisch sichtbar gemacht werden die Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch jugendliche Arbeitskräfte und Erwerbs-

Zum Todestag Friedrich Eberts.

Kranzniederlegung durch die Reichsregierung.

Am Todestage des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, am 28. Februar, wird die Reichsregierung einen Kranz mit einer schwarzrotgoldenen Schleife und der Inschrift „Die Reichsregierung" durch Reichsminister a. D. David, den Gesandten des Reiches in Darmstadt, am Grabe Eberts in Heidelberg niederlegen lassen.

Pressenachrichten zufolge . . .

Eine leise Mahnung an die Gutsvorsteher.

Durch Wolffs Bureau wird folgende Meldung offiziösen Ursprungs verbreitet.

Pressenachrichten zufolge sollen sich einzelne Gemeindebehörden auf dem Lande geweigert haben, für das Volksbegehren Eintragungslisten entgegenzunehmen mit der Begründung, es sei ihnen über Auslegung der Eintragungslisten bisher keine Anweisung von der vorgesetzten Dienstbehörde zugegangen. Hierzu ist zu bemerken, daß das Volksbegehren durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 15. Februar, verkündet im „Reichsanzeiger" vom 15. Februar, zugelassen und die Eintragungsfrist festgesetzt ist. Damit ist die **Verpflichtung der Gemeindebehörden entstanden, Eintragungslisten entgegenzunehmen, auch wenn ihnen eine Mitteilung der vorgesetzten Dienstbehörde noch nicht zugegangen ist.** Der Reichsminister des Innern hat bereits durch Rundschreiben vom 16. Februar die Landesregierungen gebeten, alle Gemeinden mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen. Diese dürften inzwischen wohl in allen Ländern ergangen sein.

„Pressenachrichten zufolge ..." Das klingt so herablassend-ungläubig.

Diese Pressenachrichten sind die ganz eingehend mit Belegen versehenen Darlegungen des „Vorwärts", der auf die planmäßige Sabotage der Landbündler und sonstiger deutschnationaler Organisationen hinwies. Ob das Reichsministerium des Innern mit dem sanften Gesäusel dieser Wolff-Depeschen auf die rustikalen Gegner des Volksbegehrens Eindruck zu machen hofft? Den widerborstigen Ostelbiern imponieren nur andere Töne, als die der frommen Höflichkeit. Wir hoffen aber, daß der Runderlaß des preußischen Ministeriums endlich Ordnung schafft. Sonst müßte noch kräftiger nachgeholfen werden.

Freilich darf nicht verschwiegen werden, daß die Erklärung der Reichsregierung, die sie gleichzeitig mit der Zulassung veröffentlichte, der Anfang der Sabotage war und daß die ostelbischen Guts- und Gemeindevorsteher nur vergröbern, was Luther und Stresemann ihnen höflich vorgespielt haben.

Der wirtschaftliche Anschluß. In Wien fand eine Beratung der Präsidenten der österreichischen Handelskammern über Wirtschaftsfragen statt. Einen breiten Raum nahm dabei die Besprechung der Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland ein.

beschränkte. Feststellungen dieser Art haben beispielsweise in Düsseldorf unter tatkräftiger Führung unseres Genossen Jäker dazu geführt, in großzügiger Weise das Problem der Linderung der Not erwerbsloser Großstadtjugend auf erziehlicher Grundlage in Angriff zu nehmen. Das gleiche gilt von dem interessanten Versuch einer Arbeitsfürsorge für Erwerbsbeschränkte in Düsseldorf.

Eine spezialisierte Arbeitsmarktsstatistik wird auch bedeutsame Aufschlüsse über den Zusammenhang vermehrter Arbeitslosigkeit mit ungenügender Berufsausbildung geben. Sie ist insbesondere aber auch unentbehrlich für eine bestimmt orientierte Arbeitsmarktpolitik.

Vorangehende Untersuchungen müssen Klarheit darüber geschaffen haben, welche Wirtschaftsentwicklung Deutschland durch planmäßige staatliche Förderung einschlagen soll, um überhaupt systematisch die großen Aufgaben ergänzender Berufsausbildung und Berufsumschulung in Angriff nehmen zu können. Gegenüber einer solchen auf weite Sicht gerichteten Arbeitsmarktpolitik, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit versucht, alle Fähigkeiten und Kräfte menschlicher Arbeitsleistung zu entwickeln, besteht die Aufgabe einer Durchführung umfassender Notstandsarbeiten darin, eine momentane Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Eine gewisse Systematik der Durchführung solcher Notstandsarbeiten könnte in Zeiten großer Arbeitsmarktkrisen in erheblicherem Umfange wie gegenwärtig zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Dazu ist jedoch erforderlich, daß alle in Frage kommenden öffentlichen Körperschaften bei der Vergebung ihrer Aufträge planvoll verfahren.

Im engsten Zusammenhange mit diesen Aufgaben einer Arbeitsmarktpolitik steht einen umfassende Organisation des Arbeitsmarktes auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Monopolstellung des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Melde- und Benutzungszwang, wie das jetzt der wieder vorliegende Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fordert, sind unentbehrliche Voraussetzungen dafür, daß die Arbeitsmarktorganisation sich zu echter sozialer Technik entwickelt. Erst in diesem Rahmen wird Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zur vollen sozialen Geltung kommen.

Erpressermethoden.

Der „Deutsche", Behrens, Meyer & Co.

Genosse Kuttner schreibt uns:

Erst jetzt kommt mir die Sonntagsausgabe des Stegerwaldschen „Deutschen" zu Gesicht mit einem an meine Adresse gerichteten Artikel. Ich ersehe daraus, daß dem Blatt die Fragen, die ich als Berichterstatter des Femeausschusses den Behrens, Meyer und a. Zeugen vorlegen mußte, unbequem gewesen sind.

Das ist sonderbar genug. Denn meine Fragen bewegten sich in der gleichen Richtung, in der auch die Tendenz des „Deutschen" in der Angelegenheit des 5000-Mark-Darlehns zu gehen schien: nämlich eine klare Unterscheidung zwischen gewerkschaftlichen Prinzipien der christlichen Gewerkschaft an sich und der unwürdigen Bettelei der Behrens und Meyer beim Arbeitgeberverband scharf herauszuarbeiten.

Weit seltsamer aber ist die Art, in der der „Deutsche" den unbequemen Frager zum Schweigen zu bringen sucht, indem er eine große Erpresserpistole auf den Tisch legt und mich mit Enthüllungen des Subjektes Karl Erdmann bedroht. Zu dem Inhalt der Drohung habe ich zu bemerken: Wenn Herr Erdmann der Mitwelt durchaus erzählen will, wie er sich im Jahre 1919 in aufdringlichster Weise bei mir anzumeiern suchte, und damit glatt abfiel, so soll er das ruhig tun. Blamieren kann er nur dabei sich selber, nicht mich, da die Bauernfängermethoden, mit denen er Leute wie Arno Franke und Arthur Zickler kaperte, bei mir den gegenteiligen Erfolg des Gewünschten hatten und mich veranlaßten, alle Anerbietungen Erdmanns abzulehnen, der mir schon bei der zweiten oder dritten Begegnung als politisch zweifelhafte Persönlichkeit erschien.

Daß ein Erdmann aus seinen mißglückten Anbiederungsversuchen noch politisches Kapital zu schlagen sucht, würde mich bei dem Charakter dieses Herrn nicht wundern. Daß aber das Blatt des ehemaligen Ministerpräsidenten Stegerwald hofft, mich durch Drohung mit einem Erdmann von meiner Pflichterfüllung als Berichterstatter abhalten zu können, zeigt das Stegerwaldsche Blatt in solcher Geistesverwandtschaft mit den Korruptionsmethoden des Arbeitgeberverbandes, daß ich nun allerdings an eine ernsthafte Bekämpfung dieser Methoden durch den „Deutschen" nicht mehr zu glauben vermag.

Nach dieser Erklärung des Genossen Kuttner erübrigt es sich für uns, auf einen Schmähartikel einzugehen, den der christliche Landarbeiterverband in der Freitagausgabe des „Deutschen" veröffentlichte und der der Sozialdemokratie bei ihrem Kampf gegen die Korruptionsmethoden der Arbeitgebervereinigung wider besseres Wissen hinterhältige Motive unterstellt. Der „Deutsche" kündigt dabei aufs neue an, daß er sich der Enthüllungen des politischen Hochstaplers Karl Erdmann bedienen will, um den Spieß gegen die Sozialdemokratie zu kehren. Wir hängen diese ohnehin schon genügend niedrige Kampfesweise noch etwas niedriger, weil wir glauben, daß die organisierte Arbeiterschaft daraus die notwendigen Schlüsse ziehen wird. Natürlich verschweigt der „Deutsche" zu wiederholten Malen, daß Karl Erdmann infolge der Feststellungen des „Vorwärts" und nach Eingreifen der sozialdemokratischen Parteiinstanzen sofort aus der Partei hinauskomplimentiert worden ist, als seine korrumpierenden Machenschaften nachweislich feststanden. Dagegen ist Herr Behrens, dessen Name unter der Quittung des ebenso nachweislich für den Fememörder Schulz verwandten Geldes stand, sogar heute noch Vorsitzender des Zentralverbandes christlicher Landarbeiter!

Man sieht, es gibt noch Unterschiede!

Pariser Locarno-Debatte.

Briand tritt nationalistischen Hetzereien entgegen.

Paris, 25. Februar. (WTB.) Die Kammer begann heute nachmittag die Besprechung des Gesetzentwurfs, der die Zustimmung zu den Locarnoverträgen enthält. Der Ausschußberichterstatter, Abg. Paul-Boncour (Soz.), erläuterte nochmals die Verträge und hob die früheren Bemühungen Briands und Herriots für Befestigung und Sicherung des Friedens hervor, wobei die Kammer in Ovationen für beide ausbrach.

Unter Hinweis auf das Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens bemerkte Paul-Boncour, das eine könne man sagen, daß die Franzosen, welche Anhänger der Mächtegruppierung nach der alten Mode seien, sich weigern müßten, Locarno zu ratifizieren. Als Paul-Boncour weiter verschiedene Fragen des Schiedsgerichtsverfahrens erläuterte und auf die bestehenden Mängel hinwies, rief der reaktionäre Abgeordnete General St. Just: „Und inzwischen wird die Kammer nach Bordeaux abgerückt sein!"

Als Paul-Boncour ihm diese Bemerkung als unzutreffend zurückwies, da er ja selbst die Mängel des Schiedsgerichtsverfahrens aufzeige, erklärte der Abg. St. Just, es gebe niemand, der sich freuen würde, daß diese Lücke ermöglichen würde, daß die Deutschen in Paris einzögen, während die Kammer in Bordeaux tagen müsse. Es entsteht minutenlange Unruhe. Die links stehenden Parteien erregen sich und der Redner spricht heftig auf St. Just ein, der übrigens von einer ganzen Anzahl Oppositioneller unterstützt wird, ohne daß es möglich wird, die Zwiesprache zu verstehen. Schließlich kann Paul-Boncour seine Rede fortsetzen. Er erklärt: Welche positiven Allianzen man dem Abkommen von Locarno entgegenstelle? Der unvergleichliche Wert des Rheinlandpaktes ist, daß er die Lücken des Artikel 15 des Völkerbundsstatuts beseitigt. Wenn ein Schiedsgerichtsverfahren zu keinem Ziel gelangen sollte und gewisse Umstände es dahin führen würden, daß der Völkerbundsrat nicht die Sanktion des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts anwendete und

wenn vielleicht feindliche Kräfte auf das linke Rheinufer übergingen, dann würden automatisch die Garantien spielen,

die das Abkommen von Locarno vorsieht. Man würde also in diesem Fall zuerst handeln und dann vor den Völkerbundsrat gehen. Der Artikel 4 des Rheinlandpaktes bringt also die Garantie, die Frankreich vergeblich von England und Amerika gefordert hat. Man kann darauf sagen, das sei eine einfache Unterschrift, aber solle denn die Unterschrift Englands unter diesen Vertrag weniger Wert haben als die Unterschrift, die es unter einen Neutralitätsvertrag gesetzt hat?

Die Abkommen über die Ostgrenze nun sind weniger klar und schwächer als der Rheinpakt. Die Unterhändler von Locarno haben eben für die Ostgrenze nicht die gleichen automatischen Interventionsgründe finden können wie die entmilitarisierte Rheinlandzone. Indessen ist die Tatsache, daß man Deutschland dazu gebracht hat, einen Schiedsgerichtsvertrag zu unterzeichnen, schon an und für sich nützlich für den Frieden Europas. Man muß im übrigen wünschen, daß die Verträge wie die von Locarno sich vermehren. Frankreich träumt in dieser Richtung von Universalität. Der Berichterstatter forderte schließlich die Mehrheit auf, die Verträge von Locarno zu ratifizieren, da besonders sie die Verantwortung für die Sicherheit des Landes zu tragen habe. Nach einer kurzen Pause sprach der Kommunist Marcel Cachin gegen die Vorlage.

Abg. Fabry (Poincarist) erklärt, man müsse den Staatsmännern Vertrauen schenken, die sich bemühten, einen Friedensstatus zu schaffen. Redner bedauert, daß der Vertrag des gegenseitigen Beistandes, den man im Völkerbund ausgearbeitet habe, nicht zustandegekommen sei. Es sei geschehen, weil eben nicht alle Völker den Begriff Sicherheit verstehen könnten. Jedesmal, wenn Frankreich die Sicherheit für den Beistand, die Hilfe, habe präzisieren wollen, seien ihm seine Freunde nicht gefolgt. Weil die Verträge von Locarno weniger präzis seien, habe England sie unterzeichnet.

Briand

erhebt sich und protestiert gegen diese Aeußerung. Sei es nichts, wenn England sich mit allen seinen Kräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft in den Dienst dieser Sache stelle?

Abg. Fabry erklärt: Ich habe nicht gesagt, daß das nichts bedeutet, aber ich erkläre, daß die Bedingungen für ein Eingreifen nur festgelegt sind, wenn die Generalstäbe ihre Pläne ausarbeiten. Andernfalls ist die Sicherheit nicht gewährleistet.

Briand erklärte hierauf, zu Fabry gewendet: Die Abkommen von Locarno sichern uns, daß Großbritannien an der Seite Frankreichs stehen wird, ebenso wie Italien, die Tschechoslowakei und Polen. Hätten wir die Sicherheit 1914 gehabt, dann hätte es keinen Krieg gegeben.

Abg. Fabry erklärte, der Pakt von Locarno darf nicht die Räumung des linken Rheinufers nach sich ziehen. Die allgemeine Meinung in Deutschland ist aber, daß das die notwendige Folge des Abkommens von Locarno sein müsse. Stresemann hat das noch dieser Tage in Köln erklärt. Briand unterbrach Fabry, um zu erklären, man dürfe die Berichte von Zeitungen, die nur einzelne Stellen aus Reden wiedergeben, nicht als Beleg heranziehen. Man habe da Stresemann Dinge sagen lassen, die nicht richtig seien. Wenn man eine Stelle aus einer Rede herausgreife, dann müsse man im voraus auch sicher sein, daß sie richtig wiedergegeben werde. Abg. Fabry erklärte: Ich nehme also von Ihrem Dementi Kenntnis. Briand erwiderte: Ich habe nichts derartiges gesagt. Ich bin nur für loyale Diskussion. Ich habe nur erklärt, daß man nicht auf Grund von Zeitungsberichten und auf Grund eines aus einer Rede herausgerissenen Satzes urteilen darf.

Abg. Fabry sagt weiter: Während Frankreich Deutschland überzeugende Beweise seines guten Willens gegeben hat, hat Deutschland nicht das gleiche getan. Was mich beunruhigt, ist nicht das Gesicht Frankreichs, denn Frankreich hat nicht ein Gesicht für den Frieden und ein Gesicht für den Krieg, sondern das Deutschlands.

Briand erhob sich, nachdem Fabry geendet hatte und erklärte: Ich darf nicht dulden, daß man neben dem Vertrage von Locarno den Vertrag von Versailles vergißt. Dr. Stresemann hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die Rheinlandzone vor der festgesetzten Zeit geräumt werde. Er hat hiermit nur den Friedensvertrag von Versailles interpretiert; daran könne man ihn nicht hindern. Briand verlas zum Beweise dessen den Art. 431, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß wenn Deutschland alle seine Verpflichtungen erfülle, vor Ablauf von 15 Jahren die Räumung erfolgen könne. Diesen Artikel darf, sagte Briand, Deutschland kommentieren.

Abg. Louis Marin, der darauf das Wort nahm, erklärte: Ich werde Ihnen morgen beweisen, daß Stresemann sich auf die Abkommen von Locarno berufen hat.

Briand blieb demgegenüber bei seiner These.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen nachmittag vertagt.

Die Drossel.

Von Karl Suckert.

Unter meinen Fenstern steht ein Baum. Hohe Mauern umgeben ihn von allen Seiten. Den Sonnenschein kennt er nur aus der Ferne. Im Frühling, wenn alle seine Brüder in ihrer Blütenpracht zur Hochzeit schreiten, regen sich erst seine wenigen Knospen, um aus ihrem Schoß nur verkümmerte Blätter sprießen zu lassen. Und wenn der Sommer dem Herbst entweicht, steht dieser Baum schon wieder bar allen Laubes.

Die Menschen gehen an ihm vorüber, würdigen ihn keines Blickes und spotten seiner; denn er ist nicht nur ein krankes, sondern auch häßliches Geschöpf. Sie vergessen dabei, daß er erst ihretwegen siech geworden ist. Bevor man ihn zwischen den Mauern lebendig begrub, konnte auch er sich in Licht und Luft baden. Andern sollte er Freude spenden und ist darüber selbst zugrunde gegangen.

Aber eine Freundin hat der Baum doch behalten. Eine Freundin hat ihn auch in seiner Trübsal nicht verlassen. Seit Jahren schon, wenn sich die ersten Anzeichen des nahenden Frühlings bemerkbar machen, erhält der Baum Besuch: Eine Drossel hat ihm die Freundschaft nicht gekündigt. Ich weiß nicht, was so anziehend auf sie wirkt, aber irgend etwas muß sie wohl abhalten, den nahen großen Park mit seiner reinen Luft und den hohen, kräftigen Bäumen aufzusuchen. Einen Grund muß sie haben, daß sie ihren Freund auf dem Hofe zwischen den Steinmauern nicht verläßt. Vielleicht dauert sie der Baum oder die Menschen im Hinterhause, oder der Baum und die Menschen. Vielleicht will sie die Bedrückten trösten, erfreuen. Im ersten grauen Morgenschimmer, im strömenden Regen, im rauschenden Winde sitzt die Drossel auf des Baumes höchsten Zweig und ihrer kleinen Brust entströmen Jubeltöne in einer Fülle und Schönheit, wie sie die Natur nur in ganz verschwenderischer Laune geschaffen haben kann. Und wenn der Sang der Drossel sich mit dem Rauschen des Windes vereinigt, hofft wohl auch der kranke Baum noch einmal auf Genesung, denn seine Aeste wiegen sich im Rhythmus des Sturmes, als wollen sie einen Tanz probieren. An den Fenstern stehen dann die Menschen und begrüßen die Drossel als den Frühling kündenden Boten.

Musikerelend.

Wer nach dem karnevalistischen Taumel, nach Bällen und Vergnügungen eine Stimme des Gewissens in sich fühlt, wird stärker als vorher an die Not der Menschen erinnert. Wer an dem Elend der Erwerbslosigkeit unter den Handarbeitern nicht genug lernt für seine eigene Läuterung, der könnte in Aschermittwochsstimmung geraten, wenn er den Bericht des „Hilfsbundes für deutsche Musikpflege" liest. Dieser Bund hat nur eine Aufgabe, nämlich: würdige, bewährte und in Not geratene Musiker wirtschaftlich zu stützen. Für die Gerechtigkeit und Sachlichkeit, mit der hier verfahren wird, bürgen die Musikernamen, die im Vorstand fungieren: Schumann, Flesch, Stern, Ebel, Kestenberg, Schünemann. Ein erschütterndes Bild tut sich auf, wenn man liest, in welchem Elend Musiker darben müssen, unfähig, durch ihre hochwertige Arbeit soviel Geld zu verdienen, um Weib und Kinder zu ernähren. Man würde staunen, wenn man erführe, welche Namen unter den Notleidenden sich befinden, in welcher Verwahrlosung die Frauen und Kinder verstorbener Künstler leben, die dem Volk das Höchste gaben, was sie hatten: künstlerische Leistung. Mit Recht verlangt dieser Hilfsbund, der auf allen Gebieten des musikalischen Lebens seine Hilfstätigkeit ausübt, vom Staat die gleichen Mittel, wie er sie den bildenden Künstlern und Schriftstellern zuteil werden läßt. Die Musiker waren, das muß bestätigt werden, lange genug ein Stiefkind des staatlichen Wohlwollens. Wenn die schaffende und nachschaffende Generation im Elend umkommt, ist es aus mit allen fördernden Bestrebungen zur Ausbreitung einer großen Musikkultur. Der Augenblick ist da, wo sich der Staat um diese entsetzlichen Verhältnisse kümmern muß. Der Abstieg des musikantischen Lebens in Berlin geht weiter, die Vertrustung, von der jüngst hier gesprochen wurde, gleichfalls. So wenig für eine Aufblähung des konzertanten Wesens der Stadt Berlin gesprochen werden soll, so muß doch der Gefahr entgegengearbeitet werden, daß Berlin seinen Weltruf als Musikzentrale verliert. Staat und Stadt dürfen niemals vergessen, daß es ihre schönste Aufgabe ist, diesen Weltruhm nicht erschüttern zu lassen. Noch leben die beiden Berliner Orchester; der Magistrat hat weitherzig Subventionen zugesagt. Bei einer Stetigkeit dieser Zuwendungen wird es allmählich auch möglich werden, die Kosten für Aufführungen größeren Stils zu verringern und die vielgeplagten Musiker, die äußerlich eine Konkurrenz mit den aufstrebenden Kinos kaum mehr ertragen können, zu entlasten. Ein Nachwuchs an reproduzierenden Künstlern kann sonst nicht gedeihen, und es besteht sonst kaum die Möglichkeit, daß ein verborgenes Hochtalent den wichtigen Schritt in die Oeffentlichkeit wagt. Auch die Agenturen werden das allmählich einsehen müssen und von ihren hohen Anforderungen an die Künstler Abstriche machen. Ein Blick in die Zeitungen verrät, daß die Masse der Konzerte aufhört, daß viele nicht mehr zur Annonce das Geld haben. Zum Geldverdienen ist beim Musiker jetzt überhaupt keine Zeit. Die Schüler verschwinden, und auch durch ein vom Hungern bezahltes öffentliches Konzert werden die Wege zu einer künstlerischen Betätigung nicht freigemacht. Aschermittwoch auf der ganzen Linie. Daß die Musikbeilage eines bürgerlichen Weltblattes wie der „Vossischen Zeitung" von heute auf morgen eingeht, daß hierdurch eine Erziehungsmöglichkeit des Publikums, ein Heranführen an die sozialen, ästhetischen und psychologischen Fragen des Musiklebens unmöglich gemacht wird, spricht für sich und spricht nicht gerade für den kulturellen Geist eines großkapitalistischen Unternehmens. Es gilt hier nicht einen Nekrolog zu schreiben, aber es darf den Kollegen Sling, Spitz und Neruda nachgesagt werden, daß sie mit gesunden künstlerischen Kräften an ihrem Blatt gearbeitet haben, und daß sie unschuldig sind an seiner Ausschaltung.

K. S.

Republikanischer Studentenbund Frankfurt a. M. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß nur durch Zusammenschluß aller auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Studierenden die Festigung und Vertiefung des republikanischen Gedankens erreicht werden kann, hat sich die gesamte republikanische Linke an der Universität Frankfurt (Main) einmütig zusammengeschlossen. Der seit 1922 bestehende republikanische Studentenbund Frankfurt a. M. setzt sich nunmehr aus folgenden Gruppen zusammen: 1. Sozialistische Arbeitsgemeinschaft an der Universität Frankfurt (Main), 2. Arbeitsgemeinschaft kath. rep. Studenten, 3. Pazifistische Studentengruppe Frankfurt (Main), 4. Demokratische Studentengruppe an der Universität Frankfurt.

Der Bubikopf — eine jüdische Erfindung. Der Bubikopf ist im klerikalen Oesterreich ein Gegenstand fortgesetzter Gehässigkeiten der konservativen Schwärmer für den alten Zopf. So hat vor einigen Tagen in Lungau im Salzburgischen ein erbitterter Gegner der Bubikopffrisuren einen Hetzartikel gegen diese Haarmode losgelassen, die eine jüdische Erfindung sei, welche die Sitten gefährde und die öffentliche Moral untergrabe. Dabei stellt die Wiener „Arbeiterzeitung" fest, daß die Töchter hoher und höchster Staatsbeamter nicht allein in Lungau, sondern auch in Linz und Wien Bubiköpfe tragen. Sogar die Gattin des Landeshauptmanns von Salzburg hat sich die Zöpfe schneiden lassen, und im benachbarten Tirol trägt man den Bubikopf wie am Kurfürstendamm. Unglückliches Oesterreich!

Und wieder der Mars! Prof. Douglas, Direktor der Sternwarte von Arizona, hat, dem „New York Herald" zufolge, erklärt, daß man aus den in letzter Zeit erzielten Photographien den Schluß ziehen könne, daß das Leben auf dem Planeten Mars dem Leben auf der Erde sehr ähnlich sein müsse. Man habe die Photographien mit Hilfe von Platten, die für die dem Auge unsichtbaren infraroten Strahlen empfindlich gemacht wurden, erzielt. Die auf dem Mars festgestellten schwarzen Teile stellten die Vegetation dar; die Photographien zeigten ferner in einer Höhe von 20 Kilometern in der Marsatmosphäre richtige Wolken.

Schauspieler-Vorstellung. Direktor Barnowsky hat für die Wohlfahrtskassen der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen eine Vorstellung der Komödie „Der Garten Eden", vier Akte eines unanständigen Mädchens, im Komödienhaus für den 4. März, nachm. 3 Uhr, zur Verfügung gestellt. Karten im Bureau des Bezirksverbandes, Keithstraße 11, Zimmer 10.

Wohltätigkeitskonzert. Zugunsten der zahlreichen an den Berliner Hochschulen studierenden Akademiker findet am 2. März, abends 8 Uhr, in der Singakademie ein Konzert statt, bei dem Frau Hussa-Greve von der Berliner Staatsoper Lieder von Schubert, Schumann, Mozart und Strauß zum Vortrag bringen wird. Karten sind bei Bote u. Bock, Wertheim und an der Abendkasse zu haben.

Die Kunsthandlung Viktor Hartberg, Schöneberger Ufer 41, zeigt im März in einer Sonderausstellung neuere Gemälde von Wolf Röhricht und plastische Werke von Willy Steger.

Weltislam-Kongreß. Auf dem kürzlich veranstalteten Indisch-Islamitischen Kongreß in Djakja in Niederländisch-Indien wurde beschlossen, so schnell wie möglich zwei Delegierte der indonesischen Demat-Islam-Bewegung nach Hedschas zu entsenden, die sich mit den Anhängern des Demat-Islam der ganzen Erde in Verbindung setzen und auch die Bewohner der heiligen Stadt Mekka hinzuziehen sollen. Ferner soll eine Untersuchung über die Voraussetzungen und die Art der Organisation des Weltislam-Kongresses angestellt werden, der ursprünglich in Kairo geplant war, jedoch auf Bitten des Sultans Ibn Saud nunmehr in Mekka abgehalten werden wird.

Länder und Fürstenabfindung.

Die Rückwirkung im Rechtsausschuß. — Die Habgier der Hohenzollern.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde die Debatte über die §§ 2 und 7 des Fürstenabfindungsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) verficht den Standpunkt, daß eine Rückwirkungskraft ausgesprochen werden müsse, namentlich zugunsten der Länder.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) forderte gleichfalls eine Auskunft von der Reichsregierung und den Länderregierungen, welche Fälle sie für endgültig erledigt ansähen.

Abg. Wegmann (Z.) äußerte Bedenken seiner Partei, dort, wo eine definitive Regelung aller Streitigkeiten erfolgt sei, die Streitfragen neu aufzurühren. Aber im Falle Krojanke-Flatow z. B. sei eine neue Prüfung nicht von der Hand zu weisen.

Abg. Landsberg (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß die gegenwärtigen Erledigungen auf der Grundlage lediglich formalen Rechtes erfolgt seien, und zwar, weil die Länder in der Zwangslage waren: sie sagten sich, unter diesem Recht, das nicht mit uns geboren wurde, unterliegen wir.

Das rein formale Recht könnte bei Streitigkeiten zwischen Fürsten und Ländern nicht ausschlaggebend sein.

Wie sehr die formale Grundlage der ganzen Auseinandersetzungen erschüttert sei, ergebe sich ja gerade aus dem Antrag der Kompromißparteien, die selbst eine andere Entscheidung erstrebten. Gerade der Fall Flatow-Krojanke zeige z. B. die Ungeeignetheit dieses formalen Rechtsstandpunktes. Eine einseitige Anrufung des Reichssondergerichts durch die Länder genüge vollkommen, schon, weil die Fürsten im Vergleichswege meist mehr erhalten hätten, als sie nach den jetzt vorgesehenen Richtlinien bekommen würden. Es sei also kein Bedürfnis erkennbar, auch den Fürsten das Antragsrecht zu geben.

Abg. Dr. Hanemann (Dntl.) widersprach den Anschauungen des Abg. Landsberg. Auch die Fürstenhäuser seien zum Teil in schwerer Zwangslage gewesen.

Abg. Dr. Bell (Z.) erinnerte daran, daß die Entscheidung in bezug auf Oels vom Oberlandesgericht ergangen sei und diese Entscheidung könnte das neue Reichssondergericht nicht binden. Wo eine vollständige Vermögensauseinandersetzung mit dem Fürstenhause erfolgt sei, müsse die Sache ruhen. Eine Formulierung dafür müßte bis zur zweiten Lesung noch gefunden werden.

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) würde es schon als einen Fortschritt begrüßen, wenn die teilweise erledigten Auseinandersetzungsfälle dem Reichsgericht nochmals überwiesen werden.

Vom Zentrum und den Demokraten war inzwischen ein Ergänzungsantrag eingegangen, wonach als nicht endgültig erledigt gelten sollen die Fälle, die nur für einzelne Vermögensteile oder nur für einzelne Mitglieder der Fürstenhäuser geregelt sind.

Die Stellungnahme der Länderregierungen.

Reichskommissar Oberst Kuenzer teilte dann über die Stellungnahme der Landesregierungen folgendes mit:

Vier Regierungen erklären, daß sie keine reichsgesetzliche Regelung wünschen; zwei, daß sie zwar diese Regelung, aber keine Rückwirkung auf ihr Land wünschen. Fünf Regierungen wünschen ohne Einschränkung eine reichsgesetzliche Regelung; vier haben sich auf die Anfrage der Reichsregierung noch nicht geäußert. Die Reichsregierung habe nunmehr allen Landesregierungen telegraphisch die Frage vorgelegt:

1. Welche Länder die Auseinandersetzung als endgültig erledigt ansehen;

2. Ob ein Land, wo sie endgültig erledigt ist, durch Reichsgesetz die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Auseinandersetzung haben will;

3. Ob in den Fällen, wo nur über einzelne Vermögensstücke endgültig entschieden ist, die Regierung die Rückwirkung auch auf diese Fälle wünscht;

Die Habgier der Hohenzollern.

Als Vertreter der Preußischen Regierung schilderte Geheimrat Franke eingehend den Verlauf der komplizierten gerichtlichen und außergerichtlichen Auseinandersetzung über den Besitz der Herrschaft Flatow-Krojanke mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Hohenzollern.

Flatow-Krojanke ist aus Mitteln der Schatulle bezahlt worden, die aber aus den Einkünften der staatlichen Domänen entnommen waren. Das Oberlandesgericht Marienwerder habe entschieden, daß schon in der Tatsache, daß der König diese Herrschaft zu Privateigentum habe erwerben wollen, das Eigentum der Hohenzollern hinreichend hervorgehe. Auch das Reichsgericht habe zugunsten der Hohenzollern entschieden. Für Alt-Glienicke habe Friedrich Wilhelm IV. für den Quadratmeter Boden 2 Pf. bezahlt, das Landgericht Potsdam aber habe diesen Preis für angemessen erklärt. Bei dieser Rechtsprechung habe der Staat, auch um die hohen Kosten zu vermeiden, in vielen Fällen gar nicht erst Eigentumsansprüche erhoben.

Der Staat habe nicht weniger als 1 700 000 Reichsmark an Gerichtskosten zahlen müssen.

darunter allein 350000 M. als bloße Korrespondenzgebühr für einen Anwalt des Prinzen beim Reichsgericht. Anfang 1925 sei die Sache durch einen Vergleich erledigt worden. Dieser Vergleich sei für den Staat wenig günstig.

Die Familie des Prinzen Leopold zähle nur sieben Mitglieder und würde nach dem Vergleich gegenüber dem Gesamthaus Hohenzollern außerordentlich bevorzugt sein. Sie würde einen Besitz von 100 000 Morgen erhalten, während die viel zahlreichere Hauptlinie nach dem vorletzten Vergleich insgesamt nur 290000 Morgen erhalten würde. Schon die Gerechtigkeit erfordere, daß das zu schaffende Gesetz auch die Herrschaft Krojanke treffe.

Bei Anwendung der im Kompromiß-Gesetzentwurf aufgestellten Richtlinien würde der Staat wesentlich besser abschneiden. Der Vergleichsvertrag sei dem Landtag nicht zur Genehmigung vorgelegt worden, aber verfassungsrechtlich gültig. Das preußische Staatsministerium habe das Privateigentum des ehemaligen Königshauses auch an der Herrschaft Schwedt-Vierraden-Wildenbruch 1923 ausdrücklich schriftlich anerkannt unter dem Druck der Klagenandrohung.

Hier handele es sich um 80000 Morgen, die der Kurfürst Albrecht Achilles auf Grund eines Friedensschlusses mit den Pommernherzögen erworben habe.

Nach Landrecht sei das Eigentum des Staates nicht zu bezweifeln.

Trotzdem sei im Jahre 1847 innerhalb des königlichen Hauses die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtig sei, diese Herrschaft vom Staate zurückzufordern. Im Jahre 1854 sei durch Kabinettsorder des Königs bestimmt worden, daß der Finanzminister den König vor dem eigentlich gar nicht zuständigen Geheimen Justizrat verklagen müsse. Und dieser habe das Privateigentum der Hohenzollern anerkannt. Diese hätten dann auch noch Entschädigung gefordert für die Teile, welche während der staatlichen Verwaltung veräußert worden seien, um die Kriegsschulden zu bezahlen.

Als Entschädigung habe dann das königliche Haus auch noch über 2 Millionen bekommen.

Unter gleichen Umständen seien gültige schriftliche Anerkenntnisse des Privateigentums auch für andere Herrschaften erfolgt, weil nach dem geltenden Recht ein Prozeß für den Staat aussichtslos erschien.

Die Ansprüche des russischen Generals Michael.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) äußerte die Ansicht, daß die beispielsweise in Mecklenburg bestehenden Streitigkeiten über die Auslegung des Vergleichsvertrags vom Reichssondergericht entschieden werden müßten. Der bereits abgefundene Herzog Karl Michael sei zwar russischer General gewesen, habe aber während des ganzen Krieges in der Schweiz gewohnt und an keinen Kampfhandlungen gegen Deutschland teilgenommen.

Abg. v. Richthofen (Dem.) wies darauf hin, daß der Herzog Karl Michael einen Tag nach Kriegsausbruch die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben habe und daß gleichwohl deutsche Staatsrechtslehrer ihm den Anspruch auf Erbberechtigung und Abfindung zugebilligt hätten.

Abg. Dr. Coerling (Dnat.) betont, die Auseinandersetzung mit dem Herzog Karl Michael sei von einer demokratisch-sozialdemokratischen mecklenburgischen Regierung erfolgt. Einen Vermögensvorteil habe der Herzog davon nicht gehabt.

Abg. D. Dr. Kahl (D. Vp.) bezeichnete grundsätzlich eine Rückwirkung auf endgültig entschiedene Fälle als unannehmbar.

Der Ausschuß beschloß, für die zweite Lesung weitere Auskünfte über Braunschweig, Koburg, Gotha und Mecklenburg-Schwerin einzuziehen. Damit schloß die Aussprache.

Die Beschlüsse des Ausschusses.

Zum § 7 wurde zunächst der sozialdemokratische Antrag, der die **Rückwirkung des Gesetzes** auch auf endgültig erledigte Auseinandersetzungsfälle verlangt, **mit 17 gegen 6 Stimmen** bei zwei Stimmenthaltungen **abgelehnt.**

Mit 12 gegen 7 Stimmen wurde folgender **Antrag v. Richthofen angenommen:**

„Ist vor Inkrafttreten des Gesetzes eine Auseinandersetzung in einem Lande bereits durch Urteil, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt worden, so können beide Parteien binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Sache vor das Reichssondergericht bringen. Das Reichssondergericht hat zu prüfen, ob das Urteil, der Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich in seinen wesentlichen Bestimmungen den Vorschriften des § 5 zuwiderläuft. Stellt das Reichssondergericht dies fest, so hat es unter Aufhebung des Urteils, Schiedsspruchs, Vertrags, oder Vergleichs nach diesem Gesetz zu verfahren."

Damit war der ursprüngliche § 7 des Kompromißentwurfs gefallen.

Angenommen wurde mit 13 Stimmen bei 9 Enthaltungen ein Antrag des Zentrums und der Demokraten, wonach im § 2 eingefügt werden soll, daß als nicht endgültig erledigt gelten sollen die Fälle, die nur hinsichtlich von Teilen der Auseinandersetzungsmasse oder nur für einzelne Mitglieder des beteiligten Fürstenhauses entschieden sind.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) fragte, ob nach diesem Beschluß auch die für einzelne thüringische Fürstenhäuser abgeschlossenen Vergleiche oder gefällten Urteile als keine endgültige Erledigung für Thüringen gelten sollen, weil es sich nur um Teile des jetzigen Landes Thüringen handelt.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) hielt diese Konsequenz für zu weitgehend, während Abg. v. Richthofen (Dem.) dem Beschluß die Auslegung gab, daß in der Tat für das ganze Land Thüringen die Auseinandersetzungsfrage dem Sondergerichtshof wieder überwiesen werden könne.

Der Ausschuß vertagte sich dann auf Freitag. Am Freitag soll die erste Lesung beendet werden.

Förderung des Exports nach Rußland.

Beschluß des Haushalt-Ausschusses des Reichstags.

Der Reichshaushaltsausschuß beschäftigte sich am Donnerstag mit der Vorlage des Wirtschaftsministeriums über die Ausfallgarantie des Reiches und der Länder für nach Sowjetrußland getätigte Ausfuhrgeschäfte, die vor einigen Tagen einem Unterausschuß zur Vorberatung überwiesen war.

Die Vorlage geht davon aus, daß die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie sich immer mehr von einer Kreditschwierigkeit zu einer Absatzkrise größten Umfanges umgebildet hat. Es werden die Ursachen dieser Krise untersucht und die Möglichkeiten ihrer Abhilfe erörtert. Die Krise habe einen Umfang angenommen, daß das Reich sich der Verpflichtung, mit öffentlichen Mitteln einzugreifen, nicht länger entziehen könne. Die Förderung des Exports erscheine als ein geeigneter Weg, auf dem das Reich helfend einzugreifen imstande sei. Auf diesem Wege sind die meisten der anderen Industrieländer Deutschland bereits vorangegangen, trotzdem die Industrien jener Länder bei weitem nicht in dem Maße gelitten haben wie die deutschen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind Mittel zur Förderung des Exports durch Hergabe von Krediten durch die öffentliche Hand zur Verwendung gelangt. In England hat die Regierung im Jahre 1921 durch ein Gesetz die Ermächtigung erhalten, für die Exportförderung Mittel durch Hergabe von langfristigen billigen Krediten und durch Uebernahme von Exportrisiken zu verwenden. In Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Holland, selbst in Oesterreich sind ähnliche Wege beschritten. Auch in Polen sind bereits größere Geschäfte von der Regierung finanziert worden. In Deutschland ist auf dem Gebiet der Exportförderung unmittelbar mit Reichsmitteln bisher fast noch nichts geschehen. Dabei ist der deutsche Anteil am Welthandel seit der Zeit vor dem Kriege von 12,1 Proz. auf 6,5 Proz. in 1924 und 7,1 Proz. im Jahre 1925 zurückgegangen. Ganz besonders ist Deutschland in Rußland, wo es früher an erster Stelle der Wareneinfuhr stand, in den Jahren 1924 und 1925 von England und Amerika überholt worden. Der Anteil Deutschlands an der Gesamteinfuhr nach Rußland betrug in 1902 34,8 Proz. und stieg mit leisen Schwankungen auf 47,5 Proz. in 1913, um dann jäh zu fallen. In der Zeit vom Januar bis einschließlich September 1925 stand er auf im Durchschnitt nur 15,3 Proz. Es besteht die Gefahr, daß der deutsche Anteil an der russischen Einfuhr weiter zurückgeht, wenn nicht besondere Maßnahmen getroffen werden. Die Gründe für diese Gefahr bestehen insbesondere in der Tatsache, daß Deutschlands Konkurrenzländer bessere Zahlungs- und Kreditbedingungen stellen. Das Geschäft mit Rußland hatte sich von jeher als ein Kreditgeschäft dargestellt. War dies schon vor dem Krieg der Fall, so gilt es unter den heutigen Verhältnissen in erhöhtem Maße.

Die Behandlung dieser Export- und Kreditfragen ist dadurch vor kurzem in ein akutes Stadium getreten, daß seitens der russischen Regierung eine Reihe von Aufträgen auf weitausschauende Lieferungen in Aussicht gestellt worden ist. Diese Lieferungen sollen der Ausrüstung wichtiger russischer industrieller Unternehmungen dienen. An diesen Aufträgen hängen aller Voraussicht nach für die Zukunft noch große Nachbestellungen. Im ganzen handelt es sich um Lieferungen, die einen Gesamtwert von etwa 300 Millionen Mark ausmachen.

Die Schwierigkeiten liegen in der Hauptsache auf dem Gebiet der Kreditgewährung. Die russische Regierung glaubt, diese Anlagen nur vergeben zu können, wenn ihr ein langfristiger Kredit von den Lieferanten zur Verfügung gestellt wird. Die deutschen Industriellen sind nun kaum in der Lage, Kredite dieses Umfanges und dieser Dauer in vollem Maße auf ihr eigenes Risiko zu übernehmen. Wenn also die Lieferungen nach Deutschland fallen sollen, muß von der öffentlichen Hand ein Teil des Risikos übernommen werden. Die Finanzierung ist wie folgt gedacht:

Das Reich übernimmt für die einzelnen Ausfuhrgeschäfte eine Ausfallgarantie in Höhe von 35 Proz. des Kaufpreises. Diese Garantie ist auf einen Gesamtbetrag von 105 Millionen begrenzt, so daß Einzelgeschäfte bis zu einer Gesamthöhe von 300 Millionen abgeschlossen werden können. Die Haftung des Reichs soll nur eintreten, wenn die deutsche Lieferfirma selbst mindestens 40 Proz. des Risikos übernimmt und grundsätzlich vor dem Reich haftet. Von den durch die Ausfallgarantie zu stützenden Geschäften von insgesamt 300 Millionen Reichsmark soll etwa die Hälfte für eine Zeitdauer von vier Jahren, der Rest für zwei Jahre laufen. Bei langfristigen Geschäften soll es sich in der Hauptsache um sogenannte „schwere Installationen" für den Wiederaufbau gewisser russischer Industrien handeln. Bei den zweijährigen um „leichtere Installationen". Die Bestellungen sollen vorzugsweise der deutschen Eisen und Metall erzeugenden und verarbeitenden Industrie zugute kommen. Es sollen nur solche Exporte finanziert werden, die ohne die Ausfallgarantie nicht oder nicht mit deutschen Lieferfirmen zustande kommen würden. Nur in Deutschland hergestellte Fabrikate dürfen Gegenstand der Geschäfte sein. Die Finanzierung der einzelnen Geschäfte soll grundsätzlich den Privaten überlassen bleiben. Die Reichsregierung hat dafür Sorge zu tragen, daß die Vergünstigung der Ausfallgarantie nicht nur wenigen ausschließlich oder vorzugsweise zugute kommt. Die Zugehörigkeit eines konkreten Geschäfts unter die oben erwähnten allgemeinen Kategorien ist von einer interministeriellen Stelle zu entscheiden.

Die Vorlage, die im Unterausschuß einer gründlichen Durchberatung unterzogen worden war, wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen beifällig aufgenommen. Die Sozialdemokratie erhofft von ihr eine größere Beschäftigung von Arbeitskräften und dadurch eine Minderung der Erwerbslosigkeit. Sachlich wußten außer Bemängelungen im einzelnen auch die Deutschnationalen wenig gegen die Vorlage zu sagen. Man hatte gleich von Beginn an den Eindruck, daß sie der Vorlage hauptsächlich aus dem Grunde opponierten, weil die neue Regierung nicht zuerst der Landwirtschaft Zuwendungen mache. Ganz direkt erklärte dann auch der deutschnationale Redner Dr. Quaatz am Schluß seiner Ausführungen, seine Parteifreunde könnten so lange kein endgültiges Votum über die Vorlage abgeben, bis sie nicht erfahren hätten, was denn die Regierung gegen die schwere Notlage der Landwirtschaft zu tun gedenke. Nach kurzer Debatte wurde der nachstehende, von der Sozialdemokratie und fünf anderen Parteien unterzeichnete Antrag bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen mit allen anderen Stimmen angenommen:

„Der Hauptausschuß wolle beschließen, der Reichsregierung die Ermächtigung zu erteilen, auf Grund der in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministers vom 18. Februar 1926 unter Ziffer 1 bis 10 festgelegten Voraussetzungen eine Garantie für Lieferungsgeschäfte nach Rußland bis zum Höchstbetrage von 105 Millionen Mark zu übernehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Vorhaftung der Industrie auf 20 Proz. beschränkt bleibt, während für die weiteren Ausfälle die Garantie von Reich und Ländern in Höhe von 75 Proz. des Ausfalls eintritt, woran Reich und Länder im Verhältnis von 7 : 5 beteiligt sind."

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Finanzministeriums fortgesetzt. Es kamen Redner des Zentrums, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zum Wort.

Wiederholter Fechenbachprozeß?

Wiederaufnahme beantragt.

München, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch Reichsgesetz ist die Wiederaufnahme jener politischen Prozesse gestattet worden, die seinerzeit vor den bayerischen Volksgerichten in erster und einziger Instanz, ohne daß der Verurteilte irgendein Rechtsmittel gehabt hätte, geführt worden waren. Auch Felix Fechenbach war von einem dieser Volksgerichte unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Haß und nach dementsprechender Prozeßführung zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt worden, aus dem ihn die bedingte Begnadigung erst dann befreite, als man einen Ausgleich gegen die rasche Freilassung der Novemberputschisten von 1923 brauchte. Nun hat Fechenbachs Verteidiger Dr. Hirschberg in einem hundertseitigen Schriftsatz mit vielen Beilagen die Wiederaufnahme des Fechenbach-Prozesses beantragt. Das Landgericht München I und nach ihm das Reichsgericht sind zur Entscheidung über die Wiederaufnahme und, im Bejahungsfall, auch zur Prozeßführung selbst berufen.

Dreiländerkonferenz in Brüssel.

Belgisch-französisch-deutsche Wirtschaftsfragen.

Heute und morgen tagt in Brüssel eine Konferenz der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs, deren Aufgabe die Besprechung der in Ausarbeitung befindlichen Handelsverträge zwischen den genannten Ländern ist. Als Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei werden die Abgg. Dr. Breitscheid und Dr. Hilferding und der frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt, als Vertreter der französischen sozialistischen Partei die Abgg. Barthe, Cayrel, Couteaux, Spinasse, die Mitglieder des Parteivorstandes Bracke und Grumbach und als Repräsentanten der Genossenschaften Gaston Lévy und Ernest Poisson nach Brüssel kommen.

Ein Pogrom in Damaskus?

Rom, 25. Februar. (TU.) Die für die Verhandlungen der Mandatskommission hier weilende syrische Delegation hat eine Meldung erhalten, nach der in Damaskus eine schweres Blutbad verübt worden sei. Armenische Söldner Frankreichs sollen das Quartier Midan überfallen und 600 Mohammedaner getötet, 150 Häuser geplündert und niedergebrannt haben. Auf Vorstellungen christlicher Notablen soll der französische Kommandierende eingeschritten sein, sich jedoch mit der Entlassung von 20 armenischen Soldaten begnügt haben.

Gewerkschaftsbewegung

Die Panzerzüge der Reichsbahn.

Gegen den „inneren Feind".

Zu der dem „Vorwärts" unterstellten „gröblichen Verzerrung des richtigen Tatbestands" über die Verwendung der zu bauenden Panzerzüge wird uns aus Eisenbahnerkreisen geschrieben: Als nach dem mitteldeutschen Aufstand 1924 das damalige RVM. mit dem Plane herauskam, einen schwer bewaffneten sog. „Bahnschutz" aufzustellen, versuchte es, hierzu auch die Zustimmung und Mitarbeit der Gewerkschaften zu erreichen. Diese lehnten ohne Rücksicht auf die Richtung der einzelnen Organisation jede Mitarbeit an diesem unsinnigen Plane ab, da sie schon damals der Meinung waren, daß dieses Instrument, das noch dazu ohne jede Kontrolle in die Hand der Verwaltung gelegt werden sollte, eines schönen Tages gegen die Eisenbahner selbst verwendet werden würde. Die Lokomotivbeamten, denen die Verwaltung die besondere Gefahr ihres Berufes bei Brückensprengungen, Schienenaufreißen usw. klarmachen wollte, erklärten in Gemeinschaft mit allen anderen Organisationen, daß sie verfassungsgemäß nur einen Schützer von Leben und Gesundheit sowie Eigentum anerkennen könnten; diese einzige hierzu berufene Stelle sei der Staat und nicht die Eisenbahn.

Nachdem die Verwaltung bei dem organisierten Personal derart abgeblitzt war, versuchte sie ihr Glück bei den „völkischen" Elementen, die im Eisenbahnbetriebe geradezu großgepäppelt werden. Diese Kräfte verkauften für ein paar Würstchen, einige Groschen Zulage und zugesichertem Schutz gegen Abbau, in neuester Zeit auch gegen Rücküberführung in das Arbeiterverhältnis ihre ganze Kollegenschaft. Korruptionsfonds, Unterstützungen usw. leisteten Zutreiberdienste für diese famosen Institutionen.

In der Hauptverwaltung der Reichsbahn geht längst der Scharfmachergeist der Arbeiterfeindschaft um. Man sucht Konflikte, man provoziert sie geradezu, nachdem man unter Herrn v. Siemens zum Sturmtrupp des Reichsverbandes der deutschen Industrie befördert worden ist. Man will noch Zehntausende alter eingearbeiteter Kräfte auf die Straße werfen, um Platz für Stahlhelmer, Baltikumer und Konsorten zu machen, die durch eigene Arbeitsnachweise angeboten werden. Das ist der wahre Grund für die Bildung des „Bahnschutzes". Schon am 5. August 1925 fragte der „Vorwärts", was auf einer geheimen Dezernentenbesprechung in Karlsruhe, über die bis heute ein Protokoll nicht bekanntgegeben wurde, für den Fall innerer Unruhen, Streiks und dergleichen, welche die Verwaltung in ihren eigenen Verfügungen kommen sieht, beschlossen worden ist? Belasten diese Mittel auch die persönlichen Ausgaben, und wer kontrolliert sie?

Bevor die Hauptverwaltung nicht Aufklärung gibt und die Unterlagen vorlegt, behaupten wir, daß es sich bei den mitgeteilten Tatsachen nicht um eine Ente des „Vorwärts", sondern um eine Irreführung der Oeffentlichkeit durch die „Tägliche Rundschau" handelt, für die jedoch die Reichsbahnverwaltung verantwortlich ist, die es neuerdings vorzieht, im Hintergrunde zu operieren.

Wie lange gedenkt übrigens das Reich, sich einen so schwer bewaffneten Privatbetrieb gefallen zu lassen, der eine Gefahr großen Ausmaßes darstellt? Was sagt der Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit dazu?

Die Arbeitszeitkonferenz der Arbeitsminister.

Berlin, 25. Februar. (WTB.) Die Einladung der englischen Regierung zu der voraussichtlich am 15. März in London beginnenden Konferenz über eine internationale Regelung der Arbeitszeit ist hier eingegangen. Zu der Konferenz sind die Regierungen von Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien geladen. Die englische Regierung wird sich auf der Konferenz durch den Arbeitsminister Sir Steel-Maitland, den parlamentarischen Staatssekretär Betterton und dem Staatssekretär des Arbeitsministers Sir Horace Wilson vertreten lassen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns beabsichtigt, persönlich an der Konferenz teilzunehmen. Er wird von mehreren Beamten des Reichsarbeitsministeriums begleitet werden.

Kein Lohnabkommen in der Holzindustrie.

Die Unternehmer stimmten dem Schiedsspruch nicht zu.

In Nummer 59 des „Vorwärts" berichteten wir über die am 2. Februar in Leipzig geführten Verhandlungen der Zentralvorstände zur Erneuerung des Lohnabkommens, das die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbandes gekündigt hatten. Da diese Verhandlungen nicht zum Ziele führten, weil die Unternehmer die Löhne abbauen wollten, erfolgte am 3. Februar ein Schiedsspruch, wonach alle Lohnabkommen bis zum 31. Juli unverändert verlängert werden. Die Erklärungsfrist war am 12. Februar abgelaufen. Die Unternehmergruppen, deren Haltung nicht einheitlich ist, machten allerlei Winkelzüge, forderten teilweise eine Verlängerung der Erklärungsfrist, während die meisten den Schiedsspruch ablehnten.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr in die schwebenden Differenzen eingegriffen und eine unverbindliche Aussprache zwischen den Parteien zum gestrigen Tage anberaumt.

Angestellte und Erwerbslosigkeit.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hatte zum 23. Februar eine Versammlung der erwerbslosen Mitglieder einberufen, die gut besucht war. Das Referat hatte das Mitglied des Verbandsvorstandes Kollege Fritz Schröder übernommen. Einleitend wies Schröder auf die vollständige Veränderung in der Klassenlage der Angestellten hin. Die Idylle des möglichen Aufstiegs eines jeden Angestellten zu den höchsten Stellungen ist in den letzten zwei Jahrzehnten gründlich zerstört worden. Der Angestellte ist heute — genau wie der Arbeiter — ein Faktor in der Produktion, dem keine grundsätzlich anderen Funktionen, wie etwa den Rohstoffen, zukommen. Das Referat beschäftigte sich sodann mit den Uebergängen

von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft,

der gewaltigen direkten und indirekten Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen mit den Gedankengängen der deutschen Unternehmer, die im Abbau sozialer Rechte, nicht in ihrem notwendigen Aufbau, die Grundlagen für eine günstige Entwicklung der Wirtschaft und damit verbundene Behebung der Arbeitslosigkeit sehen.

Die besondere Steigerung der Arbeitslosigkeit der Angestellten liegt einerseits an der Aufblähung der Verwaltungsapparate in der Inflationszeit, andererseits an der Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine

Die vom ZdA. und AfA-Bund erwirkten und geforderten Maßnahmen kommen in einer umfangreichen

Entschließung

zum Ausdruck, die gegen wenige Stimmen nach längerer Aussprache angenommen wurde.

In der Entschließung wird die sofortige Einbringung des Gesetzentwurfes über die Arbeitslosenversicherung und die beschleunigte Verabschiedung durch den Reichstag gefordert. Bis dahin soll die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge mindestens in folgenden Punkten geändert werden:

1. **Beseitigung der Vorschriften über Bedürftigkeit;**
2. **Beseitigung der Begrenzung in der Bezugsdauer;**
3. **Beseitigung der Pflichtarbeit.**

Die Befristung der Unterstützungssätze und der Kurzarbeiterfürsorge auf den 1. Mai ist aufzuheben und die Unterstützungssätze sind so zu erhöhen, daß der Erwerbslose den notwendigen Unterhalt bestreiten kann (Artikel 163 der Reichsverfassung).

Da es den erwerbslosen Angestellten nicht möglich ist, zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung die erforderlichen Beiträge zu leisten, wird erwartet, daß der Reichsarbeitsminister den Vorschlägen des AfA-Bundes entsprechend bestimmt, daß für die Zeit der Stellenlosigkeit eine Anrechnung von Beitragsmonaten zur Erhaltung der Anwartschaft stattfindet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen. Weiter wird die Einführung des gesetzlichen Anmelde- und Benutzungszwanges und die Zentralisierung der Angestelltenvermittlung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage gefordert sowie ein erhöhter Kündigungsschutz und die obligatorische Einführung von Ablehrgeldern.

Gegen die Einstellung von Wartegeldempfängern und Pensionsbeziehern in Angestelltenberufe wird protestiert und gefordert, diese Stellungen restlos mit erwerbslosen Angestellten zu besetzen. Die Gemeinden sollen Mittel und Einrichtungen zur ergänzenden Berufsausbildung und Berufsumschulung zur Verfügung stellen. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten wird der Erlaß von Vorschriften über die Höchstzahl der zu haltenden Lehrlinge als unentbehrlich bezeichnet. Die baldige Herausbringung des Berufsausbildungsgesetzes wird zur Sicherung der Berufsausbildung und Regulierung des Zustromes als notwendig erklärt.

Da die Arbeitslosigkeit unter den Angestellten unnötig verschärft wird durch überlange Arbeitszeit, wird die baldige gesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages gefordert.

Mit der Annahme dieser Entschließung gaben die erwerbslosen Angestellten allen denen eine Absage, die statt tatkräftiger Arbeit die Bildung von „Erwerbslosenausschüssen" und ähnlichen Dingen fordern. Die Stimmung der Versammlung bewies, daß sich der ZdA. auch in der Tätigkeit für die erwerbslosen Angestellten — gestützt auf deren Vertrauen — auf dem rechten Wege befindet.

Kleinbahner-Proteststreik in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 25. Februar. Der von den Straßenbahnern angekündigte zweistündige Proteststreik ist heute zur Durchführung gekommen. Punkt 10 Uhr sind sämtliche Wagen der Straßenbahn auf offener Straße zum Stillstand gekommen. Um dieselbe Zeit begab sich eine Deputation der Straßenbahner zum Demobilmachungskommissar, um bei diesem wegen Lohnforderungen vorstellig zu werden. Auch soll der Arbeitsminister um Vermittlung angerufen werden. Die Direktion der Kleinbahn teilt mit, daß der Streik vollständig überraschend eingesetzt habe. Irgendwelche Wünsche oder Forderungen seien der Direktion nicht unterbreitet worden. Auch über die Dauer des Ausstandes sei sie nicht unterrichtet.

*

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Kleinbahn hatten der Direktion die Forderung unterbreitet, die Löhne um 30 Proz. zu erhöhen. Die Direktion hat diese Forderung abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß wies die Forderung der Kleinbahner ebenfalls zurück. Daraufhin wurde der Proteststreik beschlossen. Und die bedauernswerte Kleinbahndirektion weiß von nichts. Sie hat offenbar ihren Beruf verfehlt, diese Direktion. Dafür müßte sie von der Reichsbahn übernommen werden.

Jahrbuch 1926 des IGB.

Auch in diesem Jahr wird ein mit deutschem, französischem und englischem Text versehenes Jahrbuch des IGB. über den Stand der internationalen Gewerkschaftsbewegung erscheinen. Die Publikation enthält u. a. die Namen, Adressen und Mitgliederzahlen aller dem IGB. und den Internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen, eine Liste der von ihnen herausgegebenen Zeitungen, eine Uebersicht der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt, eine Liste aller bestehenden Arbeiterbildungseinrichtungen, der Sektionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale usw., endlich ausführliche Berichte über die dem IGB. angeschlossenen Organisationen, die Wirksamkeit der Internationalen Berufssekretariate, eine Uebersicht über die Hauptbestimmungen der Statuten der Landeszentralen und der Berufssekretariate usw. Der Preis des etwa 150 Seiten zählenden Jahrbuches beträgt 10 deutsche Reichsmark oder den Gegenwert in anderen Währungen. Es kann bei der Verlagsabteilung des IGB., Tesselschadestraat 31, Amsterdam, bei jeder Buchhandlung oder direkt in Deutschland bei der Verlagsgesellschaft des ADGB. m. b. H., Berlin S. 14, bezogen werden. Da nur eine kleine Auflage dieses Buches hergestellt wird, ist sofortige Bestellung zu empfehlen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Achtung, Zimmerer! Verbandskameraden! Sonntag, 28. Februar, vormittags 9½ Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, Zahlstellenversammlung. Alle Delegierten müssen mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung pünktlich erscheinen. Die Mitglieder der Schlichtungskommission und der Vorstandes treffen sich bereits um 9 Uhr im Versammlungsraum. **Der Vorstand.**

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. **Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".**

A. WERTHEIM

Leipziger Platz — Königstraße — Rosenthaler Straße — Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Rotkohl holländ. Pfund **8 Pf.** — **Wirsingkohl** holländ., Pfund 8 Pf. — **Weißkohl** dänisch., Pfund 8 Pf. — **Blumenkohl** Kopf von 15 Pf. an — **Zwiebeln** . . . . . Pfund 10 Pf. — **Sellerie** . . . . . Pfund 15 Pf.

Zitronen Dutzend **32 Pf.** — **Apfelsinen** Dutzend 58, 48 Pf. — **Tafeläpfel** . . . . Pfund 25 Pf. — **Kalif. Aepfel** Pfd. 45 Pf., Kiste ca. 45 Pfd. brutto 15 75 — **Ananas-Reinetten** Pfund 30 Pf. — **Kranzfeigen** . . . . Pfund 30 Pf.

Blut-Orangen . . Kiste ca. 150 Stück **12 50**

Fett. u. magerer Speck (deutsche Ware) Pfund **1 40** — ***Echte Westf. Plockwurst*** . . Pfund **1 65** — ***Grüne Heringe*** große . . . . **5** Pfund **40 Pf.**

Bratflundern u. Dorsche, Pfd. **14 Pf.** — **Kabeljau** ohne Kopf Pfund 15 u. 20 Pf. — **Biele** . . . . . Pfund 20 Pf. — **Rotbarse** ohne Kopf, Pfd. 23 Pf. — **Zander** . . . . . Pfund 88 Pf. — **Leb. Hechte** u. **Karpfen** Pfd. 25

Bücklinge kleine, Pfd. 50, große **20 Pf.** — **Makrelenbücklinge** Pfd. 25 Pf. — **Makrelen** geräuchert Pfd. 30 Pf. — **Fleckheringe** u. Seelachs geräuch. Pfd. 42 Pf. — **Flundern** . . Pfund 45 u. 35 Pf.

Konserven

	Dose ½		Dose ½
Brech- u. Schnittbohnen	68 Pf.	Apfelmus	55 Pf.
Junger Spinat	45 Pf.	Pflaumen 4 Pfd.-Dose	1 20 — ½ 65 Pf.
Gemüse-Erbsen	50 Pf.	Mirabellen ½ Dose 60 Pf.	½ 1 M
Junge Erbsen	60 Pf.	Rindfleisch im eigenen Saft 2-Pfund-Dose	1 25
Junge Erbsen fein	1 40	Gulasch Rind- u. Schweinefleisch, 1 Pfd.-Dose	63 Pf.
Kaiserschoten	2 15	Oelsardinen portug., Klubd.	45 Pf.
Stangenspargel 50-60 Stang., ½ Dose	1 20 — ½ 2 15	Kronenhummern nur Scheren u. Schwänze ½ D.	3 60
extra stark, ½ Dose	1 60 — ½ 2 95		

Pflaumen-Konfitüre . . . . 2-Pfund-Eimer **1 M.**

Kaffee frisch gebrannt, aus eigener Rösterei, **Konsum**, Pfd. **2 40** — **Haushalt** Pfund **2 80**

Malossol-Kaviar . . . . grobkörnig, ½ Pfund **6 50**

Frisches Fleisch

Rinderkamm Brust u. Querrippe Pfund **65 Pf.** — **Schmorfleisch** u. Roastbeef mit Knochen . . . . Pfund **85 Pf.** — **Kalbskamm, Brust** u. Rücken Pfund **68 Pf.** — **Kalbskeule** ganz u. geteilt . . . . . Pfund **80 Pf.** — **Hammelvorderfleisch** . . Pfund **78 Pf.** — **Schweinebauch u. Rücken** Pfd. **1 M** — **Schweineschinken u. Blatt** Pfd. **1 10** — **Liesen** Pfd. **90 Pf.** — **Gehacktes** Pfd. **70 Pf.**

Ia Gefrierfleisch Rinderkamm und Brust . . . . Pfund **48 Pf.**

Landleber- u. Rotwurst, Pfund **1 15** — **Fleischwurst** . . . . Pfund 1 45 — **Jagdwurst** . . . . . Pfund 1 45 — **Bierwurst** . . . . . Pfund 1 60 — **Filetwurst** . . . . . Pfund 1 60 — **Mettwurst** (Braunschweiger Art) . . . Pfund 1 65 — **Feine Leberwurst** . Pfund 1 65 — **Zervelat u. Salami** holst. Pfund 1 80 — **Schinkenspeck** in 1 Pfund-Stck., Pfd. 1 90

Romatour Stück **20 Pf.** — **Camembert** vollfett Schachtel 23 Pf. — **Harzerkäse** 1 Pfund-Kiste 65 Pf. — **Tilsiter** u. **Gouda** dän. Pfd. 68 Pf. — **Limburger** Allgäuer, Pfd. 75 Pf. — **Edamer** u. **Holländer** Pfd. 90 Pf. — **Schweizerkäse** dän., Pfd. 1 20 — **Tilsiter** vollfett, i. Stanniol, Pfd. 1 20

Königstraße, Rosenthaler Straße, Moritzplatz: Berliner Mettwurst . . . . . Pfund 95 Pf. — Landleberwurst und Speckwurst . . . Pfund 1 M — Teewurst . . . . . Pfund 1 80

Billige Seife

Lavendelseife Kart. 3 St. 65 Pf. — **Molaseife** Karton 3 Stck. 70 Pf. — **Rokokoseife** Kart. 3 St. 85 Pf. — **Lilienmilchseife** Kart. 4 St. 85 Pf. — **Lavendelseife** Kart. 3 St. 75 Pf. — **Blütentauseife** Kart. 3 St. 95 Pf.

Margarine Pfund **56 Pf.** — **Talg** . . . . 1 Pfund-Paket 60 Pf. — **Kokosfett** . 1 Pfund-Tafel 66 Pf. — **Bratenschmalz** . Pfund 95 Pf. — **Molkerei-Butter** ½ Pfund-Paket 95 Pf. 1 04 — **Tafelbutter** . . . . . Pfund 2 06

Hasen gestreift u. ausgeworfen, Pfund **80 Pf.** — **Hirschrücken** Pfund 1,20 u. 1 M — **Hirschkeulen** . . . . Pfund 1 40 — **Haselhühner** . . . . Stück 1 70 — **Masthühner** feinste holländ. Pfund 1,55 u. 1 25

Bosnische Pflaumen . . . . Pfund **32 Pf.** — ***Kalifornisches Backobst*** Pfund **58 Pf.** — ***Auszug-Mehl*** **5**-Pfund-Beutel **1 20**

Borkenschokolade im Karton **30 Pf. u. 55 Pf.** — **Pralinenbrote** 100 Gr.-Stück 35 — 200 Gr.-Stück 70 Pf. — **Blockschokolade** Haushalt Pfund 1 M — **Sandgebäck** Pfd. 1 M m. Schok. 1 30

Pralinenmischung . . . . ½ Pfund-Karton **1 40**

Wein

Preise für ½ Flasche einschließlich Steuer ohne Glas

1924 Wöllsteiner milder Tischw. 80 Pf. — **1923 Alsheimer Goldberg** sehr mild 90 Pf. — **1922 Remicher Goldberg** pikanter Tischmosel 1 05 — **1920 Dürkheim. Schloßgarten Riesling** Wachst. Stadtverwalt., kräftiger Pfälzer 1 50

1921 Liebfraumilch II rote Kapsel, Liebfrauenstift, mild 2 M — **1922 Grandes Côtes** französischer Rotwein 1 05 — **1918 Margaux** gepflegter Bordeaux 1 30 — **Tarragona** rot, süß, vorzügliche Qualität 1 25 — **Vermouth Cordello** Stärkungswein 1 45

Feine Fruchtweine Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirsch- u. Heidelbeerwein, Cyder **1 M**

Besondere Gelegenheit

Wagners Saar-Edelkristall blumiger Saar-Riesling-Sekt, einschließlich Marke **4 50**

Filiale Königstraße:

Weiß-, Rot- u. Süd-Wein vom Faß

Gegen den Abbau des Mieterschutzes.

Nochmalige Wohnungsdebatte in der Stadtverordnetenversammlung.

Die in der vorigen Stadtverordnetensitzung abgebrochene Debatte über den sozialdemokratischen Antrag gegen den Abbau des Mieterschutzes und über andere Anträge zur Wohnungsnot und zum Wohnungsbau nahm noch den größten Teil der gestrigen Sitzung in Anspruch. Unser Genosse Gutschmidt forderte von der Stadt, daß sie endlich etwas Durchgreifendes zur Linderung der Wohnungsnot tue. Er schlug eine Maßnahme vor, von der eine wirksame Förderung des Wohnungsbaues zu erwarten ist. Ein neuer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird die Stadtverordnetenversammlung nötigen, zu diesen Vorschlägen nächstens Stellung zu nehmen. Die Abstimmung ergab Annahme unseres Protestes gegen den beabsichtigten Abbau des Mieterschutzes, doch stimmten für ihn nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Die anderen Anträge wurden einem Ausschuß überwiesen.

*

Die gestern abgehaltene Stadtverordnetenversammlung nahm zunächst ohne Debatte den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion an, der sich gegen die beabsichtigte Verlängerung der Dauer des Beamtensperrgesetzes wendet. Eine lange Aussprache entspann sich bei der zweiten Beratung eines kommunistischen Antrages, der vom Magistrat die Aufstellung von Richtlinien für die kostenfreie Benutzung der städtischen Badeanstalten durch die Erwerbslosen verlangt. Der Antrag wurde nach dem Vorschlag des Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen. Die Versammlung wandte sich dann der weiteren Beratung des Protestantrages der sozialdemokratischen Fraktion gegen die

Beschränkung der Mieterschutzgesetzgebung

zu. Als Redner unserer Fraktion spricht Genosse **Gutschmidt:** Die Auffassung bestimmter Interessenkreise, daß nur die Wohnungszwangswirtschaft die Wohnungsuchenden hindere, eine geeignete Wohnung zu finden, ist heute verschwunden. Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege haben die Verhältnisse in der Bau- und Wohnungswirtschaft zu einer Wohnungsnot geführt. Bei etwa 30 000 Eheschließungen im Jahre sind nur 20 000 Wohnungen gebaut worden, so daß sich jedem Sehenden offenbarte, daß wir uns mit Riesenschritten den Wohnungskalamitäten näherten, die durch den Krieg und der Nachkriegszeit verschärft wurden und schließlich zu den gegenwärtigen Zuständen führten. Es ist daher eine Demagogie ersten Ranges, wenn gewisse Leute die Revolution für die Wohnungsnot verantwortlich machen wollen. Der Redner begrüßt es, daß der Oberbürgermeister letzthin in einer Broschüre gegen die Wohnungsnot Stellung genommen hat, nur ist der Verfasser der Sache nicht erschöpfend auf den Grund gegangen. Zu einem Zeitungsausfrager habe der Oberbürgermeister geäußert, daß für den Fall der Unmöglichkeit, billigere Wohnungen zu bauen, der sogenannte kleine Mann eben die teueren Wohnungen nehmen müßte, und seine übrige Lebenshaltung entsprechend einschränken müsse. Wenn das das Oberhaupt Berlins wirklich gesagt hat, dann streiche er, Redner, allerdings die Flagge und sage nur: „Nach Ihnen, Herr Oberbürgermeister!" Die sozialdemokratische Fraktion hat die feste Absicht, zur Förderung des Wohnungsneubaues in positiver Weise mitzuarbeiten. Sie lehnt alle Demonstrationsanträge ab, wird aber mit größter Energie auf die Annahme eines von ihr soeben eingereichten Antrages dringen, der u. a. von der Stadt Berlin die

Bereitstellung von 25 Millionen Mark für den Neubau von Wohnungen verlangt.

(Ueber diesen sozialdemokratischen Antrag wird erst in einer der nächsten Sitzungen verhandelt werden.) Ein besonderes Kapitel ist der Wucher mit den Baurohstoffen. Wir haben gegenwärtig etwa viermal soviel Baumaterialienhändler, wie vor dem Kriege, obwohl der Umsatz kaum die Hälfte der Vorkriegszeit erreicht. Der Einfluß der Syndikate und Kartelle geht soweit, daß die Schließung gut funktionierender, modern eingerichteter Ziegeleien durchgesetzt wird, nur weil diese Ziegeleien billiger geliefert haben. Die Stadt Berlin sollte nicht in eigener Regie Häuser bauen. Der Betrieb beim Häuserbau ist mit einem Monopolbetrieb, wie es die meisten Betriebe und Werke der Stadt sind, nicht zu vergleichen, da der Wohnungsbau mehr oder weniger ein Konjunkturbetrieb ist, der stark von der Jahreszeit abhängt.

Die Stadt Berlin sollte sich aber die Unterstützung der gemeinnützigen und sozialen Baubetriebe angelegen sein lassen,

die bisher bewiesen haben, daß sie nicht nur lebensfähig sind, sondern auch auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung sehr Anerkennenswertes geleistet haben. Die von den Wohnungskonsumenten gegründeten Organisationen sollten mehr als bisher die Unterstützung und Förderung der städtischen Behörden finden. Genosse Gutschmidt unterzog im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen die Hypothekenpolitik der städtischen Sparkasse und der Reichsversicherungsanstalt einer scharfen Kritik. Am Schluß seiner Rede bat Genosse Gutschmidt alle Fraktionen, an der Beseitigung des Wohnungsmangels und des Wohnungselends mitzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.) Oberbürgermeister **Böß** betonte, daß die Stadt Berlin aus eigenen Mitteln schon sehr namhafte Summen zum Zwecke des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellt habe. Im übrigen habe er dem Zeitungsmann gegenüber nicht von kleinen Leuten schlechthin, sondern ganz allgemein von der Herabsetzung der Lebenshaltung des ganzen deutschen Volkes gesprochen. Stadtv. **Treffert** (Z.) wendet sich in längerer Rede gegen die Mißstände in der Wohnungswirtschaft. Treffert nimmt die Beamten der Wohnungsämter gegen die verallgemeinernden Anwürfe des Deutschsozialen Kunze in Schutz. Nach dem Deutschnationalen **Paeth** betont **Schwenk** (Komm.), daß so lange keine Aenderung in der Wohnungsnot eintreten wird, als nicht die Stadtverordnetenversammlung vollkommen neue Wege in der Abwehr der kapitalistischen Wohnungswirtschaft zu gehen gewillt ist. Stadtv. Weber (Dem.) erklärt, daß seine Parteifreunde auf dem Standpunkt ständen, die Mieterschutzgesetzgebung müsse solange aufrechterhalten werden, solange noch nicht genügend Wohnungen zur Verfügung stehen. — Mit der Beratung unseres Antrages sind mehrere Anträge anderer Parteien verbunden, die Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot in Berlin, eine Beschleunigung der Genehmigung von Bauvorhaben und zur Organisierung des Wohnungsbaues verlangen. **Unser Protest gegen die Durchlöcherung des Mieterschutzes wird angenommen. Dafür stimmt nur die Linke.** Alle anderen Anträge gehen an einen Ausschuß. In vorgerückter Stunde wendet sich die Versammlung der Beratung eines sozialdemokratischen Antrages zu, der eine Erhöhung der im Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vorgesehenen Haftsummen verlangt. Genosse **Weinberg** begründete ihn. Die Abstimmung findet am nächsten Donnerstag statt.

Der englische Friedhof voll belegt.

Von dem Zentralfriedhof in Stahnsdorf ist bekanntlich ein Teil den englischen Behörden überlassen worden zur Bestattung ihrer in deutscher Gefangenschaft verstorbenen Soldaten. Der Friedhof ist nun voll belegt. 1186 Soldaten ruhen auf ihm. Die Engländer sind jetzt mit der Ausschmückung des Friedhofs beschäftigt. Seit einiger Zeit erhebt sich auf dem Mittelweg ein hohes weißes Kreuz aus englischem Steinmaterial. Der Groß-Berliner Verein ehemaliger Kriegsgefangener hat am Fuße des Kreuzes einen Kranz mit folgender Widmung niederlegen lassen: „Zum Andenken der in der Gefangenschaft verstorbenen Kameraden aller Nationen." Die Grabstätten der englischen Soldaten werden ohne Hügel errichtet. Steinkreuze mit Aufschrift kennzeichnen die Stätten. An der Rückwand des Friedhofes wird ein großer Altan mit Treppen errichtet.

„Meine Mutti."

Es gibt Dinge, die selber unfaßbar scheinen. Ach, mit Vernunftgründen kann man an sie schon heran. Aber das Gefühl sträubt sich, sie zu verstehen. So wenig passen sie in die Norm, so naturwidrig ist ihr Geschehen. Mütter mißhandeln blutig ihre Kinder und diese rufen sie hilfeflehend, zärtlich „Mutti". Mütter, aus Not, Verzweiflung, aus Krankheit gehen aus dem Leben und töten vorher noch ihre Kinder — die lallen ahnungslos „Mutti". Unmenschliche Mütter vielleicht. Unglückliche Mütter — bestimmt. Auch jene Mutter, die, wie eine Zeitung berichtet, auf der Strecke Falkenau—Graslitz ihren dreijährigen Jungen, gefesselt an Händen und Füßen, quer auf eine Schiene gelegt hat. Man sieht geradezu den Zug vorbeisausen und das Kind . . . Unmenschliche Mutter. Als aber der Bahnwärter das Kind danach fragte, wer es dahin gelegt habe, sagte es: „Meine Mutti!" Und als er es weiter fragte, wo denn die Mutti sei, antwortete er: „Die ist nach Schokolade gegangen." Man wird die Mutter finden. Sie wird sich wegen versuchten Mordes zu verantworten haben. Der Junge wird ohne seine „Mutti" aufwachsen. Er wird es vielleicht nie begreifen können, warum er keine haben durfte.

Der Straßenbahnführer unschuldig!

Unzuverlässiges Bremsmaterial bei der Straßenbahn.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Mittwoch die Verhandlung statt gegen den Straßenbahnführer Karras, der Ende September vorigen Jahres mit einem Zug der Linie 41 E auf einen in der Brunnen- Ecke Ankiamer Straße haltenden Zug der Linie 24 auffuhr. Wie noch erinnerlich, wurden durch den Zusammenstoß 30 Personen zum Teil so schwer verletzt, daß sie erwerbsunfähig geworden sind.

Die Verhandlung endete mit einem Freispruch des Straßenbahnführers, da durch Zeugen-, sowie Sachverständigenaussagen einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß die elektrische Bremse versagt und der Führer alles versucht hatte, den Unglückszug rechtzeitig zum Halten zu bringen. Dieser Fall beweist, daß im Berliner Straßenbahnverkehr Wagen laufen, deren Bremseinrichtungen nicht zuverlässig sind. Dies trifft besonders für die Einsetzwagen zu, die in den Stunden des regsten Verkehrs in Betrieb gestellt werden. Die Direktion ist in solchen und ähnlichen Fällen immer bemüht, die Schuld den Führern beizumessen und ihr Bremssystem als einwandfrei hinzustellen. Den Straßenbahnführern mag dies ein Lehrbeispiel sein, sich in ähnlichen Fällen, mit deren Wiederkehr leider gerechnet werden muß, genügender Zeugen zu versichern, um ihre Schuldlosigkeit nachweisen zu können. Von der Straßenbahndirektion muß aber gefordert werden, daß sie endlich die alten Wagen, deren Bremsunzuverlässigkeit durch mehrfache Meldungen bekannt sind, aus dem Betrieb zieht oder sie so umbaut, daß sich die Führer auf ihre Bremsen verlassen können.

Ein Gasanstaltsdirektor als Tierquäler.

Der Kaufmann Plank aus der Stühlinger Straße zu Karlshorst wurde am 17. Dezember vorigen Jahres Zeuge eines abscheulichen Vorfalls, der Zeugnis davon ablegte, wie verroht ein Mensch sein kann, der sich nach seiner Herkunft, Erziehung und seinem Bildungsgrad zweifellos zu den kultivierten Menschen rechnen wird. Auf dem Grundstück des früheren Gasanstaltsdirektors Mommsen spielten an jenem Tage zwei Katzen, was dem Herrn Direktor nicht zu gefallen schien, denn ohne jeden Grund ergriff er ein Gasrohr und schlug mit diesem in rohester Weise auf eins der Tiere ein, das laut aufschreiend und wehklagend zu fliehen versuchte. Jetzt trat der Besitzer der Katze, der Kaufmann Plank hinzu, der dem Direktor über sein unmenschliches Verhalten bittere Vorwürfe machte. Das gequälte Tier wand sich indessen noch immer in furchtbaren Schmerzen auf der Erde. Erst nach nahezu zehn Minuten, als der Rohling noch einmal mit dem Rohr zuschlug, verendete das arme Tier. Das Verhalten des Direktors Mommsen trug diesem eine Anklage wegen Sachbeschädigung in Idealkonkurrenz mit vorsätzlicher Tierquälerei ein, wegen der er sich vor dem Amtsgericht Lichtenberg zu verantworten hatte. Das Gericht hatte für den Angehörigen der

---

20]

Onkel Moses.

Roman von Schalom Asch.

2. Mascha.

Mit Onkel Moses war etwas passiert. Onkel Moses hatte am Sonntag sein Geschäft Geschäft sein lassen und machte mit einem Mädchen einen Ausflug für den ganzen Tag! Onkel Moses war wirklich im Alter jung geworden und tat Dinge, die ihn in den Augen aller seiner Bekannten lächerlich machten und seiner Würde bei den Landsleuten von Kusmin Abbruch taten. Onkel Moses begann in seinen alten Tagen ein Geck zu werden, als wäre er neunzehn Jahre alt. Er trug enge, kurze Hosen, damit man die weißen Strümpfe sehen könne, und hohe, schmale, steife Kragen, die ihn furchtbar quälten; und Onkel Moses überschüttete sich geradezu mit Parfüm . . . Beim Lunch im galizischen Restaurant, wo Onkel Moses so gern die fetten, gebratenen Hinterteile von jungen Gänsen oder Enten aß, sahen ihn die Geschäftsleute aus der Bovery verwundert und belustigt an und lachten hinter vorgehaltenen Händen. Sein neuer Nachbar, ein Warschauer, der erst vor kurzem ein Zigarrengeschäft in unmittelbarer Nachbarschaft des Onkels eröffnet hatte, und bereits in der ganzen Gegend als echter Warschauer, als Elegant und Witzbold, bekannt war, hatte dem Onkel bereits einen Streich gespielt: er hatte bei der Frau aus dem galizischen Restaurant einen Kuchen in Form eines Herzens bestellt, darauf ein farbiges Bildchen — ein Mädchen mit roten Wangen —, das von einer Schokoladentafel genommen war, aufgeklebt und dieses Geschenk dem Onkel zugesandt. Onkel Moses sah und hörte, daß man über ihn lachte und schluckte alle Späße hinunter; sein roter Nacken unterlief blutig, doch er konnte sich nicht helfen. Und überdies mußte er mit einem grünen Jungen in Wettbewerb treten, mit einem neunzehnjährigen College-boy, mit Charlie, welcher in der letzten Zeit ein häufiger Gast bei Aaron Melnik geworden war und mit Mascha ausging. Onkel Moses hatte große Angst vor dem neunzehnjährigen College-boy, er hatte überhaupt Angst vor allen Leuten, die jünger waren als er. Sein einziger Trost war, daß der neunzehnjährige College-boy ausgefranste Hosen und vertretene Stiefel trug und für einen Cent sein Leben hingegeben hätte, während er, Onkel Moses, sich nach der letzten Mode kleiden konnte. Onkel Moses verstand wohl, wie lächerlich er in der eleganten Kleidung aussah und wie gering sein Vorteil gegen Charlie war, doch er ließ es darauf ankommen. Denn er hatte sich fest vorgenommen, Mascha zu heiraten, das achtzehnjährige Mädchen, welches er selbst erzogen hatte, zu heiraten, und in seinem Alter Kinder zu haben, niemandem zu Trotz, nur sich selbst zuliebe, seiner eigenen Lebensfreude zuliebe. Er hielt sich für berechtigt dazu und verstand deshalb nicht den Spott, der mit ihm getrieben wurde. Seine geckenhafte Kleidung war ihm ein Mittel, um das kindische Herz des jungen Mädchens zu gewinnen. Sie wollte es, so mußte er es tun. Und in den kurzen, schmalen Hosen mit dem enggeschlossenen Rock über seinem dicken Bauch, der lebemännisch gehaltenen Frisur, schloß Onkel Moses ernsthaft große Geschäfte ab, handelte mit den Kaufleuten, kaufte und verkaufte Häuser, nahm an Meetings von Wohltätigkeitsvereinen teil, trieb mit seinem Blick Kusmin zur Arbeit an, als merkte er gar nicht die Lächerlichkeit seiner jugendlichen, geckenhaften Kleidung, seiner geschminkten und gepuderten Wangen . . . Er war derselbe gestrenge Onkel Moses in seinen jugendhaften, wie ein Maskenkostüm anmutenden Kleidern, wie er es in seinem früheren täglichen Leben war.

Drei Jahre hatte Onkel Moses geduldig gewartet, bis die vierzehnjährige Masche erwachsen war. Alle paar Tage war er zu Aaron Melnik gekommen, um sein Zukunftsglück zu betrachten, und hatte sich in heimlichen, süßen Phantasien gewiegt, in Phantasien über das Glück, welches ihm bevorstand. Er musterte Mascha jedesmal, wie man eine Sache mustert, die einem gehört. Als Mascha siebzehneinhalb Jahre alt war, ging Onkel Moses daran, seine ihn zu innerst quälenden und doch wonnigsüßen Phantasien zur Wirklichkeit werden zu lassen. Er fuhr jetzt zu Mascha, um sie mitzunehmen — doch nicht mehr wie bisher als Kind, sondern als erwachsenes, verständiges Mädchen, welches das große Glück versteht, das ihm beschieden ist; als Mann wollte er Mascha gegenübertreten und ihr seine Kraft zeigen . . .

Im Gedanken an Mascha lächelte er freudig in sich hinein, als er in den frischen Sommermorgen fuhr, der noch kühl war vom nächtlichen Regen und doch schon die feuchte Glut des Tages ausströmte. Er sah Mascha in dem weißen Batistkleid vor sich, aus dem ihr blühender Leib voll hervortrat. Seit sie erwachsen war, liebte es der Onkel, Mascha in Weiß zu sehen. Weiß erzeugte in ihm eine angenehme Vorstellung . . . Er stellte sich die Zeit nach der Hochzeit vor, Mascha liegt im Wochenbett mit dem Kinde, mit seinem Kinde, er tritt, ein wenig angeheitert, in ihr Zimmer, und sie blickt vom Bett zu ihm hinüber, ganz weiß, auf ihrem Gesicht liegt noch die Qual der Wehen, und sie blickt auf ihn, um Mitleid flehend . . . Dieser Gedanke hatte etwas Beseligendes für ihn, es machte ihm innerlich Freude, Mascha im Wochenbett, ihr Gesicht gequält und bleich zu sehen. Weiße Kleider gaben ihm immer diese Vorstellung, und deshalb machte er ihr auch so häufig weiße Kleider zum Geschenk. Er hatte sie auch gebeten, das weiße Batistkleid anzuziehen, als er mit ihr verabredet hatte, für den ganzen Sonntag mit ihr zusammen in einen nahen Badeort zu fahren.

Mascha erwartete ihn bereits, wie er es gewünscht hatte, in Weiß. In den paar Jahren, da der Onkel ihr sein Interesse zuwandte und sie erzog, hatte sie sich an ihn wie an einen Vater gewöhnt. Sie gab seinen Launen nach wie ein kluges Kind, das oft seinem ausgelassenen Vater nachgibt. Sie war dazu erzogen worden, dem Onkel zu gehorchen und ihm alles zuliebe zu tun. Ihr Vater, ihre Mutter, die ganze Familie und alle Landsleute hatten es sie so gelehrt. Und sie lehrten es sie nicht nur, sondern sie selbst gehorchten alle dem Onkel und gaben nicht nur seinen Launen nach, sondern hätten für ihn selbst das Unmöglichste getan. Selbst wenn er von ihnen ihre verborgensten und heiligsten Besitztümer verlangt hätte — sie hätten sie ihm gegeben . . . Sie waren ja glücklich, wenn der Onkel von einem von ihnen etwas wollte, etwas verlangte, wenn er einen von ihnen mit einem Auftrag, mit einem Befehl beglückte. Und wenn der Onkel jemanden um Frau oder um seine erwachsenen Kinder fragte, so war der erhoben in den Augen seiner Landsleute . . .

Alle Landsleute beneideten Aaron Melnik und gönnten ihm das Glück nicht, das der Onkel durch sein Interesse für Mascha in sein Haus gebracht hatte. Nichtsdestoweniger wurde Mascha der Zauberring zu des Onkels Herz; wenn jemand eine Bitte an den Onkel hatte — eine Tochter verheiraten, Angehörige nach Amerika bringen, Geld heimsenden wollte, kam er zu Mascha; und Aaron Melnik, Maschas Vater, wählte die Leute aus, denen er Wohltaten erwies. Aaron Melnik wurde umschmeichelt wie einst Sam umschmeichelt wurde, seine Frau Rosa hielt das Schicksal der Kusminer Landsleute in Händen — und das alles durch das Zauberringlein Mascha, das so viel Gunst in den Augen des Onkels gefunden hatte.

In dieser Atmosphäre wuchs Mascha auf; sie begann bereits die häßliche Rolle, die sie spielte, zu verstehen (instinktiv hatte sie sie schon lange empfunden), doch sie konnte sich nicht helfen. Die Eltern, die Verwandten und alle Landsleute hielten das, was ihr widerfahren war, für ein so großes Glück, daß sie es nicht wagten, sich dagegen aufzulehnen oder etwas anderes zu denken, als alle Landsleute. Bis in die letzte Zeit hatte sie selbst alles für ein großes Glück gehalten, doch je reifer und älter sie wurde, und insbesondere in der letzten Zeit, stieg in ihr die Empfindung auf, sie werde dieses Glück teuer bezahlen müssen. Es war ihr noch nicht ganz klar, womit sie werde bezahlen müssen, doch sie empfand, sie sei ein Opfer für ihre Eltern, ihre Geschwister, ihre Verwandten und für alle Landsleute . . .

(Fortsetzung folgt.)

„gebildeten Klassen“ zarte Rücksichtnahme, die sich in einer sehr geringen Geldstrafe von 100 M. äußerte. Dieses Urteil erfolgt „im Namen des Volkes“. Das Volksempfinden hätte dem Herrn Direktor ebenso viele Tage Gefängnis gegönnt zum Nachdenken und Sichbessern.

Der Prozeß v. Lützow.

Ein Zeuge als Sachverständiger für Prügel.

Der Eindruck des ersten Verhandlungstages des Prozesses gegen den Freiherrn von Lützow hat sich in der gestrigen Gerichtsverhandlung als richtig erwiesen. v. Lützow verstand es nicht, als Lehrer Disziplin zu halten. Eben aus diesem Grunde war er aus einer der vielen Schulen, in denen er wirkte, entlassen worden. Er konnte in Schöndorf und in Berka, wo ein guter Geist herrschte, sich der Hausordnung, die das Prügeln verbat, gut fügen. Er mußte aber in die Fußstapfen der Unteroffizierspädagogik treten, als er sich als unfähig erwies, in seinen eigenen Schulen einen guten Geist zu schaffen. Gestern kamen Eltern und Schüler und sagten aus. Die einen erklärten, sie seien für das Prügeln, und zwar fürs tüchtige Prügeln. Die anderen meinten, sie wären gern bereit, sich prügeln zu lassen. Sollten sie einmal selber Kinder haben, so würden sie diese natürlich auch prügeln. Als Lützow einige Zeit auf Veranlassung der Elternversammlung das Prügeln eingestellt hatte, ging die Disziplin flöten; dann mußte wieder geprügelt werden. Sonst ergab der erste Tag nichts Belastendes für den Angeklagten. Im Gegenteil.

Nachdem der Angeklagte v. Lützow auf die Anregung des Sachverständigen Dr. Placzek, sich über seine Stellung zur Ehe, zur Frau und zur Prügelpädagogik zu äußern, die Erklärung abgegeben hatte, daß sein Geschlechtstrieb vollkommen normal sei, wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen. Als **erster Zeuge** wurde ein **26jähriger Student** aufgerufen, der im Jahre 1910 im Alter von 11 Jahren in dem Pastorenalumnat, das unter Leitung des Angeklagten stand, mit v. Lützow in Verbindung gekommen war. Vors.: War es allgemein üblich, daß die Schüler, die eine vier in der Zensur hatten, Schläge bekamen? — Zeuge: Jawohl, wir waren in der Pension **drei Schüler, die zugleich Schläge bekamen.** Wir wurden dabei über das Knie gelegt und bekamen mit einem ganz dünnen Rohrstock je vier bis fünf Schläge. Diese Prügel wich in keiner Weise von der üblichen Art der Schülerzüchtigung ab. — Vors.: War der Angeklagte bei den Schülern beliebt? — Zeuge: Jawohl, bei allen. Die weitere Vernehmung einer Reihe von Schülern und Eltern brachte **kaum etwas Belastendes** für den Angeklagten v. Lützow. Ein 18jähriger Gymnasiast, der bei dem Angeklagten in der Odenwaldschule in dessen „Familie“ war, wurde eingehend über das **Verhältnis von Lützow zu einem Schüler W.**, dessen Namen in der Oeffentlichkeit viel genannt worden ist, gefragt. Dieser W. ist dem Angeklagten durch seine verschiedenen Schulen mitgefolgt und war auch in dem Landerziehungsheim in Buckow und Zossen. Er galt als **Lieblingsschüler** und hat hinterher die Lützow am schwersten belastenden Angaben gemacht. Der jetzt vernommene Zeuge hat aber nichts Auffälliges in dem Verkehr des Angeklagten mit seinem Schüler W. beobachtet, er hat aber einmal gesehen, wie ein anderer Lehrer einen neun- bis zehnjährigen Knaben küßte. Das sei aber nicht auffällig gewesen. Der nächste Zeuge ist ein jetzt 21jähriger Student, der 1920 mit dem Angeklagten im Waldpädagogium Berka war. Auch dorthin war der Schüler W. dem Angeklagten gefolgt und befand sich zusammen mit dem Zeugen in der Familie des Angeklagten. W. hat dort ebenfalls keinerlei Andeutungen über besondere Beziehungen gemacht. Der Zeuge schilderte W. als einen jungen Mann, der stark renommierte.

Bemerkenswert war die Wahrnehmung eines Oberamtmanns, der dem Elternbeirat angehörte. Herr v. Lützow habe ihm einmal geschrieben, daß er seinen Sohn hätte prügeln müssen. Er sei als Vater einverstanden gewesen. Bei Besuchen in Buckow hätten die Kinder keineswegs einen verprügelten Eindruck gemacht. Zu Hause habe er seinen Sohn einmal recht kräftig schlagen müssen, weil er mit einer Pistole gespielt und beinahe seine Großmutter erschossen habe. Der Junge habe nachher gesagt, daß Herr v. Lützow viel stärker geprügelt habe. Auf eine Frage, ob er daran Anstoß nehmen würde, daß die Knaben nach dem Prügeln **vom Lehrer auf den Schoß genommen** würden und einen Kuß erhielten, erwiderte der Zeuge, daß er selbst in einer Pension gelebt habe und glücklich gewesen wäre, wenn man sich seiner liebevoll angenommen hätte. Daraus könne man doch nicht auf eine schmutzige Gesinnung folgern. Vors.: Wußten Sie auch, daß die Jungen auf das nackte Gesäß geschlagen wurden? — Zeuge: Jawohl. Er erklärte sogar, er verstünde etwas vom Prügeln; denn bei seinem **Verkehr mit Landarbeitern** haben Reitpeitsche und Stock eine gewisse Rolle gespielt. Als Belastungszeuge wurde der Volksschullehrer M. aus Buckow vernommen, der bekundete, daß er im Ort verschiedenes Nachteilige über das Landeserziehungsheim gehört hätte. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend früh 9½ Uhr vertagt.

Der Umbau des Nollendorfplatzes.

Der Plan über die Umgestaltung des Nollendorfplatzes, der von der Verkehrsdeputation als der günstigste bezeichnet wurde, stellt, wie wir bereits mitteilten, die Sicherheit des Fußgängers in den Mittelpunkt. Anlage des Auto- und des Straßenbahnverkehrs scheinen nach diesem Projekt günstig gelöst. Der einzige Nachteil liegt in der **Sperrung der Courbière- und Eisenacher Straße** für den Wagenverkehr, da die Auffahrtsrampe der Hochbahn nach der Kleiststraße hin weiter vorgeschoben wird, so daß als Verbindung nur ein Fußgängerweg vorgesehen worden ist. Dieser Nachteil jedoch wird dadurch ausgeglichen, daß die Verkehrspolizei bereits daran gedacht hat, die **Nettelbeckstraße als Einfahrtsstraße** zu behandeln. Die schmale Nettelbeck- und Schillstraße erscheinen heute schon durch den Verkehr überlastet. Gefahrzentren bieten sich vor allem an der Ecke der Schill-, Nettelbeck- und Kurfürstenstraße. Wie hier eine Regelung vorgesehen werden wird, ist noch nicht bekannt, jedenfalls aber würde die Umgestaltung des Nollendorfplatzes mit den vorgeschobenen Auffahrtsrampen der Hochbahn nicht einschneidend den Verkehr unterbinden, da bis dahin bereits die Verkehrspolizei Aenderungen vorgenommen haben wird. Es bedeutet übrigens keinen großen Umweg, wenn der Wagen- und Autoverkehr von der Eisenacher Straße zum Lützowplatz durch die Kleiststraße über den Nollendorfplatz und durch die Maaßenstraße umgeleitet werden würde. Jedenfalls ist es notwendig, daß bald eine Regelung erfolgt. Der Nollendorfplatz, wie die meisten Plätze in Berlin, entsprechen kaum den Voraussetzungen für eine schnelle und gefahrlose Abwicklung des gesteigerten Verkehrs. Hoffentlich wird recht bald eine günstige Lösung des Nollendorfplatzproblems gefunden und damit ein Anfang gemacht zur Lösung der verwickelten Verkehrsaufgaben auch auf anderen Plätzen Berlins.

Das städtische Kleingartenamt auf der „Grünen Woche“.

Bei der vom Berliner Messeamt veranstalteten Ausstellung „Grüne Woche“ vom 20. bis 28. Februar 1926 in den **Ausstellungshallen am Kaiserdamm** ist auch das **Zentral-Kleingartenamt** der Stadt Berlin mit den zuständigen Verwaltungen der örtlichen Bezirke, in denen die Kleingarten-Kolonien eine besondere Rolle spielen, vertreten. Interessant ist ein Uebersichtsplan mit **sämtlichen Grünflächen Berlins** unter Berücksichtigung der in Aussicht genommenen Dauerkolonien im Rahmen der vorhandenen bzw. neu vorgesehenen Bauzonen. Musterkolonien und Mustergärten, die teilweise bereits ausgeführt sind, werden jedem Besucher in anschaulicher Weise dargestellt. Zeichnungen von Musterlauben und örtliche Statistiken ergänzen das Ausstellungsmaterial. Uebersichtliche statistische Tafeln vervollständigen den Ueberblick. — Mit der gleichzeitigen von der größten Berliner Kleingarten-Organisation, dem Provinzialverband Groß-Berlin, beschickten Ausstellung gibt diese einen interessanten Aufschluß über den Umfang der gegenwärtigen Groß-Berliner Kleingartenbewegung.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 26. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.45 Uhr nachm.: Dr. Rudolf Wegner: „Wasser-, Sand- und Sonnenuhren“. **4.30 Uhr** nachm.: Aus dem „Dschungel-Buch“ von Rudyard Kipling. Vorgetragen von Dr. Wilhelm Leyhausen. **5—6 Uhr** nachm.: Konzert. **6.45 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Diplom-Gartenbauinspektor Paul Kache: „Blütensträucher und Nadelhölzer“. **7.15 Uhr** abends: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe zu der Uebertragung aus der Staatsoper. **7.30 Uhr** abends: Uebertragung aus der Staatsoper. Spielzeit 1925/26. 15. Uebertragung. „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner. Daland, ein norwegischer Seefahrer; Senta, seine Tochter; Erik, ein Jäger; Mary, Sentas Amme; Der Steuermann Dalands; Der Holländer. Matrosen des Norwegers, die Mannschaft des fliegenden Holländers, Mädchen. Szene: Die norwegische Küste. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. **10.30—12 Uhr** abends: Tanzmusik (Rapées Jazzsinfoniker, Dirigent: Ernö Rapée).

Königswusterhausen, Freitag, den 26. Februar.

3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und Gertrud van Eyseren: Spanisch für Anfänger. **3.30—4 Uhr** nachm.: Univ.-Professor Dr. Litt, Leipzig: Die Kulturaufgabe der Schule. **4—4.30 Uhr** nachm.: Univ.-Prof. Dr. Litt, Leipzig: Schule, Staat, Weltanschauung. **4.30—5 Uhr** nachm.: Frl. Margot Grupe: Häusliche Kunstpflege. **7.30—8.15 Uhr** abends: Fortbildungsvorträge für Aerzte. (Dozenten und Themen werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekanntgegeben).

In der Weltstadt verdorben.

Der Prozeß eines Kupplerehepaars.

Mit rauher Hand hatte gierige Gewissenlosigkeit in das Schicksal zweier junger Mädchen eingegriffen. Anstatt sie auf den rechten Weg zu führen, trieben der **Pferdehändler Georg Markstein** und dessen Ehefrau Marie die erst Sechzehn- und Achtzehnjährigen in die Arme der Prostitution und scheuten sich nicht, in gewissenloser Weise aus diesem Gewerbe Kapital zu schlagen. Jetzt mußten sich beide vor dem **Schöffengericht Berlin-Mitte** wegen **Kuppelei** verantworten.

Zu der Verhandlung, die zum größten Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, war nur der **Ehemann Markstein** erschienen, die Frau hatte sich wegen Krankheit entschuldigt. Die beiden Mädchen Marie und Martha, 16- und 18jährig, wurden aus der Zwangserziehung vorgeführt. Nach Angabe der Zeuginnen hatten sie beide in ihrem Elternhaus eine **allzu strenge Erziehung** genossen und sind nach gemeinsamer Verabredung aus ihrer Heimatstadt nach Berlin geflüchtet. Hier hofften sie **Arbeit zu finden**, fanden aber sehr bald einen jener gewissenlosen „Freunde“, der sie als willkommene Beute betrachtete. Der erste Verführer, der leider noch nicht ermittelt werden konnte, führte sie dem ihm bekannten Ehepaar **Markstein** zu. Hier mußten sie **täglich 8 Mark Miete** bezahlen. Um diese unverschämte Forderung auch wirklich heranschaffen zu können, kam man den Mädchen „bereitwilligst entgegen“. Eine telephonische Verbindung mit einem bekannten Absteigequartier sorgte für regelmäßige „Arbeit“. Das unvermutete Eingreifen der Polizei bereitete diesem unerhörten Treiben ein Ende. Der Angeklagte wußte weiter nichts anzuführen, als daß seine Geschäfte so schlecht gingen und **er sich nicht anders zu helfen gewußt habe!** Das Gericht wußte sich schließlich auch nicht anders zu helfen, als dem Antrag des Staatsanwalts stattzugeben und **Markstein bei sofortiger Verhaftung wegen Kuppelei zu 1 Jahr Gefängnis** zu verurteilen.

Die Reichsbanner-Gedenkfeier in Treptow.

Bei der am kommenden Sonntag nachmittags 4 Uhr auf der Spielwiese in Treptow stattfindenden **Gedenkfeier** anläßlich der ersten Wiederkehr des Todestages des Reichspräsidenten **Ebert** werden die vereinigten Gesangvereine des Verwaltungsbezirks Treptow mitwirken. Der Trauermarsch wird von dem in einer Stärke von 500 Mann vereinigten Trommler- und Pfeifer-Korps des Reichsbanners gespielt. Der Aufmarsch des Reichsbanners auf der Spielwiese wird so erfolgen, daß das Reichsbanner ein großes Viereck bildet, in dessen Mitte die anderen Teilnehmer an der Veranstaltung Platz nehmen.

*

Demokratische Ebert-Gedächtnisfeier. Auf einer von den **Steglitzer Jungdemokraten** im Steglitzer Jugendheim veranstalteten Gedächtnisfeier für den verstorbenen ersten Reichspräsidenten Genossen Fritz **Ebert** sprach Senatspräsident **Großmann**, der ein lebendiges Bild vom Leben und Wirken Eberts zeichnete. Ebert hat, so führte Großmann aus, die Republik vor dem Chaos gerettet und die Verfassung durchgesetzt. Großmann hob insbesondere Eberts Sachlichkeit, sein stark entwickeltes Pflichtgefühl, seine Uneigennützigkeit und die unbedingte Treue zu den Idealen seiner Jugend hervor und nannte ihn einen **Volksführer im besten Sinne des Wortes.** Die Versammelten dankten dem Redner durch lebhaften Beifall.

Wegen der Mißhandlung der Blindenhunde, über die wir berichteten, hat der Oberstaatsanwalt in Potsdam Strafverfolgung gegen die Schuldigen eingeleitet. Die Untersuchung erstreckt sich auf Fälle, die nicht länger als drei Monate (Verjährung von Vergehen) zurückliegen.

Der Film: Die Todesfahrt des Kapitän Scott zum Südpol, der auch unter dem Namen „**Das große weiße Schweigen**“ bekannt ist, läuft in der Treptower Sternwarte am Sonnabend, den 27. Februar, um 5 und 8 Uhr, und Sonntag, den 28. Februar, 4 Uhr. Am Sonntag, den 28. Februar, um 6 und 8 Uhr läuft der Film „Wunder der Schöpfung“. Am Dienstag, den 2. März, 8 Uhr: Vortrag mit Lichtbildern von Direktor Dr. Archenhold „Die Welt der Sterne“.

Winzer stürmen ein Finanzamt.

Ein unerhörter Vorgang wird aus **Bernkastel** an der Mosel gemeldet: Am Donnerstag fand dort in Anwesenheit von Zentrumsabgeordneten des Wahlkreises Trier-Koblenz eine große Winzerversammlung statt, nach deren Beendigung es zu sehr bedauerlichen Zwischenfällen kam. Die erregten Winzer zogen vor das Finanzamt, warfen die Fensterscheiben ein und stürmten schließlich das Gebäude. **Alle erreichbaren Akten und Schriftstücke wurden verbrannt.** Ein von den Behörden herbeigeholtes Polizeiaufgebot erwies sich als vollkommen machtlos.

Ein Mensch mit Knütteln totgeschlagen.

Ein gräßliches Verbrechen deckte die Gendarmerie in dem deutschen Böhmerwalddorfe **Holzschlag** auf. Dort war im November v. J. die Magd Anna Autengruber angeblich dadurch verunglückt, daß sie im Finstern von der Obertenne gestürzt und tot liegen geblieben war. Die 30jährige Frau ist aber keines natürlichen Todes gestorben. Weil der Bauer Reischl mit ihr ein Liebesverhältnis hatte, wurde die Autengruber von der Frau des Bauern, seinem 12jährigen Sohne und dem Knechte Obermüller abgelauert und wie ein Hund **mit Knütteln totgeschlagen.** Die Leiche wurde dann zurechtgelegt, Stroh dazugeschafft und der Behörde das Märchen vom Unfalle erzählt. Die drei Mörder waren geständig und wurden verhaftet.

Neue Opfer des § 218. Der praktische Arzt Dr. M., Besitzer einer Privatentbindungsklinik in Darmstadt, wurde in der Berufungsverhandlung wegen Lohn-Abtreibung zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Assistenzarzt Dr. S. von Eberstadt, der in der ersten Verhandlung straffrei ausgegangen war, wurde zu 6½ Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Gedenkfeier am Grabe Friedrich Eberts in Heidelberg veranstaltet am kommenden Sonntag das Reichsbanner von Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg anläßlich der ersten Wiederkehr des Todestages des ersten deutschen Reichspräsidenten.

Ein merkwürdiger Unfall. Als am Mittwoch vormittag der Oberwachtmeister der Landespolizei **Krenz in Dresden** an einer Haltestelle die Straßenbahn verließ, verlor er seine Schußwaffe. Die Waffe fiel auf die Straße und **entlud sich.** Der Schuß traf eine auf dem Anhängewagen stehende 39 Jahre alte Schlosserswitwe so unglücklich, daß **der Tod auf der Stelle eintrat.** Krenz wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Er hatte, der Vorschrift zuwider, seine eigene Waffe mit Patronen bei sich getragen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Die Parteigenossen beteiligen sich zahlreich an der vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstalteten

Ebert-Gedächtnisfeier

am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf der großen Spielwiese im Treptower Park. **Der Bezirksvorstand.**

7. **Kreis Charlottenburg.** Die Handzettel für die Versammlung am Dienstag, 2. März, müssen abgeholt werden im Jugendheim Rosinenstr. 4. Falls geschlossen, bei Bunger melden.

Heute, Freitag, den 26. Februar:

43. **Abt.** 7½ Uhr Bezirk 132 besonderer Zahlabend bei Bieler, Dieffenbachstraße 76. Vortrag: „Die politische Lage und Fürstenabfindung“. Referent: Genosse Schweikardt. Nachbarbezirke sind freundlichst eingeladen.
88. **Abt. Lichtenrade.** 7½ Uhr in der Schule Roonstraße Mitgliederversammlung. Vortrag: „Fürstenabfindung — Volksentscheid“. Referent: Paul Jubrian. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg: Pünktlich 8 Uhr im Jugendheim Rubensstraße, Musikzimmer, Arbeitsgemeinschaft. — **Neukölln:** 8 Uhr im Restaurant Spatzecke, Kaiser-Wilhelm-Str. 43, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft über das Heidelberger Programm. — **Gruppe Norden:** 8 Uhr im Jugendheim Orthstr. 10. Vortrag: „Soziologische Kunstbetrachtung“. Referent: Franz Levinski. — **Gruppe Mitte:** 8 Uhr in der Schule Ginostr. Besprechung des Kommunistischen Manifestes. 1. Abend: Vortrag des Genossen Dr. Löwenberg findet am nächsten Freitag statt.

Morgen, Sonnabend, den 27. Februar:

54. **Abt. Charlottenburg.** 8 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4. Wichtige Funktionärsitzung.
117. **Abt. Lichtenberg.** 7½ Uhr bei Gundlach, Lessing- Ecke Kantstraße. Funktionärsitzung.
123. **Abt. Kaulsdorf.** 8 Uhr bei Höhner. Wichtige Funktionärsitzung.
128./130. **Abt. Pankow.** 7 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Moch, Berliner Straße Ecke Lindenpromenade. Die Mitglieder der Zeitungskommission werden dringend gebeten, die Sitzung am Freitag, 26. Februar, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, in welcher Genosse Friedrich Stampfer spricht, bestimmt zu besuchen.
131. **Abt. Niederschönhausen.** 8 Uhr bei Kubsch, Uhlandstraße. Funktionärsitzung.

*

101. **Abt. Treptow.** An der Ebert-Gedächtnisfeier am Sonntag, 28. Februar, auf der Treptower Spielwiese nimmt die Abteilung geschlossen teil. Treffpunkt: nachmittags 2¾ Uhr an der Wiener Brücke. Die Bezirksführer müssen einladen. Nachher Treffen im Restaurant Neu-Tivoli, Neue Krugallee 65.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. 12. Bezirk: Der Männerchor wirkt am Sonntag, 28. Februar, in Treptow bei der Ebert-Gedächtnisfeier mit. Treffpunkt: Sonntag nachmittag 3 Uhr am Park an der Herkomerstraße. Sangesbrüder aus anderen Bezirken werden um Beteiligung gebeten. Gesungen wird: „Sturm“.

Geburtstage, Jubiläen usw.

77. **Abt. Schöneberg.** Unser Genosse Hermann Pahl, Habsburger Str. 14, hat am 13. Februar seinen 60. Geburtstag gefeiert. Er ist seit mehr als 30 Jahren tätiges Mitglied der Partei und Funktionär.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

7. **Abt.** Am Mittwoch, 24. Februar, verstarb unsere Genossin Schurke, Bergstr. 8. Einäscherung am Montag, 1. März, nachmittags 12½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Jugendveranstaltungen.

Funktionärschulung. 2. Schulungstag Sonntag, 28. Februar, vormittags ½10 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3. Thema: „Einführung in die allgemeine wissenschaftliche Literatur“. Referent: Genosse Marquardt. Erscheinen der Bibliothekare, Werbebezirksleiter und Abteilungsleiter ist Pflicht.

Abteilungskassierer! Holt unbedingt „Arbeiter-Jugend“ und „Jugend voran!“ ab. Seid pünktlich mit den Abrechnungen!

Helferen-Konferenz am Sonnabend, 27. Februar, ½8 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. Thema: „Die pädagogischen Aufgaben der Jugendhelfer“. Referent: Genosse Lösche.

Der Bund der Jugendgerichtshelfer veranstaltet heute abend 7½ Uhr im Hauptgesundheitsamt, Fischerbrücke, einen Aussprachabend mit dem Thema: „Jugendbewegung und Jugendhilfe“. Aeltere Genossen, besucht die Veranstaltung, wer kann! Wirkt durch euer Erscheinen!

Heute, Freitag, den 26. Februar, abends 7½ Uhr:

Moabit II: Gemeindeschule Stephanplatz. Vortrag: „Alt-Berliner Humor“. — **Norden** II: Jugendheim Danziger Str. 62. Vortrag: „Die Gewerkschaften“. — **Osten Fr.-B.:** Jugendheim Rigaer Str. 100. Vortrag: „Mädel und Bursche in der Jugend“. — **Warschauer Viertel:** Jugendheim Tilsiter Str. 4. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Wilhelm-Busch-Abend findet erst im April statt. — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. Besprechung: „Vorbereitung zur Schulentlassungsfeier“. — **Schöneberg** II: Jugendheim Hauptstraße 15. Vortrag: „Jugend und Gewerkschaft“. — **Neukölln** I: Jugendheim Bergstr. 29. Vortrag: „Warum nie wieder Krieg?“ — **Neukölln** II: Jugendheim Ziegelstr. 33. Vortrag: „Reformkleidung“. — **Johannisthal:** Rathaus Königsplatz. Aussprache: „SAJ. und Reichsbanner“. — **Niederschöneweide:** Schule Berliner Str. 31. Rezitationsabend. — **Niederschönhausen:** Schule Blankenburger Str. 63. Vortrag: „Die große französische Revolution“ II. Teil. — **Südost K.-B.:** Jugendheim Wrangelstr. 139. Vortrag: „Gemeinschaftserziehung“. — **Köpenick:** Beteiligung an der Parteimitgliederversammlung im Stadttheater. Treffpunkt: ½8 Uhr im Jugendheim.

Werbebezirk Prenzlauer Berg I: Jugendheim Danziger Str. 62. Vorführung des Hamburg-Films.

Werbebezirk Prenzlauer Berg II: Heute Fahren. Treffpunkt vor der Badeanstalt Oderberger Straße um ½8 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen.

Abteilung Halensee: Gesangsaal Schule Joachim-Friedrich-Str. 35. Friedrich-Ebert-Gedächtnisfeier. Redner: Genosse Max Westphal.

Sport.

Reit- und Fahrturnier.

Zu **Recht** sind die Vorführungen der Hengste aus den hannoverschen Landgestüten Celle und Osnabrück in der Halle am Kaiserdamm zu einer Zugnummer allerersten Ranges geworden. 19 Hengste wurden gesandt, die allesamt, was Körperbau und Aktion anbelangt, ideale Modelle darstellen. Die Hengste werden vorerst im Sulky vorgefahren, dann in der Manege abgespannt und zu einer Fahrschule gesattelt, wobei das erste Pferd frei am langen Zügel geht. Trotz der fremden Umgebung, der verwirrenden Eindrücke durch die vielen Menschen, des Lichts und der Musik verhalten sich alle Tiere vollkommen ruhig. Dieses Benehmen gibt die Gewähr, daß sie alle ein gutes Temperament haben, was, da man diese Tiere hauptsächlich auf ihre Vererbungsmöglichkeiten hin betrachtet, viel wert ist, denn für das Gebrauchspferd ist ein guter Charakter unbedingt erforderlich. Bei der Fahrschule fallen besonders auf der bildschöne Rappe „Ammenrausch“ und der Schimmel „Amos“, der durch sein Amurath-Abstammung Araberblut in sich hat.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Ziemlich mild, noch größtenteils trübe und nebelig ohne wesentliche Niederschläge. — **Für Deutschland.** Im Süd- und Mitteldeutschland zeitweise heiter, im Norden noch ziemlich nebelig.

Die Berliner und das Bodenreformgesetz.

Dem energischen Verlangen aus dem Volke heraus nachgehend, scheint sich die Reichsregierung nunmehr endlich dazu bequemen zu wollen, den seit 1920 vorliegenden Reichsbodenreform-Gesetzentwurf im Reichstag zur Beratung zu stellen. Am 1. Oktober v. J. ist vom Preußischen Landtag der sozialdemokratische Antrag angenommen worden, mit dem von der Reichsregierung die Vorlage eines Bodenreformgesetzes gefordert wurde. Vielleicht schon in den nächsten Tagen wird der Reichstag über einen Antrag der demokratischen Reichstagsfraktion zu entscheiden haben, der ebenfalls die Reichsregierung ersucht, „alsbald ein Bodenreformgesetz nach dem Entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsernährungsministerium vorzulegen".

Dieser Ständige Beirat, der im Mai 1920 durch den damaligen Reichsarbeitsminister, Genossen Schlicke, eingesetzt worden ist, wird am 22. März d. J. zusammentreten, um seinen Entwurf von 1920 dem heutigen Stand der Boden- und Siedlungsgesetzgebung anzupassen, ihm die Form zu geben, die das Gesetz haben soll. Schlicke hat damals den ersten Vorsitzenden des Bundes Deutscher Bodenreformer, Dr. Damaschke, mit der Bildung des Ständigen Beirats beauftragt und ihm auch den Vorsitz übertragen. Als Mitglieder wurden in den Beirat je 1 Vertreter der sechs größten deutschen gewerkschaftlichen Organisationen und 6 Einzelmitglieder (Wissenschafter, leitende Verwaltungsbeamte) berufen, zu welchen eine Anzahl von Sachverständigen aus anderen Kreisen gestellt wurden. Nach der neuerdings vom Reichsarbeitsminister genehmigten Zusammensetzung des „Ständigen Beirats" gehören diesem jetzt an 12 Mitglieder und 14 Sachverständige. Unter den Sachverständigen befinden sich auch die Vorsitzenden des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, der Schwäbischen Siedlungsgesellschaft, der freigewerkschaftlichen und christlichen Bauarbeiter, des Sächsischen Siedlerverbandes, der Geschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe u. a. m. Es versteht sich von selbst, daß die Personalvorschläge für die Bildung des Beirats nach streng sachlichen Erwägungen gemacht sind.

Die Boden- und Siedlungsgesetzgebung in Reich und Ländern hat sich seit 1920, seitdem der Ständige Beirat seinen Entwurf eines Bodenreformgesetzes der Reichsregierung eingereicht hat, recht bedeutsam entwickelt. Es sei erinnert an die Novelle vom 29. Juni 1922 zur Reichspachtschutzordnung, welche für das gesamte ländliche Pachtwesen und für die Heuerlinge von größter Wichtigkeit ist, ferner an die Verschlechterung der Pachtschutzordnung durch die Notverordnung der sozialistenreinen Reichsregierung vom 12. Februar 1924, von welcher die kleinen Pächter schwer geschädigt sind. Vergeblich hat sich die Sozialdemokratie hiergegen zur Wehr gesetzt durch einen im Juni 1924 im Reichstag eingebrachten Initiativantrag, der ein volles Jahr hingeschleppt wurde, ehe er im Plenum zur Verhandlung kam. Durch ihn ist wenigstens der Pachtschutz bis zum Jahre 1927 verlängert, und sind auch die nach dem 1. März 1924 abgeschlossenen Pachtverträge geschützt. Gegner des Bodenreformgesetzentwurfes behaupten, unter Hinweis auf die nach 1918 entstandenen Siedlungsgesetze, insbesondere das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919, die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 und die am 9. Juni 1920 erlassene, durch die Novelle vom 22. Juni 1922 erweiterte Reichspachtschutzordnung, sowie endlich das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925, daß man mit dem Reichsbodenreformgesetz offene Türen einrenne.

Richtig ist, daß die genannten Gesetze noch längst nicht in der Rechtspraxis durchgesetzt sind, das es gut wäre, wenn die, in den verschiedensten Gesetzen vorhandenen Bestimmungen zu einer fortschrittlichen Ordnung des Boden-, Siedlungs- und Wohnungswesens zusammengefaßt würden und damit die ganze umfangreiche Gesetzgebung durchsichtiger würde. Aber damit wären die wichtigsten Forderungen, die der Ständige Beirat in seinem Gesetzentwurf aufgestellt hat, nicht erfüllt. Der Zweckgedanke dieses Gesetzentwurfs ist in seinem § 1 ausgedrückt: „die Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern zu verpflichten, Bodenvorratswirtschaft zu treiben, um das notwendige Land für Heimstätten, Nutzgärten und sonstige Siedlungszwecke, sowie für öffentliche Anlagen zu beschaffen". Es versteht sich von selbst, daß die Bodenvorratswirtschaft der Gemeinde ihre Grenzen hat in dem öffentlichen Bedürfnis; auch wenn dies nicht im § 1 des Gesetzes gesagt wäre. Der Gesetzentwurf des Ständigen Beirats ist somit die notwendige Ergänzung des Reichsheimstättengesetzes von 1920. Seine wichtigste Aufgabe ist, das für die praktische Durchführung des Reichsheimstättengesetzes erforderliche Land für Volkssiedlungszwecke (Reichsheimstätten) freizumachen.

Der Gesetzgeber hat hierbei das Kleinhaus im Sinn. Nur kurz sei hier, in Rücksicht auf den knappen Raum, angedeutet, wie wichtig, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ein solches Gesetz für die Großstadtbewohner, insbesondere für die Bewohner Berlins, ist. Wenige Zahlen über die Verteilung der Hauszinssteuer für Neubauzwecke vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1928 zeigen, in wieviel höherem Maße sich die Mietkasernen als das Kleinhaus des Wohlwollens der Berliner Stadtverwaltung zu erfreuen hat. In der Berichtszeit sind aus der Hauszinssteuer bezuschußt worden: im Hochbau (Mietkaserne) 1481 Wohnungen, im Flachbau 377 Wohnungen. Wer da weiß, wie verheerend auf Gesundheit und Sittlichkeit unseres Volkes das Mietkasernensystem wirkt, wird dieses Zahlenverhältnis aufs tiefste beklagen.

In der Zielrichtung des Bodenreformgesetzentwurfes, um welchen im Reichstag heiß gerungen werden wird, liegt der Kampf gegen die Mietkaserne. Die Grundstücksspekulanten machen mit allen Kräften mobil gegen das kommende Bodenreformgesetz. Möchten die Massen und deren Führer in den Parlamenten begreifen, was es für das Volk zu bedeuten hätte, wenn die Boden-, Siedlungs- und Wohnungsreformer in diesem Kampf unterlägen. Der Bodenreformgesetzentwurf muß unter allen Umständen und zwar nach dem Grundgedanken des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen Gesetz werden. Darin liegt ein Schicksal für unser Volk.

Victor Noack.

Die Bevölkerung der Verwaltungsbezirke.

Bei der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 hatte Berlin nach den vom Statistischen Berufsamt veröffentlichten vorläufigen Feststellungen eine ortsanwesende Bevölkerung von 3 931 071 Personen. In demselben Gebiet, das erst im Jahre 1921 zur Einheitsgemeinde Berlin zusammengefaßt wurde, zählte man am 8. Oktober 1919 3 804 048 Personen und am 1. Dezember 1910 3 734 258 Personen.

Die Verteilung der Bevölkerung auf die 20 Verwaltungsbezirke Berlins ist, wie bekannt, sehr ungleich. Als durch Zusammenfassung Berlins mit den Vororten die Einheitsgemeinde mit annähernd 4 Millionen Einwohnern entstand, wohnten rund 2 Millionen in den 6 Verwaltungsbezirken der alten Stadt auf etwa 6700 Hektar und annähernd 2 Millionen in den 14 Verwaltungsbezirken der hinzugekommenen Vororte auf etwa 81 100 Hektar. Die Zählung von 1925 hat nun gegenüber den Ergebnissen von 1919 eine Verschiebung gebracht, eine geringe Bevölkerungszunahme für die alte Stadt und eine stärkere Bevölkerungszunahme für den Kranz der Vororte. Schon seit einem halben Jahrhundert war ja in der Bevölkerungsverteilung über Berlin immer stärker der Grundzug hervorgetreten, daß die Innenstadt sich entvölkerte und die Außenbezirke einen desto größeren Zuwachs hatten. Aber viel hat sich an der Ungleichheit auch von 1919 zu 1925 noch nicht geändert. Die Bevölkerungszahlen waren in 1910, 1919, 1925 für die 20 Verwaltungsbezirke:

	1910	1919	1925
1. Mitte	341 235	292 779	290 781
2. Tiergarten	298 750	273 502	276 711
3. Wedding	348 682	337 193	346 632
4. Prenzlauer Berg	304 548	311 631	318 420
5. Friedrichshain	361 421	326 062	330 355
6. Kreuzberg	421 586	366 299	367 984
7. Charlottenburg	308 708	325 084	334 189
8. Spandau	91 076	104 360	110 639
9. Wilmersdorf	128 200	157 944	166 364
10. Zehlendorf	25 152	32 913	43 170
11. Schöneberg	207 685	218 926	221 744
12. Steglitz	117 530	146 666	154 278
13. Tempelhof	40 580	60 060	66 597
14. Neukölln	252 105	279 447	284 903
15. Treptow	71 985	89 138	95 988
16. Köpenick	51 875	56 910	65 449
17. Lichtenberg	164 221	183 706	195 680
18. Weißensee	50 305	54 553	57 504
19. Pankow	76 303	94 399	99 250
20. Reinickendorf	77 366	92 476	104 408
zusammen	3 734 258	3 804 048	3 931 071

Die Bevölkerungszahl hat von 1919 zu 1925 in fast allen Bezirken zugenommen. Abgenommen hat sie nur in einem Bezirk, in Mitte, aber auch hier nur wenig (um 0,7 Proz.). Die Zunahme war gering in Kreuzberg (0,5 Proz.), Tiergarten (1,2 Proz.), Friedrichshain (1,3 Proz.), Prenzlauer Berg (2,2 Proz.), Wedding (2,8 Proz.). Aehnlich geringe Zunahmen finden sich in Vorortbezirken nur selten, in Schöneberg (1,3 Proz.), Neukölln (2,0 Proz.), Charlottenburg (2,8 Proz.). Größer sind die Zunahmen in Pankow (5,1 Proz.), Steglitz (5,2 Proz.), Wilmersdorf (5,3 Proz.), Weißensee (5,5 Proz.), Spandau (6 Proz.), Lichtenberg (6,5 Proz.), Treptow (7,7 Proz.), Tempelhof (10,9 Proz.), Reinickendorf (12,9 Proz.), Köpenick (15 Proz.), sehr beträchtlich in Zehlendorf (31,2 Proz.). Kreuzberg ist nach der Bevölkerungszahl noch der größte Bezirk und hat die erste Stelle behalten, aber die Zunahme war nicht mehr nennenswert. Dieser Bezirk wird in absehbarer Zeit von Wedding überholt werden, der jetzt schon die zweite Stelle hat. Ein Gegenstück ist der Bezirk Zehlendorf. Er hatte die verhältnismäßig größte Zunahme (in 6 Jahren fast um ein Drittel), ist aber noch kleinster Bezirk geblieben. Für das ganze Gebiet des heutigen Berlin stellt sich der Zuwachs seit 1919 auf 127 023. Davon lieferten die ehemaligen Vororte 103 606, die alte Stadt nur 23 417.

Ein anderes Bild erhält man, wenn man zur Vergleichung bis auf 1910 zurückgreift. Das Ergebnis der Bevölkerungsentwicklung in dem fünfzehnjährigen Zeitraum 1910 bis 1925 ist ein Mehr in 13 Bezirken. Durch ein Weniger gegenüber 1910 fallen 5 Bezirke auf, Wedding (0,8 Proz.), Tiergarten (7,4 Proz.), Friedrichshain (8,6 Proz.), Kreuzberg (12,7 Proz.), Mitte (14,8 Proz.). Diese Bezirke mit Bevölkerungsrückgang gehören sämtlich zum alten Berlin, von dessen 6 Bezirken nur Prenzlauer Berg gegenüber 1910 ein kleines Mehr (4,6 Proz.) aufweist. Das Mehr gegenüber 1910 war gleichfalls nur mäßig in Schöneberg (6,8 Proz.), Charlottenburg (8,3 Proz.), größer in Neukölln (13 Proz.), Weißensee (14,4 Proz.), Lichtenberg (19,2 Proz.), Spandau (21,5 Proz.), Köpenick (26,2 Proz.), Pankow (30,1 Proz.), Steglitz (31,3 Proz.), Treptow (33,3 Proz.), Reinickendorf (34,9 Proz.), Wilmersdorf (35 Proz.), sehr groß in Tempelhof (64,1 Proz.), Zehlendorf (71,6 Proz.).

Für die Bevölkerung von ganz Berlin können freilich die hier nachgewiesenen verhältnismäßig hohen Zunahmen noch schwachbevölkerter Bezirke nur wenig bedeuten, während die verhältnismäßig geringen Zunahmen schon stark bevölkerter Bezirke ganz anders ins Gewicht fallen. Von 1910 bis 1925 brachte Zehlendorf bei 71,6 Proz. Zunahme doch nur rund 18 000 ein, während z. B. Neukölln bei nur 13 Proz. Zunahme schon ein Mehr von etwa 35 000 zur Gesamtbevölkerung Berlins beitrug. An dem gesamten Zuwachs aus 1910 bis 1925 sind hauptsächlich beteiligt Wilmersdorf (43 000), Steglitz (37 000), Neukölln (35 000), Lichtenberg (31 000), Reinickendorf (27 000); andere Bezirke mit kleineren Zahlen. Alle 15 Bezirke mit Bevölkerungszunahme ergeben ein Mehr von zusammen 335 974, dem aus den 5 Bezirken mit Bevölkerungsabnahme ein Weniger von zusammen 159 161 gegenüberstand. Der gesamte Zuwachs seit 1910 ermäßigte sich hiernach auf 196 813.

Einschulung und Umschulung.

Arbeitereltern, zum April beginnt das neue Schuljahr. Denkt nicht im letzten Augenblick daran, daß Ihr Eure Kleinen, die zur Schule kommen, einschulen müßt und Eure Größeren aus den christlichen Schulen umschulen könnt. Selbstverständlich gehören unsere Kinder in die weltlichen Schulen oder in die vom Minister genehmigten Gemeinschaftsschulen. Diese letzteren sind auch weltlich, haben aber als Versuchsschulen noch einen besonderen Charakter. Keiner unserer Parteigenossen sollte die diesjährige Gelegenheit verpassen, die Sechsjährigen dort anzumelden und die älteren Kinder aus den christlichen Schulen dorthin umzumelden.

Der Weg ist in den Bezirken äußerst einfach, wo bereits solche Schulen bestehen: dort könnt Ihr Euch an den großen Plakaten genau orientieren, wo Ihr die Schulanfänger anzumelden habt. Die größeren Kinder werden gut tun, sich zuerst von dem Rektor der neuen Schule eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, daß er bereit ist, sie aufzunehmen. Mit diesem Schein meldet man das Kind kurzerhand bei dem bisherigen Rektor ab. Es ist notwendig, bei dieser Umschulung sogleich einen Zettel abzugeben mit der schriftlichen Erklärung, daß das Kind aus Gewissensgründen nicht am Religionsunterricht teilnehmen soll. — Wenn aber in Eurem Bezirk solche neuen Schulen noch nicht bestehen, wie in den westlichen Bezirken, in Tempelhof, Treptow, Berlin-Mitte usw., so schreibt Ihr einfach ein kurzes Gesuch an die Schuldeputation des Nachbarorts, wo solche Schulen sind: Pankow, Weißensee, Lichtenberg, Spandau, Neukölln usw. Etwa so: Bitte mein Kind (Name und genaue Adresse!) in dem Bezirk die Schule besuchen zu lassen (Nr. der Schule oder Straße), da es aus Gewissensgründen nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen soll. Diesen Brief steckt Ihr in den Postkasten mit der Adresse: An die Schuldeputation, Rathaus in ..... (folgt der Bezirk, wo das Kind die Schule besuchen soll.) Die Schuldeputation veranlaßt alles weitere und gibt Euch auch Nachricht ins Elternhaus, wo und wann das Kind nach Ostern zur Schule kommen soll.

Warum zögern so viele Genossen, diese paar Schritte für ihre Kinder zu tun? Meint Ihr wie so viele, daß es doch „nicht so schlimm" ist, wenn das Kind am Religionsunterricht teilnimmt? Oder ist die Freundschaft des Kindes zu Kindern seiner bisherigen christlichen Schule maßgebend? Ach, die Großmutter mit ihrem alten Glauben mögt Ihr mit Eurem Entschluß zur weltlichen Schule nicht beleidigen? Und den Einspruch der Tanten, die noch im bürgerlichen Lager oder abseits der Partei stehen, gegen die Weltlichkeit der Erziehung fürchtet Ihr? Und auf die Vertreter der Kirche hört Ihr, die von Haus zu Haus gehen und gegen die neuen Schulen predigen? Und Ihr wißt noch immer nicht, daß die reaktionäre Presse seit Jahren das Blaue vom Himmel herunterlügt über die modernen Schulen? Wie ist es nur möglich, daß derartige Dinge einen klar bewußten Arbeiter in seinem Entschluß immer noch beeinflussen können! Wo ist Euer Solidaritätsgefühl geblieben? Spürt Ihr nicht den Riß zwischen den Gedanken, um die wir politisch kämpfen und dem, was Euer Kind täglich an entgegengesetzten Gedanken von reaktionären Lehrern eingeimpft bekommt? Das wirkt wie schleichendes Gift, und es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn die Genossen noch wieder ein Jahr verstreichen lassen und sich nicht aufraffen können.

Wir schärfen im täglichen erbitterten Kampf für die Zukunft des Proletariats unsere Waffen, und in den Schulen laßt Ihr unbekümmert um die Jugend, die unsere Zukunft tragen soll, den Geist stumpf machen. Wenn Ihr Euch nicht aufrafft, heute noch, so wundert Euch nicht, wenn das Bürgertum Euch schließlich auf der ganzen Linie zurückwirft. In jeder einzelnen Handlung, die Ihr für die Bewegung tut, stützt Ihr den Kampf, drängt die Arbeitermassen und ihre Führer zur Tat. Nur in der Tat — auch in der allerkleinsten Tat einer Anmeldung der Rekruten zur weltlichen oder Gemeinschaftsschule und einer Ummeldung aus einer christlichen Schule dahin — wird der Gesamtwille der Proletarier bekannt. Und nur so, wenn tausend und tausend Willen zusammenströmen, vermögen wir den Kampfplatz zu behaupten.

Hört nicht mehr auf Großmütter und Tanten. Die Kirche greift zu jedem Mittel, um unsere Schulbewegung schlecht zu machen. Was Ihr in der bürgerlichen Presse gegen die neuen Schulen lest, ist in jeder Hinsicht erlogen. Fragt die Kinder, die solche Schulen besuchen; geht selbst in die neuen Schulen und hört dem Unterricht zu! Es wird Euch allen gehen, wie es mir ging: Ich mußte, als ich das wunderbare Leben in diesen Schulen kennen lernte, denken: „Ach, wärst du noch einmal wieder jung und könntest du noch einmal wieder zur Schule gehen!"

Denkt daran Genossen: nehmt es nicht leichtfertig mit Euren Kindern; sie werden es Euch zu danken wissen, wenn Ihr Eure Pflicht tut; sie werden es Euch ein Leben lang vielleicht vorwerfen, wenn sie später zur Erkenntnis kommen, daß Ihr als Parteigenossen Eure Pflicht gegen die Jugend versäumt habt.

Grundvermögensteuer und gesetzliche Miete.

Das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt folgendes mit: Von einzelnen Mieterorganisationen wird in der Oeffentlichkeit die Auffassung vertreten, daß die Erhöhung des Gemeindezuschlages zur Grundvermögensteuer, die für das Rechnungsjahr 1925 (1. April 1925 bis 31. März 1926) erfolgt ist, mit Rücksicht auf die Bestimmung in § 11 des RMG., nach der eine Erhöhung der gesetzlichen Miete erst mit dem auf dem Zeitpunkt der Bekanntgabe folgenden nächsten Monatsersten wirksam wird, nicht in voller Höhe auf die Mieter abgewälzt werden kann. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat im Einverständnis mit dem preußischen Minister des Innern und dem preußischen Finanzminister in seinem Erlaß vom 23. Dezember 1925 mit Recht einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Er weist insbesondere darauf hin, daß der Beschluß der städtischen Körperschaften über die Erhöhung des Gemeindezuschlages zur Grundvermögensteuer erst zu einer rechtswirksamen Grundlage für die Steuererhebung wird, nachdem er die nach Maßgabe des Kommunalabgaberechts erforderliche Genehmigung der Kommunal-Aufsichtsbehörde gefunden hat und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden ist. Die rechtsverbindliche Bekanntgabe der Steuererhöhung ist im Gemeindeblatt vom 31. Januar 1926 erfolgt. Eine erhöhte steuerliche Belastung des Grundstücks und damit die Möglichkeit der Umlage des erhöhten Gemeindezuschlages auf die Mieter hat sich also erst mit Wirkung vom 1. Februar d. J. ergeben. Die rein formelle steuerrechtliche Verteilung auf das gesamte Rechnungsjahr ist auf die Mietzinsbildung ohne Einfluß. Allein maßgeblich ist vielmehr der Zeitpunkt, in dem die steuerliche Zahlungsverpflichtung für den Vermieter entsteht.

In rein rechnerischer Beziehung sei noch bemerkt, daß die Erhöhung des Gemeindezuschlages für den Monat Februar hundert Prozent des monatlichen Satzes der staatlichen Grundvermögensteuer und für März die Hälfte dieses Satzes beträgt. — Die Verteilung des auf die einzelnen Räume entfallenden Steuerbetrages erfolgt nach den Erfahrungen bei früheren Umlagen zweckmäßig in der Weise, daß aus der Teilung der auf die betreffenden Räume entfallenden reinen Friedensmiete durch die reine Gesamtfriedensmiete des Hauses eine feste Quote berechnet wird, mit der dann der vom Vermieter für das Haus zu entrichtende Steuerbetrag zu multiplizieren ist.

Beispiel: Gesamtfriedensmiete des Hauses monatlich 1000 M., erhöhter Gemeindezuschlag für Februar 35 M., Friedensmiete der Wohnung A monatlich 50 M.

Auf Wohnung A entfallender Anteil: 50 : 1000 = 0,05. Auf Wohnung A entfällt 35 mal 0,05 = 1,75 M. für Februar und für März die Hälfte dieses Betrages.

Die Berechnung der Umlage kann auf die Art erfolgen, daß der auf eine Mark Friedensmiete entfallende Steuerbetrag berechnet wird und dann die Friedensmiete für jede Wohnung mit dem auf eine Mark Friedensmiete entfallenden Steuerbetrag multipliziert wird.

Beispiel: Gesamtfriedensmiete des Hauses monatlich 1000 M., Friedensmiete der Wohnung A monatlich 50 M., erhöhter Gemeindezuschlag für Februar 35 M. Auf eine Mark Friedensmiete entfällt 35 : 1000 = 0,035 M. Auf Wohnung A entfällt für Februar 50 mal 0,035 = 1,75 M. und für März die Hälfte dieses Betrages. — Bei Streit über die Höhe des umzulegenden Betrages ist für die Entscheidung das Mieteinigungsamt zuständig.

Ein kommunaler Elendsindex.

Die Geldsummen, die in den städtischen Haushaltsplänen für sozialhygienische und wohlfahrtspflegerische Zwecke eingestellt sind, werden größtenteils unter Zugrundelegung von Richtzahlen errechnet. Die Einführung dieser Richtzahlen, die vielfach erst vor kurzem erfolgte, war durchaus zweckmäßig. Galt es doch, eine gewisse Einheitlichkeit bei der Verteilung der Mittel für sozialhygienische und wohlfahrtspflegerische Zwecke innerhalb der Stadt Berlin zu erzielen.

Viele Richtzahlen sind aber durchaus verbesserungsbedürftig; namentlich diejenigen, die sich auf die Häufigkeit der Inanspruchnahme der Fürsorgeeinrichtungen stützen. Zahlreiche Fürsorgestellen in den westlichen Bezirken bestehen viel länger und werden von der Bevölkerung genauer gekannt und häufiger in Anspruch genommen, als dies für viele Fürsorgeeinrichtungen in den Alt-Berliner Bezirken zutrifft, die jetzt bei ihrer „Einbürgerung" nur über beschränkte Mittel verfügen und sich erst allmählich in ihrer Wirksamkeit ausbreiten können. Den Richtzahlen sind häufig die Zahlen der Krankheits- bzw. Todesfälle oder die Anzahl der Lebenden der in Betracht kommenden Altersklassen bei der Errechnung zugrunde gelegt. Die jetzige Methode, dann auf Grund von Multiplikationen der so entstandenen Richtzahlen zu den Ziffern des Haushaltsplanes zu gelangen, kann nicht befriedigen. Sie stellt eine Schädigung der Bezirke dar, in denen eine spezifisch arme Bevölkerung wohnt. Es ist notwendig, nicht nur die bisherigen Richtzahlen anzuwenden, um zu den Etatsansätzen zu kommen, sondern es ist recht und billig, daß die besonders bedürftigen Verwaltungsbezirke prozentuale Zuschläge zu den errechneten Gesamtsummen erhalten. Es kommt nicht darauf an, wieviel Personen auf den verschiedenen Zweigen der Gesundheitsfürsorge betreut werden, nicht nur die Zahl der „Fälle" ist zu berücksichtigen! — nein, in ganz besonderer Weise auch die erforderliche Ausgiebigkeit der Fürsorge bei den zu betreuenden bedürftigen Personen! Je schlechter die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung in einem Verwaltungsbezirke sind, desto notwendiger ist die Aufwendung reichlicherer Mittel bei der Fürsorge. Einer Bevölkerung, die besonders stark leidet, wird man beispielsweise auf dem Gebiete der Ernährungsfürsorge für Säuglinge oder auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge für Tuberkulöse in den meisten Einzelfällen eine umfassendere Hilfe angedeihen lassen müssen, als dies in anderen begüterten Bezirken erforderlich ist, wo in dem Kreise der zu versorgenden Familie und ihrer Angehörigen noch diese oder jene Hilfsmittel zur Verfügung stehen, die im Interesse des kranken oder schwächlichen zu betreuenden Menschen aufgewendet werden können.

Es darf in diesem Zusammenhange auch nicht übersehen werden, daß sich die private Fürsorge in ganz besonderem Maße immer stärker des alten Mittelstandes annimmt, dessen Befürsorgung an sich zweifellos heute in weitem Maße dringend notwendig ist. Auf diese Weise stehen aber die proletarischen Bezirke gegenüber denjenigen, in denen die Kreise des ehemaligen Mittelstandes in großer Zahl ansässig sind, bezüglich des Gesamtaufwandes an Geld für sozialhygienische und wohlfahrtspflegerische Zwecke um so schlechter dar.

Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, Zuschläge festzusetzen, die nach der Bedürftigkeit des Bezirks gestaffelt sind und sich etwa von 5 oder 10 Proz. Mindestansatz bis zu 30 Proz. Höchstansatz steigern. Der Zuschlag von 30 Proz. käme für den zweifellos ärmsten Bezirk, den Verwaltungsbezirk Wedding, in Frage. Einen Zuschlag von 25 Proz. würden beispielsweise die Bezirke Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Neukölln und Lichtenberg zu beanspruchen haben. Die Einführung prozentualer Zuschläge auf Grund solcher Elendsindizes, die sich im übrigen auf fürsorgerische Sachleistungen, nicht aber auf personelle Ausgaben oder auf Aufwendungen für die Betriebsführung der Fürsorgeeinrichtungen selbst zu erstrecken hätte, würde von einer erheblichen Bedeutung für die Gestaltung der Haushaltspläne auf den Gebieten des Gesundheitswesens und Wohlfahrtspflege sein. Sie würde dem Interesse der breiten Massen der Berliner Bevölkerung dienen und dem Gebote der Gerechtigkeit entsprechen.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung gab Bürgermeister Schneider eine Aufklärung über die bekannten Veruntreuungen in der Steuerkasse. Dadurch waren die Anfragen der verschiedenen Parteien erledigt. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, welcher sich mit der Frage beschäftigen soll. Eine starke Kritik setzte gegen die Verfügung des Magistrats vom 18. Dezember 1925, die die Amtsniederlegung von Bezirksverordneten nur durch einen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zuläßt, ein. Ein Antrag unserer Fraktion, der die Anwendung des § 21 des Gesetzes vom 27. April 1920 für unzulässig erklärt, wurde angenommen. Um den seit längerer Zeit in unzulänglichen Räumen untergebrachten Dienststellen des Bezirksamts eine bessere Unterkunft zu schaffen, wurden für das Berufsamt Mitte zur Herrichtung der Räume in der Neuen Schönhauser Straße 1 6000 M., und für die Säuglingsfürsorgestelle Blumenstraße 97 5000 M. bewilligt. Die KPD. hatte einen Antrag wegen des Volksentscheides eingebracht und ihr Vertreter machte in Abwesenheit der bürgerlichen Parteien längere Ausführungen. Die Stellungnahme unserer Partei wurde durch den Genossen Thomas zum Ausdruck gebracht. Alsdann wurde die Anfrage der SPD. wegen Ueberlassung von vierzig Wohnungen an die Firma Scherl u. Co. zu Geschäftszwecken verhandelt, über die bereits im lokalen Teil des „Vorwärts" berichtet wurde.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksversammlung am 15. Februar wurde der neugewählte Bürgermeister Genosse Dr. Ostrowski durch Bürgermeister Scholz in Vertretung des Oberbürgermeisters eingeführt und verpflichtet. — Ein Antrag der KPD. wegen des Volksentscheides über die Fürstenabfindung wurde nach längerer Debatte angenommen. Ferner fand ein Antrag, nach dem die Hochbahngesellschaft ersucht werden soll, für den Bahnhof Danziger Straße einen zweiten Eingang zu schaffen, Annahme. Ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, in den Verkaufshäuschen die polizeilichen Vorschriften über die Verkaufszeiten für Gegenstände des täglichen Bedarfs zur Anwendung kommen zu lassen, wurde unter Hinweis darauf, daß für diese Häuschen die polizeilichen Vorschriften die gleichen sind wie für die Schankstätten, und daß dem Bezirksamt darauf keinerlei Einwirkung zustehe, abgelehnt. Ein Antrag der KPD., „alle Erwerbslosen, die Notunterstützung erhalten, bei der Krankenkasse auf Kosten des Bezirksamts anzumelden", wurde zurückgestellt, da der Ausschuß seine Arbeiten noch nicht beendet hatte. Ein weiterer Antrag der KPD., der die Anerkennung eines Erwerbslosenausschusses, die Freistellung von Räumen für seine Arbeit und für Versammlungen, die Zurückziehung der Polizei aus den Stempelstellen, die Zulassung der Bekanntmachungen des Erwerbslosenausschusses, für jeden Erwerbslosen sowie dessen Angehörigen wöchentlich ein Freibad, die Einstellung von Hilfskräften an der Auszahlungskasse für die Erwerbslosen und die Zulassung von Vertretern der Erwerbslosen zu den Plenarsitzungen der Bezirksversammlungen forderte, wurde gleichfalls einem Ausschuß überwiesen. Ein weiterer Antrag der KPD., „den Stadtrat Dr. Hüfner in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen", über den in geheimer Sitzung verhandelt wurde, wurde einem Ausschuß überwiesen.

8. Bezirk — Spandau.

In der Bezirksversammlung vom 17. Februar teilte der Vorsitzende mit, daß Genosse Aßmus sein Mandat als Bezirksverordneter wegen Erkrankung niederlegen mußte. Dann wurden die vier neugewählten unbesoldeten Stadträte eingeführt und verpflichtet. Eine Anfrage der SPD. wegen der Belieferung des Krankenhauses mit Milch, die von pockenkranken Tieren stammte, wurde vom Bürgermeister dahin beantwortet, daß die betreffenden Tiere auf dem Gute Wansdorf vom übrigen Viehbestand getrennt wurden, so daß nur einwandfreie Milch geliefert worden ist. Auch in dieser Bezirksversammlung wurde der bekannte Antrag der KPD. wegen der Fürstenabfindung behandelt und mit den Stimmen der SPD., der KPD. und der Demokraten angenommen. Bei der Debatte hatte ein Redner der Demokraten, Dr. Hirschfeld, sehr scharfe Worte gegen die Fürsten gefunden, während der Sprecher des Zentrums, Galle, erklärte, daß er erst die Beratungen der Zentrumsfraktionen im Reichstag und Landtag abwarten müsse. Heftig bekämpften die Rechtsparteien einen Protest der SPD. gegen die Lockerung der Mieterschutzbestimmungen. Gegen die Rechtsparteien wurde der Protest der SPD. in der Bezirksversammlung unterstützt. Ferner fand ein Antrag über die Beseitigung der Verwaltungsgebühren Annahme. Einem Antrag der SPD., diejenigen Stellen namhaft zu machen, die die Schuld an der ungenügenden Vorbereitung des Bauplanes der Charlottenburger Brücke getragen haben, wurde stattgegeben. Ein weiterer Antrag der SPD., der sich mit den skandalösen Verkehrsverhältnissen in Spandau befaßte und vom Genossen Bergemann begründet wurde, rief eine lebhafte Aussprache hervor. Der Antrag fordert eine Schnellbahn von Spandau nach dem Zentrum Berlins, die Elektrifizierung der Vorortbahn bis Staaken zur Erzielung einer schnelleren Zugfolge, deren Fehlen sich besonders in der Zeit von 10 bis 12 Uhr abends übel bemerkbar macht. Dieser Antrag wurde mit einem Zusatzantrag der Rechten, der Verbesserungen der Straßenbahnverbindungen fordert, angenommen. In der folgenden geheimen Sitzung gab es bei der Behandlung von Siedlungsfragen scharfe Auseinandersetzungen.

Die Errichtung von Schulzahnkliniken. Die Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern Groß-Berlins (Landesversicherungsanstalt Berlin, Verband der Krankenkassen Groß-Berlin und der Betriebskrankenkassenverband Berlin und der Betriebskrankenkassenverband Berlin und Nachbarorte e. V.) hat im vergangenen Jahre der städtischen Verwaltung eine Summe von 20 000 Rentenmark zur Errichtung neuer Schulzahnkliniken zur Verfügung gestellt. Ein Teil dieser Summe ist jetzt zur Errichtung der Schulzahnklinik im Bezirk Prenzlauer Berg mit verwendet worden.

Nicht das geringste Unbehagen bei der Verdauung

darf vernachlässigt werden. Augenblickliche kleine Beschwerden können später schwere Krankheiten werden. Daher sollte man schon beim ersten Anzeichen von Schmerz bei der Verdauung einen halben Kaffeelöffel Bisquitte Magnesia in etwas Wasser nach dem Essen einnehmen. Bisquitte Magnesia neutralisiert das Uebermaß von Säure, welches die Ursache so vieler Magenleiden ist. Sie wirkt beruhigend auf die empfindlichen Magenwände, verhütet saures Aufstoßen, Blähungen, Leibschneiden usw. und läßt den Verdauungsapparat in regelmäßiger und natürlicher Weise funktionieren. Bisquitte Magnesia ist in allen Apotheken käuflich. Befriedigung wird gewährleistet oder das gezahlte Geld zurückerstattet.

Bisquitte Magnesia kommt in Flaschen gefüllt zum Verkauf und ist daher unbegrenzt haltbar.

Laufhut Lisere-Kopf mit Ripsrand 3.90

Jugendlicher Hut Tagalpicotkopf, Ripsrand, fesche Garnierung 6.90

Oberhemden weiß, mit Plisee-Falteneinsatz und Plisee-Umschlagmanschetten, ungewaschen 4.90

Weiche Herren-Hüte moderne Formen und Farben 3.90

Waschtisch viereckig, lackiert 3.95

Ripskleid Glockenform, sehr fesch, schöne Farben 24.50

Billiger Freitag und Sonnabend bei JANDORF

Frühjahrskleid Kunstseide, waschbar, fesch verarbeitet, reizende Muster 10.75

Damenwäsche

Damenhemd Trägerform mit Hohlsaumgarnierung 1.45

Hemdhose moderne Form, mit Besatz und Hohlsaumgarnierung . 2.25

Prinzeßrock m. breitem Stickerei-Ansatz 2.95

Nachthemd guter Wäschestoff m. Stickereigarnierung 2.95

Strümpfe

Damenstrümpfe gute Qualität, Doppelsohle, Hochferse, farbig . . . . . 95 Pf.

Damenstrümpfe Kunstseide, Doppelsohle, Hochferse, mod. Farben u. schwarz 1.45

Herren-Socken farbig, gute Qualität, moderne Jacquardmuster . 75 Pf.

Herrenartikel

Oberhemden Zephir, gestreift od. einfarbig, 2 Kragen, Umschlagmanschette 6.90

Taghemden aus kräftigem Wäschestoff, mit Falten 3.90

Stehumlegekragen gute Qualität, in allen Weiten 65 Pf.

Selbstbinder breite Form, schöne Ausmusterung . . . . 95 Pf.

Wirtschaftsartikel

Mülleimer Emaille m. Deckel und Schrift, ca. 28 cm . . 2.95

Abwaschwanne Emaille, gekantet 1.75

Wassereimer gekantet, Emaille mit Deckel, ca. 26 cm 2.75

Wannen verzinkt, oval, ca. 50 cm . 2.95

Schuhwaren

Hausschuhe Tuch, für Damen, mit Ledersohle 2.65

Hausschuhe Filz, für Damen, mit Filzsohle . 3.45

Lack-Spangen- od. -Schnürschuhe moderne Form, amerik. Absatz 8.90

Spangenschuhe Lack, hochmodern, französischer Absatz . . . 11.50

Seifen

Bade-Seife hochfein, ca. 200 Gramm, rein u. mild 45 Pf.

Toilette-Seife ca. 80 Gramm, rein u. mild 20 Pf.

Prima Kern-Seife Flagel, 5 teilig . . . . . 65 Pf.

Seifenpulver Salmiak-Terpentin, mit Seifenschnitzel . . . 1 Pfund-Paket 15 Pf.

Schottenkleid reines Wolle, kariertes Muster 12.50

Uebergangshut Tagalpicothopf, Ripsband, aparte Garnitur 7.90

Frauenhut Tagalpicothopf, mit Ripsband, hübsch garniert 7.90

Damenhemd aus gutem Wäschestoff, mit breiter Stickerei 1.95

Moderner Regenschirm Top-Form, mit seidenem Futteral 5.90

Belle-Alliance-Str. ◆ Gr. Frankfurter Str. ◆ Brunnenstr. ◆ Kottbusser Damm ◆ Wilmersdorfer Str.

Für bessere Verteilung der Bautätigkeit.

Zur Arbeitslosigkeit im deutschen Baugewerbe.

Aus Bauarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

In stärkstem Ausmaß werden in diesem Winter die Bauarbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Leitung des Deutschen Baugewerksbundes mußte deshalb schon anfangs Januar die Sätze und Dauer der Erwerbslosenunterstützung bedeutend einschränken. Und trotz milder Witterung bleibt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe in erschreckend hohem Maße bestehen. Das ist eine vortreffliche Illustration zu den nachstehenden Bestimmungen des preußischen Wohlfahrtsministers, die er vor etwa einem Jahre herausgegeben hat:

1. Bei dem mit öffentlichen Mitteln unterstützten Kleinwohnungsbau ist eine unnötige Zusammendrängung der Bauausführungen zu vermeiden. Deshalb sind die aus dem Hauszinssteueraufkommen allmählich fließenden Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit (Hauszinssteuerhypotheken) je nach ihrem Aufkommen sofort in vollem Umfange und auf schnellstem Wege dem Baumarkt zuzuführen.

2. Die Baupolizeibehörden sind anzuweisen, Instandsetzungsarbeiten, die auf Grund baupolizeilicher Verfügungen vorzunehmen sind, tunlichst, nämlich soweit Gefahr nicht im Verzug ist und die baupolizeilichen Erwägungen es auch sonst zulassen, nicht während der Hauptbauzeit zu fordern.

3. Durch Verhandlung mit den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ist in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß Bauarbeiten jeder Art an ihren Gebäuden zweckmäßig über das ganze Jahr verteilt werden.

4. Die örtlichen Arbeitgeberverbände sind auf die Bereithaltung einer ausreichenden Zahl von Lehrlingsstellen und auf engstes Zusammenarbeiten mit den Berufsberatungsstellen nachdrücklichst hinzuweisen.

Diese Bestimmungen waren weniger deshalb erlassen, um den Bauarbeitern die Arbeitsmöglichkeit stabiler zu gestalten, sondern um den Klagen der Unternehmer zu begegnen, in der Hauptbauzeit des Jahres dürften die gelernten Bauarbeiter nicht ausreichen, um die Arbeit bewältigen zu können. Aus Furcht vor diesem Facharbeitermangel und um den gewerblichen Nachwuchs zu sichern, hatte der preußische Wohlfahrtsminister den Absatz 4 seinen Bestimmungen beigefügt.

Der „Erfolg" der amtlichen Mahnung.

Neuerdings lasen wir nun etwas über den „Erfolg" der Bemühungen des preußischen Wohlfahrtsministers. Amtlich wurde mitgeteilt, die Arbeitslosigkeit habe im Baugewerbe einen bedrohlichen Umfang erreicht, die schlechte Lage ließe sich jedoch bessern, wenn Bauarbeiten, die schon jetzt ausführbar seien und doch bald ausgeführt werden müßten, sofort in Angriff genommen würden. Es wurde hingewiesen auf Instandhaltungsarbeiten und Reparaturarbeiten im Innern der Gebäude, die von der Witterung nicht allzu sehr beeinflußt würden. Die schnellste Aufnahme dieser Arbeiten läge im Interesse aller Beteiligten. Im Sommer träten erfahrungsgemäß durch die starke Inanspruchnahme der Facharbeiter bei Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten Verzögerungen ein, dies träfe jetzt nicht zu, da ein Ueberangebot von Baufacharbeitern vorhanden sei. Würde dem amtlichen Rat gefolgt, so würden sich auch die Kosten der Erwerbslosenfürsorge vermindern. Dieser Gesichtspunkt müsse für Reich, Länder und Kommunen, soweit sie Bauarbeiten zu vergeben haben, von ausschlaggebendem Interesse sein.

Gut waren die Bestimmungen des preußischen Wohlfahrtsministers, gut gemeint ist die vorstehend genannte „amtliche" Mahnung. Geschehen wird trotzdem so viel wie nichts. Man ist in Deutschland im Bauwesen den alten Trott gewohnt, man baut eben im Sommer und schlägt alle anders gerichteten Mahnungen und Anordnungen, ob amtlich oder nicht amtlich, in den Wind. Dafür schreien dann im Sommer die Unternehmer nach der Einwanderung ausländischer Baufacharbeiter und behaupten steif und fest, die Bauvorhaben ließen sich nicht erledigen, wenn die Bauarbeiter nicht endlich ihren „Trotz" aufgäben und sich dazu bequemten, länger als 8 Stunden täglich zu arbeiten. Dieses reaktionäre Gerede läßt sich am besten widerlegen durch eine Tabelle über den Stand der Arbeitslosigkeit in den Monaten November-Dezember 1925 und vom Januar 1926, wie sie vom Deutschen Baugewerksbund in dessen wöchentlichen Erhebungen festgestellt worden ist:

Es waren arbeitslos am	Mitglieder des DBB.	In Proz.	Davon arbeitslose Maurer
2. November 1925 . . .	25 788	7,41	7 092
9. „ 1925 . . .	30 955	8,93	9 259
16. „ 1925 . . .	39 191	11,44	13 652
23. „ 1925 . . .	49 782	14,56	19 361
30. „ 1925 . . .	94 998	27,76	43 349
7. Dezember 1925 . . .	129 985	38,91	63 462
14. „ 1925 . . .	148 970	44,68	74 245
21. „ 1925 . . .	160 195	48,80	81 218
28. „ 1925 . . .	158 439	47,79	80 541
4. Januar 1926 . . .	152 984	45,74	76 573
11. „ 1926 . . .	152 164	45,45	77 197
18. „ 1926 . . .	168 687	52,86	86 646
25. „ 1926 . . .	163 374	52,06	85 303
1. Februar 1926 . . .	150 683	46,96	77 979

Was sagt diese statistische Aufstellung? Daß Tausende und aber Tausende gelernter Arbeitskräfte des Baugewerbes monatelang brachliegen trotz grimmigster Wohnungsnot. Bemerkt sei, daß außer den hier zahlenmäßig aufgeführten arbeitslosen Maurern noch Tausende anderer im Baugewerksbund organisierter baugewerblicher Facharbeiter wie Bauwerkmeister, Stukkateure, Ofensetzer, Fliesenleger, Glaser usw. im ganzen Winter ohne Beschäftigung sind. Und die hier veröffentlichte Aufnahme erstreckt sich wohlverstanden nur auf die Mitglieder des Baugewerksbundes, die Mitglieder des Zimmerer- und des Malerverbandes, des Dachdeckerverbandes des christlichen Bauarbeiterverbandes, der Sonderorganisationen im Baugewerbe und die Unorganisierten sind an dieser Zählung nicht beteiligt. Deshalb ist unsere Statistik nur ein Teilbild der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, aber dennoch ein sicherer Maßstab an der Gesamtarbeitslosigkeit in den Bauberufsgruppen.

Sind genug Facharbeiter vorhanden?

Unter diesen Umständen wirkt das Verlangen der Bauunternehmerorganisationen nach der Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe einfach lächerlich. Man verteile die Arbeit besser, und zwar nach den amtlichen Anweisungen, dann wäre keinerlei Facharbeitermangel im deutschen Baugewerbe vorhanden; und wenn man davon spricht, im Sommer wäre — verursacht durch solche Liederlichkeiten in der Bauausführung — ein Baufacharbeitermangel vorhanden, so trifft dies trotz des großen Schlendrians in der Bauausführung nicht zu. Denn die wöchentlichen Erhebungen im Baugewerksbund über den Stand der Erwerbslosigkeit haben ergeben, **daß zu keiner Stunde im ganzen Jahr 1925 alle Baufacharbeiter Beschäftigung hatten.** Trotz all dieser Tatsachen beharren die Unternehmer des Baugewerbes auf die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit.

Jedenfalls beweisen unsere Darlegungen, daß die Bauarbeiterorganisationen recht daran taten, als sie bei den Reichstarifvertragsverhandlungen eine starre Verlängerung der täglichen Arbeitszeit im Baugewerbe ablehnten. Sie haben damit für die Allgemeinheit besser gewirkt als die Unternehmervertreter, die, gedrängt vom eigenen Interesse und den Scharfmachern des Großunternehmertums, bei ihren Bestrebungen alle dem Allgemeinwohl nützenden Erwägungen achtlos beiseite schieben.

Die Hypothekenaktienbanken Ende 1925.

Die Tätigkeit der deutschen Aktienhypothekenbanken hat im Jahre 1925, wie die folgende Aufstellung zeigt, eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Der Gesamtumlauf an Roggen- und Goldpfandbriefen sowie Kommunalobligationen von 34 deutschen Hypothekenbanken hat sich 1925 auf 745,25 Mill. erhöht. Davon entfallen auf Pfandbriefe 653,35 und auf Kommunalobligationen 91,90 Mill. Ende 1924 betrug der Gesamtumlauf 295,95 und 56,68, zusammen 352,63 Millionen. Die Zunahme beträgt 392,62 Millionen.

	Aktien-Kap. u. Reserv. Ende 1924	Gesamtumlauf Ende 1924	Gesamtumlauf Ende 1925
	Millionen M.		
(8) Gemeinschaftsgruppe Dtsch. Hyp.-B.	47,21	73,75	187,46
(4) Dtsch. Centralbodenkred.-Vereinig.	22,54	60,05	125,72
(6) Arbeitsgem. süddtsch. Hyp.-Banken	64,44	18 87	98,28
(3) Bayerische Vereinsbank-Gruppe. .	83,23	24,71	70,62
(2) Roggenrenten-B. — Prß. Pfdbr.-B.	11,04	113,82	156,41
(11) Andere Hypothekenbanken	24 80	61,43	106,81
34 Hypothekenbanken Ende 1925 . .	203,86	352,63	**745,25**
40 „ „ 1913 . .	1395,15		**11513,40**

Wenn es auch noch zu früh ist, endgültige Schlüsse aus Vergleichen mit der Vorkriegszeit zu ziehen, so erlaubt dieser Vergleich doch einige interessante Feststellungen. Die Ziffern für die Vorkriegszeit entnehmen wir einem Sonderabdruck aus dem „Deutschen Oekonomist" für das Jahr 1915. Danach betrug die durchschnittliche Jahreszunahme des Umlaufs von Pfandbriefen und Kommunalobligationen in den sechs Jahren 1908—1913 rund 401 Millionen Mark (allerdings für 40 Hypothekenbanken; davon waren aber einige ohne erhebliche Bedeutung). Man kann also feststellen, daß die Zunahme des Pfandbrief- und Kommunalobligationenumlaufs der Hypothekenbanken 1925 den Vorkriegsdurchschnitt fast erreicht hat. Dürfte man annehmen, daß die Zunahme 1925 Ausdruck normaler Kapitalbildung wie in der Vorkriegszeit wäre, so wäre die relative Uebereinstimmung der Zuwachsziffern ein erfreuliches Zeichen. Man muß aber annehmen, daß der Reiz der hohen Verzinsung, die Dringlichkeit des Hypothekenbedarfs und zum Teil auch der Kapitalzufluß aus dem Ausland den Pfandbriefumlauf beträchtlich über das Ausmaß der Kapitalbildung bei den inländischen Sparern gesteigert hat.

Vergleicht man die umlaufenden Pfandbriefe und Obligationen 1925 und 1913, so ergibt sich natürlich für 1925 ein gewaltiges Defizit bei den Hypothekenaktienbanken. Mit 745 gegen 11 513 Mill. beträgt der Umlauf heute noch nicht $^1/_{15}$ desjenigen der Vorkriegszeit. Rechnet man die Ansprüche, die die Papiermark-Pfandbriefgläubiger an die Teilungsmasse der Hypothekenaktienbanken haben, hinzu, die ja ab 1927 ebenfalls in Goldpfandbriefen ausgezahlt werden sollen, so wird sich bei der schematischen Zugrundelegung einer zehnprozentigen Entschädigung des Vorkriegsumlaufs die Pfandbriefbelastung der 34 Banken um etwa eine Milliarde erhöhen. Die Kapital„bildung" durch Aufwertung würde den Pfandbriefumlauf auf etwa $^1/_5$ des Vorkriegsstandes erhöhen.

Interessant ist auch das Verhältnis des eigenen Kapitals der Hypothekenbanken zu ihrem Pfandbrief- und Obligationenumlauf. Dieses Verhältnis ist wichtig, weil den Hypothekenbanken bekanntlich ein bestimmtes Verhältnis des eigenen Kapitals zur Pfandbrief- und Obligationenausgabe vorgeschrieben ist (das 15- bis 28fache des Aktienkapitals und weniger bei Berücksichtigung der Reserven). Während 1913 auf Kapital und Reserven von 1,40 Milliarden ein Umlauf von 11,51 Milliarden kam (das Achtfache), trifft heute auf 0,20 Milliarden ein Umlauf von 0,74 Milliarden (noch nicht das Vierfache). Das ist einmal ein sehr beachtliches Moment für die Gründe, die die Darlehenzinsen für Hypotheken hochhalten; denn trotz des geringeren Geschäftsumfangs und der höheren Zinssätze gegenüber 1913 verlangen die Hypothekenbanken für ein relativ größeres Eigenkapital Verzinsung und Dividende. Zum anderen wirkt der hohe Gewinnanspruch der Hypothekenbanken ungünstig auf die Ausdehnung der Geschäfte, weil die hohen Hypothekenzinsen die Hypothekenfähigkeit der Grundstücke verringern müssen.

Natürlich geben die Ziffern der Hypothekenaktienbanken nur einen Ausschnitt des heutigen deutschen Hypotheken- und Pfandbriefgeschäfts. Unter den 34 Hypothekenbanken sind nur zwei, die ausgesprochen dem landwirtschaftlichen Realkredit dienen, allerdings die größten, die Preußische Zentralbodenkredit-A.-G. und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Es fehlen die einzelnen preußischen Landschaften und für die Hypothekengewährung insbesondere die Sparkassen und Genossenschaften. Insgesamt beläuft sich der Pfandbrief- und Kommunalobligationenumlauf Ende 1925 auf mindestens 1050—1100 Mill. M.

Ein Rechenschaftsbericht der Wirtschaftswissenschaft.

Freunde und Verehrer von Lujo Brentano haben dem Altmeister zu seinem 80. Geburtstag eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet, die als zwei stattliche Bände von M. J. Bonn und M. Palyi herausgegeben sind.*)

Lujo Brentano ist auch der Arbeiterbewegung kein Fremder. Rücksichtslos hat sich dieser Forscher sein Leben lang oft in schärfstem Kampf gegen seine Universitätskollegen für die Gewerkschaftsbewegung und gegen die Ausbeutung der Massen durch den Schutzzoll eingesetzt. Heute bekennen sich in dieser Festgabe die namhaftesten Gelehrten des In- und Auslandes zu diesem Meister.

Der erste Band gibt einen Ueberblick über die „wirtschaftspolitischen Ideologien". Er handelt vom Liberalismus, Sozialismus und Imperialismus, von den wirtschaftspolitischen Ideen des Katholizismus und der romantisch-religiösen Sekten und Gruppen. Durch alle Beiträge, die zum Teil von ausgesprochenen Gegnern des Sozialismus geschrieben sind, zeigt sich eine gemeinsame Tendenz: die kritische Haltung zum Kapitalismus. Es ist ein bedeutsames Ergebnis der sozialistischen Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaft, daß auch im bürgerlichen Lager die restlose Bewunderung für die „gottgewollte" kapitalistische Wirtschaft gründlich erschüttert ist. Es fehlt dort zwar der Glaube an die Möglichkeit einer Wandlung. Der Kapitalismus wird aber nur bejaht als ein notwendiges Uebel, ohne das sich die abendländische, auf engem Raum zusammengedrängte Menschheit nicht erhalten kann.

Nach dem Beitrag von Cassau hat aber auch die sozialistische Gedankenwelt im letzten Jahrzehnt schwere Erschütterungen erfahren. Der in manchen Kreisen verbreitete Glaube an die Möglichkeit, das sozialistische Ideal sozusagen mit einem Schlage zu verwirklichen, wenn sich nur eine politische Umwandlung ereignet hat, ist geschwunden. Auf der anderen Seite hat sich für die Arbeiterbewegung eine Fülle von Gegenwartsaufgaben ergeben. Der Sozialismus kann nicht im Sturm, sondern nur im harten und zähen zielbewußten Tageskampf errungen werden. Cassau irrt jedoch, wenn er meint, daß diese Aufgaben vor ihm noch gar nicht gesehen und angepackt worden sind. Er hat nur darin recht, daß es noch nicht gelungen ist, diese Gegenwartsaufgaben in ihrem Zusammenhang mit dem sozialistischen Endziel zu erfassen. Es fehlt die ausgebildete sozialistische Ideologie, die sich die Erfahrungen der letzten zehn Jahre zunutze gemacht hat. Im Gegensatz zu Cassau meinen wir aber, daß die Ansätze zu einer solchen Ideologie schon sehr weitgehend vorgezeichnet sind — vielleicht weniger in der Theorie als in den Programmen und in der Praxis von Partei und Gewerkschaft.

Der zweite Band gibt einen Ueberblick über den Stand der nationalökonomischen Forschung im In- und Ausland. Die Grundtendenz, die hier in all den verschiedenen Abhandlungen über den Stand der Wissenschaft in den einzelnen Ländern und über den Stand der Forschung in bezug auf die Hauptprobleme entgegentritt, ist der Versuch, die Lösung brennender Tagesprobleme mit den Ergebnissen der abstrakten Theorie in Zusammenhang zu bringen. Gerade in Deutschland sind wirtschaftspolitische Praxis und wirklichkeitsfremde Wissenschaft gar zu unberührt nebeneinander her gelaufen. Julius Hirsch würdigt die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft für die Wirtschaftspraxis in einem besonderen Aufsatz. Aber auch in der Behandlung der einzelnen Probleme, z. B. dem Konjunktur-, dem Geldproblem usw. zeigt sich das Bestreben, mittels theoretischer Erkenntnis der Lösung praktischer Aufgaben zu dienen.

Von großem Interesse ist schließlich die Darstellung vom Stand der Wissenschaft und des Wissenschaftsbetriebs in den einzelnen Ländern, zumal besonders in dem Bericht von dem bekannten Nationalökonomen Charles Gide über Frankreich auch auf die wunden Stellen im Wissenschafts- und Universitätsbetrieb sehr offen hingewiesen wird. In einem Schlußwort fordert Nitti eine europäische Wirtschaftswissenschaft, zu der ein Ansatz in diesem Sammelwerk selbst zu sehen ist. —m.

*) Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Eine Festgabe für Lujo Brentano. 1. Band: Wirtschaftspolitische Ideologien. 2. Band: Der Stand der Forschung. Verlag: Duncker und Humblot. München und Leipzig 1925.

Genossenschaften und Kohlenbelieferung.

Wie uns aus genossenschaftlichen Kreisen geschrieben wird, bestehen Bestrebungen, den § 63 der Ausführungsbestimmungen zum Reichskohlengesetz abzuändern. Dem Reichstage ist bereits ein solcher Abänderungsantrag des angezogenen Paragraphen zugegangen. Der § 63 bestimmte bisher, daß der Reichskohlenverband dafür zu sorgen habe, daß Genossenschaften „unter sonst gleichen Voraussetzungen" den Händlern gleichzustellen sind. Der Sinn dieser Bestimmung ging dahin, die Genossenschaften den Händlern als Abnehmer bei gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen (also Größe und Umfang des Unternehmens) gleichzustellen. In der Praxis wurde die Bestimmung zuungunsten der Genossenschaften ausgelegt, und zwar in dem Sinne, daß diese nur dann den Händlern bei den Belieferungen gleichgestellt würden, wenn sie sich verpflichteten, alle Sorten von Kohle abzunehmen. Damit wäre dem größten Teile der interessierten Genossenschaften, vor allem den Schmiede- und Bäckergenossenschaften in keiner Weise gedient, da diese an einer Belieferung anderer als der benötigten Kohle mangels Verwendung kein Interesse haben. Durch den Antrag

Maggi's Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen „Maggi" und die gelb-rote Packung.

sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. Ein Würfel in gut ¼ Liter kochendem Wasser aufgelöst, gibt sofort kräftige Fleischbrühe zum Trinken, zur Zubereitung und Verbesserung aller Arten Suppen, Soßen und Gemüse. 1 Würfel 4 Pfennig.

soll eine Abänderung dahin getroffen werden, daß der Begriff „unter sonst gleichen Voraussetzungen" im Gesetzestext fallen gelassen wird. Der umgeänderte Paragraph soll folgende Fassung erhalten:

„Der Reichskohlenverband sorgt dafür, daß eingetragene Genossenschaften und deren Zentralen auf Verlangen von dem auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes bestehenden Kohlensyndikat zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffpreisen ohne Verpflichtung zur Einhaltung von Mindestverkaufspreisen direkt mit Brennstoffen beliefert werden."

In Genossenschaftskreisen ist man der Ansicht, daß damit dem bisher allgemein gehaltenen Paragraphen eine genauere, dem Sinne des Gesetzes entsprechende Form gegeben ist, und man hofft, daß der Antrag im Reichstage zur Annahme gelangt.

Amtlicher Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 24. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 17. Februar (118,2) um 0,5 Proz. auf 117,6 zurückgegangen. Gesunken sind die Preise für Gerste, Hafer, Zucker, Schweinefleisch, Speck, einige Textilrohstoffe, Baumwollhalbwaren und Zink. Höher lagen die Preise für Weizen, Butter, Schmalz, Blei, Kupfer und Zinn. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 112,3 auf 111,5 oder um 0,7 Proz., die Industriestoffe von 129,4 auf 129,0 oder um 0,3 Proz. nachgegeben.

Staat und Elektrowirtschaft. Gegen die Begründung, die der preußische Handelsminister Dr. Schreiber für die Elektrizitätspolitik des preußischen Staates gegeben hat, wendet sich die Fachgruppe der Elektrizitätswerke im Reichsverbande der deutschen Industrie. In diesen privatwirtschaftlich eingestellten Kreisen herrscht, wie aus den Referaten vor Vertretern der Presse hervorging, noch immer die Auffassung von dem Segen der unbeschränkten Privatinitiative. Sie sehen insbesondere in dem Erwerb der Braunkohlengrube „Zukunft" eine Kampfmaßnahme gegen die bisherige Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, die sich durchaus organisch, und zwar im Zusammenwirken mit den Gemeinden, vollzogen habe. In der Ausnutzung seiner Hoheitsrechte gegenüber den Privatinteressenten sieht man einen schweren Mißgriff des Staates. Auf die konkrete Frage, ob nicht die staatliche Einflußnahme auf die Dauer eine volkswirtschaftlich vorteilhaftere Belieferung mit Strom, insbesondere in den Landkreisen ermöglichen könne, erhielt man keine ebenso konkrete Antwort. Wir haben unseren Standpunkt zu dieser Frage bereits zum Ausdruck gebracht und sind der Meinung, daß keineswegs dem Staat verwehrt werden kann, seinen Einfluß auf die Elektrizitätsindustrie auszudehnen. Das um so weniger, als von der Privatindustrie selbst betont wird, daß die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft auch nicht einen Tag lang in Wirksamkeit getreten ist. Daraus geht hervor, daß der Staat die einzige gegebene Stelle ist, die mit ökonomischen Mitteln etwaige Konflikte zwischen den einzelnen Interessengruppen der Elektrizitätswirtschaft zu lösen vermag. Warum man sich gegen dessen Eingreifen wehrt, ist nicht einzusehen.

Aus der Partei.

Totentafel der Arbeiterbewegung.

Die Korrespondenz des Sekretariats der Sozialistischen Arbeiter-Internationale teilt mit:

John Robertsohn, einer der Führer der schottischen Bergarbeiter, ist, 59 Jahre alt, am 14. Februar in Glasgow gestorben. Seit 1918 war er Vertreter des Wahlkreises Bothwell im Parlament. Er war einer der Einpeitscher der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei und der Vorsitzende der schottischen Gruppe. Er war auch Mitglied der Regierung Macdonald.

Joseph A. Whitehorn, ein Führer der Sozialisten New Yorks, starb, 46 Jahre alt, ganz plötzlich am 23. Januar. Er stammte aus Rumänien, kam mit 10 Jahren nach Amerika und schwang sich aus eigener Kraft vom Zeitungsjungen zum Advokaten auf. Schon mit 18 Jahren schloß er sich der sozialistischen Bewegung an und blieb ihr unverbrüchlich treu. Er gehörte in zwei Legislaturperioden der Stadtvertretung als sozialistischer Erwählter an und war 1918 der Vizepräsident der Gruppe der damaligen zehn Vertreter. Im Kriege hatte er viele Verfolgungen zu erleiden, da er standhaft am Internationalismus festhielt. Fünfhundert Genossen geleiteten ihn zum Grabe und sieben Redner priesen das Andenken des vorbildlichen Mannes.

Der sozialdemokratische Verband des österreichischen Nationalrates hat innerhalb weniger Tage zwei Mitglieder verloren. Am 18. Februar starb Abgeordneter Hermann Schulz, der das Verdienst hat, weite Schichten der Beamtenschaft Oesterreichs für die Gewerkschaftsbewegung und den Sozialismus gewonnen zu haben, 51 Jahre alt, in Wien nach mehrmonatiger schwerer Krankheit.

Am folgenden Tage starb Julie Rauscha, eine der sieben Frauen, die die österreichische Sozialdemokratie in den Nationalrat gewählt, in jungen Jahren unerwartet an einer Lungenentzündung.

Der französische sozialistische Abgeordnete Moutet hat einen schweren Verlust erlitten. Seine Frau Anna Moutet, eine geborene Russin, ist am 18. Februar gestorben. Sie war eine bekannte Aerztin, als solche Ritter der Ehrenlegion und Vertreterin Frankreichs auf dem Internationalen medizinischen Frauenkongreß in den Vereinigten Staaten im Jahre 1919.

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutsch. Musikerverbandes, Berlin O 27, Andreasstr. 21 (Königstadt 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt im Großhandel.

Gegen den Gehaltsabbau.

Zum Monatsende hat, wie wir bereits berichtet haben, der gesamte Großhandel mit Ausnahme von zwei Branchen die Tarifverträge mit den Angestellten gekündigt. Der Zweck dieser Kündigungen ist nicht zweifelhaft. Dr. Engel, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes des Großhandels, hat es bei den letzten Schlichtungsverhandlungen klar und deutlich ausgesprochen, daß man kein „guter Kaufmann" wäre, wenn man bei neuen Tarifverhandlungen nicht die jeweilige Zahl der Arbeitslosen, die auf den Arbeitsmarkt drücken, in Rechnung setzen würde.

Heut liegen nun die Dinge so, daß beispielsweise in Berlin in der Metallindustrie 56 000 noch beschäftigte Angestellte etwa 36 000 unbeschäftigten gegenüberstehen. Es wäre also, wie Genosse Gottfurcht, 1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Berlin des ZdA., in seinem Referat „Gehaltsabbau im Großhandel — die Angestellten sollen hungern" in der Versammlung am Mittwoch in Haverlands Festsälen ausführte, theoretisch den Arbeitgebern möglich, zwei Drittel ihrer Angestellten gegen solche auszutauschen, die durch oft schon monatelange Arbeitslosigkeit bereits mürbe wurden und die nun bereit wären, Beschäftigung um jeden Preis anzunehmen. Daß diese den Arbeitgebern gewiß ideal erscheinende Umgruppierung nicht geschieht, ist die Schuld der Unternehmer gewiß nicht, die sich jetzt so sehr bereit finden, über die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu jammern.

Kleiner Umsatz — großer Nutzen: diese Umkehrung eines guten alten Kaufmannswortes, kann eine kurze Zeit Scheingeltung erlangen; dann aber wird sich zeigen, daß es doch so nicht geht, weil ein völliges Versagen der Kaufkraft der breiten Schichten damit eintreten muß. Der Angestellte, der Proletarier aber soll nun die Zeche bezahlen, wenn durch selbstverschuldete geringere Absatzmöglichkeiten die Betriebe stillere Zeiten sehen. Außerdem wies Genosse Gottfurcht mit Recht darauf hin, daß die Klagen über zusammenschmelzende Betriebsvermögen sich als ganz unbegründet erweisen, sobald man nämlich zum Verständnis der Unternehmerlage sich einmal für die privaten Bankkonten dieser Herren interessiert. Landwirtschaft, Industrie und Handel ziehen hier alle am selben Strang, und das Reich ist nur zu bereit, ihnen Hilfe zu spenden. Genosse Gottfurcht kritisierte scharf die Steuer- und Finanzpolitik, vor allem das neue Steuergeschenk von 550 Millionen, das der Finanzminister den notleidenden Kapitalisten zu machen gedenkt.

Die Tarifkündigungen sind ein neuer Schlag, zu dem der Kapitalismus ausholt. Gehaltsabbau wird zurzeit überall vorgenommen. Die Berliner Firma Ravené feierte ihr 100jähriges Bestehen damit, daß sie ihren Angestellten die Gehälter bis zu 35 Proz. kürzte. Schöller-Stahl stellte seinen Angestellten im Dezember 1925 das Ultimatum, sich Kürzungen bis zu 25 Proz. gefallen zu lassen, wenn keine Entlassungen vorgenommen werden sollten: die neuen Abmachungen traten am 1. Januar dieses Jahres in Kraft. Aber bereits Ultimo Januar wurden erneut Reduzierungen wieder bis zu 25 Proz. vorgenommen, oder aber fünfzehn Angestellte sollten entlassen werden. Die Furcht, brotlos zu werden, ließ es auch diesmal der Firma gelingen, die Gehälter weiter zu senken. Erst an den Arbeitszeitabmachungen scheiterten die Verhandlungen. Wie in der Metallindustrie liegen die Dinge auch in der Textilbranche und in anderen Industrien.

Wenn jetzt daher die neuen Tarifverhandlungen aufgenommen werden, so darf kein Angestellter vergessen, daß es mehr als sonst noch auf die Geschlossenheit der Angestellten ankommt. Der einzelne kann gemaßregelt werden, die geschlossene Front der Angestellten muß siegreich bleiben. Daher ist es aber wichtig, daß kein Angestellter während der Tarifverhandlungen sich auf Sonderabmachungen mit den Arbeitgebern einläßt und so die Arbeit der Organisation untergräbt. Wieder gilt es, für einen einheitlichen Großhandelstarif zu kämpfen, der es allein möglich machen kann, die in einzelnen Branchen noch für die Angestellten sehr ungünstigen Entlohnungsverhältnisse zu bessern.

Die lebendigen und interessanten Ausführungen des Genossen Gottfurcht, die noch von einzelnen Rednern ergänzt wurden und die mit der Aufforderung schlossen, immer weitere Angestelltenkreise auf die Notwendigkeit des Beitritts zum ZdA. hinzuweisen, fanden bei der Versammlung lebhafte Zustimmung.

Neue faschistische Kriegserklärung.

An das Internationale Arbeitsamt.

Mailand, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die italienischen Faschisten scheinen offenbar von unheilbarem Größenwahn behaftet zu sein. Sie glauben, weil sie in Italien sich mit bewaffneter Macht behaupten können, auch der übrigen Welt gegenüber sich durchsetzen zu können. Die Anstrengungen der faschistischen Gewerkschaften, vom Internationalen Arbeitsamt als gleichberechtigte Gewerkschaftsorganisation anerkannt zu werden, sind noch in aller Erinnerung. Jetzt veröffentlicht das offiziöse Depeschenbureau Volta folgende Information über die Haltung, die die faschistische Delegation auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz einzunehmen gedenkt:

„Die italienische Delegation im Internationalen Arbeitsamt wird nicht flüchten. Sie wünscht im Gegenteil die Diskussion über die Anwendung des Grundsatzes der gewerkschaftlichen Freiheit, der in dem Vertrag von Versailles enthalten ist. Italien ist der Meinung, daß es seine eigene Auffassung von der gewerkschaftlichen Freiheit aufrecht erhalten kann. Albert Thomas ... hat kürzlich in einem seiner Berichte geschrieben, daß diese Frage große Schwierigkeiten böte und daß die Worte „gewerkschaftliche Freiheit" einen verschiedenen Sinn haben, je nach dem Lande, wo sie gebraucht werden. Am besten sei es, in einer Konferenz den Grundsatz der gewerkschaftlichen Freiheit entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages festzustellen. — Das ist auch die Ansicht, die der Delegierte der italienischen Regierung De Michelis bereits ausgeführt hat."

Daß die italienischen Faschisten eine besondere Ansicht über die gewerkschaftliche Freiheit haben, darüber wird es keine Meinungsverschiedenheit geben. Was den früheren Anarchisten und jetzigen Faschisten De Michelis betrifft, so sei nur daran erinnert, daß er sich die größte Mühe gab, um zu verhindern, daß die Frage der gewerkschaftlichen Freiheit nicht auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz kommt. Er schien also doch „flüchten" zu wollen. Andererseits hat der Vorsitzende des faschistischen Gewerkschaftsbundes Rossoni dem Vertreter des offiziellen russischen Telegraphenbureaus gegenüber folgende Erklärung abgegeben:

„Wenn das Internationale Arbeitsamt sich nicht umbildet, werden wir gegen es einen rücksichtslosen Kampf führen. Wir verlangen, daß in der internationalen Arbeitsorganisation jedermann vertreten sei. Andernfalls wird jede Nation eben ihren Weg allein gehen. Im übrigen ist der größte Teil der Arbeit des Internationalen Arbeitsamts nur eine Täuschung, und die famosen Abkommen sind nur Geschwätz, die später nicht verwirklicht werden können."

Diese Kriegserklärungen der Renegaten De Michelis und Rossoni werden außerhalb Italiens nur mit einem Lächeln aufgenommen werden. Auch die Billigung, die die Erklärungen Rossoni nach dem „Stato syndicale" durch den Vertreter des offiziellen Pressebureaus Sowjetrußlands gefunden haben soll, wird nichts daran ändern.

Die Auswanderung der polnischen Arbeiter.

Kattowitz, 25. Februar. (WTB.) Die Wojewodschaft teilt mit, daß seit der Uebernahme Oberschlesiens durch Polen bis zum 15. Februar 1926 im ganzen 10176 Personen nach Frankreich ausgewandert sind. — Wieviele sind aus den übrigen polnischen Gebieten ausgewandert?

Ausschluß der Kommunisten aus der Arbeiterpartei.

Glasgow, 25. Februar. (WTB.) Der Nationalrat der englischen Gewerkschaften hat mit einer Mehrheit von 8:1 den Beschluß der Liverpooler Konferenz bestätigt, nach dem die Kommunisten aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen werden sollen. Beinahe 80 000 Personen haben an der Abstimmung teilgenommen.

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Zur **Ebert-Gedächtnisfeier** am Sonntag, 28. Februar, treten die einzelnen Kreise mit Fahnen und Spielleuten wie folgt an: **Mitte:** 1½ Uhr Gewerkschaftshaus. **Tiergarten:** Moabiter Kameradschaften 12¾ Uhr Kleiner Tiergarten; Westen und Nachzügler 12¾ Uhr Magdeburger Platz. **Wedding:** 1 Uhr Uferstr. 12. **Prenzlauer Berg:** 1½ Uhr Danziger Straße. **Friedrichshain:** 1½ Uhr Küstriner Platz. **Kreuzberg:** 2 Uhr Mariannenplatz. **Charlottenburg:** 1½ Uhr Wilhelmplatz. **Wilmersdorf:** 1½ Uhr Fehrbelliner Platz. **Schöneberg:** 1½ Uhr Wartburgplatz. **Steglitz** mit Lichterfelde und Lankwitz: 1½ Uhr Düppelplatz. **Tempelhof:** 2½ Uhr Ringbahnhof Tempelhof. **Neukölln:** 2 Uhr Reuterplatz. **Treptow:** Kreis 2½ Uhr Wiener Brücke. **Adlershof:** 1½ Uhr Bahnhof Adlershof. Ober-, Niederschöneweide, Johannisthal: 1½ Uhr Köthel, Brückenstr. 15. Baumschulenweg: 2 Uhr Neue Krugallee. **Köpenick:** 2½ Uhr Wiener Brücke. Bohnsdorf: Abfahrt 1¼ Uhr Bahnhof Grünau. **Lichtenberg:** 2½ Uhr Ringbahnhof Frankfurter Allee. **Pankow:** Kreis 2 Uhr Marktplatz. **Reinickendorf:** 1 Uhr Sportplatz Scharnweberstraße. **Eichwalde:** Bezirk Abfahrt 1.04 Uhr Bahnhof Eichwalde. — **Hoppegarten, Altlandsberg, Fredersdorf, Petershagen, Strausberg.** Sonntag, d. 28., nachmittags 1 Uhr. Treffen Bahnhof Hoppegarten zur Kundgebung in Dahlwitz. — **Petershagen, Fredersdorf.** Sonntag, d. 28., nachmittags 1.06 Uhr, Abfahrt mit Fahnen und Musik Bahnhof Fredersdorf nach Hoppegarten. — **Teltow.** Sonntag, d. 28., abends 7 Uhr, Totengedenkfeier im „Weißen Schwan". Haltestelle Linie 199.

Arbeiterverein für Biochemie und Lebensreform i. G. B. Alle Mitglieder, die an der ersten Besichtigung des Pathologischen Instituts teilnahmen, seien nochmals darauf hingewiesen, daß am 28. Februar die Fortsetzung der Führung ist. Treffpunkt: vormittags ¾10 Uhr im Wartezimmer des Instituts. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Pfarrer Bleier spricht am Sonntag, 28. Februar, vormittags 10 Uhr (Totengedenkfeier) im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, über das Thema: „Gottes Liebe und die Not des Krieges". Kriegsopfer und Hinterbliebene, erscheint zahlreich; demonstriert für den Weltfrieden.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin e. V. Sämtliche Abteilungen der Kolonne Berlin sammeln sich am Sonntag, 28. Februar, nachmittags 1¼ Uhr, am Bahnhof Treptow. Sanitätstaschen, Tragen und die dazu gehörigen Decken sind mitzubringen. — Mitgliedsbuch auf den Namen Hans Meyer, Nr. 412, ist verlorengegangen. Finder wird gebeten, es der Geschäftsstelle, N. Schönholzer Straße 20, zuzustellen.

Sozialdemokratischer Männerchor Friedrichshain. Sangesbrüder treffen sich am Sonntag, 28. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Rohn, Gubener Str. 19. Am Montag, den 1., 8. und 15. März, finden zur gewohnten Zeit Extra-Übungsstunden statt. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene (schwachsinnige) Kinder. Mittwoch, 3. März, ½8 Uhr, im Bürgersaale des Rathauses Hauptversammlung. U. a.: Vortrag des Rektors Herrn G. Guerlich über „Hilfsschulfürsorge der Gegenwart".

Verein der Schleswig-Holsteiner. Sonntag, 28. Februar, 4 Uhr, Fastnachtsfeier mit Heetwecken-Essen, Hotel Nordischer Hof, Invalidenstr. 126.

Deutscher Esperanto-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 26. Februar, 8 Uhr, Konditorei Dobrin, Hackescher Markt: Uebungsabend. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radio-Klub. Bezirk Neukölln: Freitag, 26. Februar, 8 Uhr, Vortragsabend Restaurant Lempe, Lessing- Ecke Prinz-Handjery-Straße. Gäste willkommen.

Deutsche Friedensgesellschaft. Die bekannte Vortragskünstlerin Nell Langer wird am Donnerstag, 4. März, 8 Uhr im Lehrervereinshaus heitere Rezitationen vortragen. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

B. B. G. 8. Robert Oehlschläger, Berlin N 65, Hochstädter Str. 10. — R. B. 6. Forb, Berlin-Plötzensee, Westhafenstr. 1.

Große Kaffee-Reklame

bis einschließlich Freitag, den 5. März

Reichelt's Kaffee „Extrafein" . . . Pfd. 2.80
Reichelt's Kaffee „Hochfein" . . . Pfd. 3.40
Reichelt's Kaffee „Exquisit" . . . Pfd. 4.20
Reichelt's Kaffee „Spezial" . . . Pfd. 4.60

Wer 1 Pfd. Kaffee Spezial oder Exquisit oder Hochfein kauft, erhält 1 Glas feinste Reichelt-Konfitüre

Wer 1 Pfd. Kaffee Extrafein kauft, erhält 1 Pfd. feinste Vierfrucht-Marmelade oder 1 Pfd. feinstes Pflaumenmus

Kaffee **Reichelt** Kaffee

Eigene Kaffee-Groß-Rösterei — Eigene Konfitüre- und Marmeladenfabrik

Zwei Freunde.

Von Maxim Gorki.

Uebertragen von Gertrud Haase.

(Schluß.)

Da stand der Pfiffer entschlossen auf.

„Wohin?" fragte der Schnackler.

„Komm!"

„Was ist denn los?"

„Komm!"

„So laß uns gehen." Der Schnackler stand auch auf. „Es hat ja keinen Zweck."

„Schon gut, es ist egal, was wird," winkte der Pfiffer ab.

„Du hast auf einmal Murr gekriegt."

„Ja, wie denn, du hast mich ja malträtiert, malträtiert und beschimpft, du mein Gott!"

„Ja, warum mischt du dich auch drein."

„Warum?"

„Nun ja!"

„Mir ist's doch aber leid!"

„Was, wer?"

„Wer? Der Mensch, nicht wahr."

„Ach so, der Mensch!" sagte gedehnt der Schnackler. „Da nehmt's, berichi's und werft's weg. Ach, du gute Seele, aber Verstand hast du nicht einen Pfifferling! Ja, was ist er dir denn, der Mensch? Verstehst du denn das? Da, er fängt dich, packt dich beim Kragen und wie einen Floh unter die Nägel. Gerade in diesem Augenblick mußt du ihn bedauern, ja! Da kannst du ihm dann auch deine Dummheit zeigen. Er wird dir dann für dein Mitgefühl aus lauter Dankbarkeit die ganze Familie hinmartern. Deine Därme wird er sich um die Finger wickeln. Jede Stunde wird er dir einen Zoll Adern aus dem Leib zerren. O du Mitleidsvoller! Bete zu Gott, daß man dich einfach ohne jedes Mitleid niederschlägt und fertig. Ach du, daß dich doch die Gänse beißen! Mitleid! Pfui!"

Er war aufgebracht der Schnackler.

Seine Stimme, scharf, voll Spott und Verachtung dem Kameraden gegenüber, dröhnte dumpf durch den Wald und die Zweige der Sträuche wiegten sich mit leisem Rascheln, als bejahten sie die harten Worte.

Der Pfiffer, niedergeschlagen von all dem Tadel, ging langsam mit zitternden Knien, die Hände in den Aermeln des Rockes vergraben und den Kopf tief zur Brust gesenkt.

„Warte," sagte er endlich. „Was soll's. Ich werde mich erholen, sowie wir ins Dorf kommen. Ich werde gehen, du brauchst gar nicht gehen. Das Erste, was mir unter die Hände kommt, werde ich grabsen und dann nach Haus. Daheim leg ich mich. Mir geht's schlecht, widersprich mir nicht."

Er sprach kaum hörbar, nach Luft schnappend, mit einem Rasseln und Glucksen in der Brust. Der Schnackler sah ihn mißtrauisch an, blieb stehen, wollte etwas sagen, winkte mit der Hand ab und ging, ohne ein Wort gesagt zu haben, weiter.

Lange gingen sie schweigend und langsam.

Die Hähne krähten irgendwo in der Nähe; ein Hund heulte, von weit her schwebten die Glockentöne eines Dorfkirchleins und verloren sich im strengen Schweigen des Waldes. Der schwarze Schatten eines großen Vogels huschte irgendwo im Mondlicht vorüber und unheimlich tönte das Rauschen seiner Flügel im Grund.

„Ein Rabe, oder eine Krähe?" bemerkte der Schnackler.

„Hör," sagte der Pfiffer, indem er sich schwer auf die Erde niederließ, „geh' du und ich bleibe hier. Ich kann nicht mehr. Es drückt mich. Mir schwindelt."

„Nun, da haben wir's," sagte unwirsch der Schnackler. „Kannst du denn wirklich nicht mehr?"

„Ich kann nicht."

„Da kann man ja gratulieren!"

„Mir ist ganz schwach."

„Freilich, seit früh treiben wir uns herum ohne was im Bauch."

„Nein, mit mir geht's wohl zu Ende. Da, wie das Blut strömt."

Der Pfiffer hob seine Hand, die mit etwas Dunklem befleckt war, zum Gesicht des Schnackler. Der schielte scheu nach der Hand und fragte mit gedämpfter Stimme:

„Was sollen wir nun tun?"

„Geh du nur, ich bleibe. Vielleicht, daß mir beim Liegen besser wird."

„Soll ich ins Dorf gehen und dort sagen, draußen liegt einer, dem's schlecht geht?"

„Nee, nimm dich in Acht, sie verhauen dich."

„Ja, so wird's gehen. Man darf sich nur blicken lassen."

Der Pfiffer warf sich dumpf hustend auf den Rücken und spuckte ganze Klumpen Blut aus dem Mund.

„Kommt es?" fragte der Schnackler über ihm, wobei er zur Seite schaute.

„Es kommt heftig," sagte kaum hörbar der Pfiffer und begann von neuem zu husten.

Der Schnackler fluchte laut und unwirsch:

„Man sollte wenigstens jemanden rufen."

„Wen?" erwiderte mit traurigem Echo der Pfiffer.

„Aber vielleicht versuchst du aufzustehen und gehst ganz vorsichtig."

„Nun nicht mehr."

Der Schnackler kauerte sich, die Knie mit den Händen umspannt, zu Häupten seines Kameraden nieder. Die Brust des Pfiffers hob sich unregelmäßig in dumpfem Röcheln, die Augen waren eingefallen, die Lippen seltsam auseinandergezerrt, als blieben sie an den Zähnen haften. Aus dem linken Mundwinkel rann über die Wange ein schmaler dunkler Strahl.

„Läuft es noch immer?" fragte leise der Schnackler und es war im Ton seiner Frage fast etwas wie Ehrfurcht.

Das Gesicht des Pfiffers erbebte. „Es läuft," ächzte er leise.

Der Schnackler ließ den Kopf auf die Knie sinken und verstummte.

Ueber ihnen hing die Wand des Grabens, zerwühlt vom Frühjahrsregen. Von oben herab schauten die struppigen Bäume, vom Mondlicht beschienen. Die andere Seite war flacher und ganz mit Gesträuch bewachsen. Hier und da ragten die grauen Stämme der Espen und auf ihren kahlen Zweigen sah man deutlich die Nester der Raben, und der ganze Grund, vom Mondlicht übergossen, war wie eine Erscheinung, wie ein bleicher Traum, dem jede Farbe des Lebens genommen, und das leise Rauschen des Baches ließ die sehnsuchtsvolle Stille noch stärker empfinden.

„Ich sterbe!" Kaum hörbar sagte es der Pfiffer und laut und klar wiederholte er: „Ich sterbe, Stephan!"

Der Schnackler bebte am ganzen Körper, rückte unruhig hin und her, räusperte sich und indem er den Kopf von den Knien hob, sagte er verlegen und ganz leise:

„Was wirst du denn, hab' keine Angst, das macht nichts. Vielleicht ist das nur so. Macht nichts, Bruder, weiß Gott!"

„Herr Jesus Christus," seufzte tief der Pfiffer.

„Macht nichts," flüsterte der Schnackler, wobei er sich über sein Gesicht neigte. „Halt' dich noch ein wenig, vielleicht geht es vorüber."

Aber der Pfiffer begann zu husten. In seiner Brust war ein neuer Ton, als schlüge man ihm mit einem nassen Lappen gegen die Rippen. Der Schnackler sah schweigend auf ihn und bewegte den Schnurrbart. Ausgehustet, begann der Pfiffer laut und unregelmäßig zu atmen, als sei er in eilendem Laufe begriffen. Lange schnaufte er so, dann begann er:

„Verzeih', Stephan, wenn ich . . . wegen des Pferdes . . . Verzeih', Brüderchen."

„Verzeih' du mir," unterbrach ihn der Schnackler und nach kurzem Schweigen fügte er hinzu: „Wo soll ich jetzt hingehen, was soll werden?"

„Laß gut sein. Gebe dir Gott . . ."

Er ächzte, ohne zu vollenden und verstummte.

Dann begann er zu röcheln und streckte die Beine aus, wobei er das eine zur Seite führte.

Der Schnackler schaute ihn unverwandt an. Die Minuten vergingen wie Stunden.

Da hob der Pfiffer das Haupt, aber sofort fiel es kraftlos zur Erde.

„Was ist, Bruder?" beugte sich der Schnackler über ihn.

Aber er antwortete schon nicht mehr. Er war schon ruhig und unbeweglich.

Noch eine Weile saß der rauhe Schnackler bei seinem Kameraden. Dann stand er auf, nahm die Mütze vom Haupt, bekreuzigte sich und ging langsam den Graben entlang. Sein Gesicht war spitz geworden, Brauen und Schnurrbart sträubten sich und fest trat er auf, als zerstampfte er die Erde, als wolle er ihr wehe tun.

Es war schon hell geworden. Der Himmel grau und unfreundlich. Im Grund herrschte finstere Stille. Nur der Bach murmelte weiter, eintönig und traurig, niemand zu Leide.

Auf einmal ein Geräusch . . . ein Stück Erde war wohl in die Tiefe des Grabens gerollt. Die Krähe erwachte und mit erschrecktem Schrei flog sie irgendwohin. Dann pfiff die Meise vorüber. In der feuchten, kalten Luft des Grabens gingen die Klänge rasch verloren, kaum geboren, waren sie auch schon dahin.

Der Herr Gutsvorstand.

Bei mir werden keine Volksbegehrlisten ausgelegt. Was geht die Arbeiter die Fürstenabfindung an. Die Leute haben sich mit ihrem Schicksal abzufinden.

Feuer in der Wüste.

Es ist nicht eigentlich Wüste, wo dieses seltsame, ewige und von der Bevölkerung als heilig angesehene Feuer brennt. Man kommt dorthin, wenn man von der Autostrecke Mossul—Bagdad bei Kerkuk einen kleinen Abstecher macht. Dort, wo der Naaradem aus den persischen Randgebirgen durchbricht, um sich südwestlich strömend — strömend allerdings nur in den Regenzeiten, sonst oft genug nur schwach sickernd — mit dem Tigris zu vereinigen, liegt einige 50 Kilometer östlich von Kerkuk, rings eingeschlossen von völlig kahlen Bergketten, das kleine kreisförmige Tal von Babgurugur, weitab von jeder menschlichen Niederlassung, denn man wandelt hier nicht ungestraft ———

Die Erde muß hier ungeheure Schätze an Oel, Naphtha und Erdgasen bergen. Schon seit Zeiten, von denen die gegenwärtige Bevölkerung keine Rechenschaft mehr geben kann, entsteigen hier der Erde seltsame, fast durchsichtige, bläuliche Flammen, die mit leis zischendem Geräusch aus der Erde strömen und die Luft weithin in flimmernde Schwingungen versetzen. Sticht man mit einem spitzen Stock kräftig in die Erde, so züngelt alsbald aus dem entstehenden Loch eine neue Flamme empor. Der ganze Boden muß also von diesen leichten Kohlenwasserstoffgasen erfüllt sein, die sich beim Ausströmen sofort an den anderen Feuern entzünden.

Uebrigens sind jene Feuer keineswegs das einzige Anzeichen für jenen Reichtum der Erde. Fährt man auf einem der landesüblichen Flöße den Tigris abwärts, so sieht man den Strom vielfach ölfleckig getrübt, ein Zeichen, daß hier Oel unmittelbar aus dem Flußgrund austritt und sich mit dem Wasser des Stromes vermischt. An vielen anderen Orten auf beiden Seiten des Stromes bilden Naphthaquellen sumpfige, weithin riechende Pools, die von den Eingeborenen sogar hier und da auf ganz primitive Weise ausgebeutet werden.

Es knüpfen sich an die mesopotamischen Oelvorkommen übrigens auch sinnvolle alte Legenden, so z. B. an die Stelle, wo in unmittelbarer Nähe der Stadt Mossul die mächtigen Gebirgsketten des Djebel Hamrin und des Djebel Maklub auseinanderstoßen und der Tigris zwischen ihnen hindurch in das mesopotamische Tiefland durchbricht. Dort — so erzählen die Einwohner — kämpften unter der Erde die beiden Riesen Hamrin und Maklub miteinander, und keiner könne jemals den anderen besiegen. Inzwischen aber ströme aus ihren Wunden das Erdöl.

Der Krieg gegen den Rost. Man weiß ungefähr, wieviel Geld der Weltkrieg gekostet hat und wieviel Millionen Tonnen Stahl und Eisen verschossen wurden, und man hält im allgemeinen diese Zahlen für Rekorde, von denen man hofft, daß sie nie wieder erreicht, geschweige denn überboten werden. Allein die Menschheit, insbesondere die Ingenieure führen fortgesetzt einen Krieg, der im Laufe der Jahre unvergleichlich viel mehr kostet und auch viel größere Mengen an Stahl und Eisen verschlingt: es ist der Krieg gegen den Rost. Nach sorgfältigen amerikanischen Schätzungen — für andere Länder liegen keine gesammelten Angaben vor — wenden die Vereinigten Staaten allein alljährlich etwa 2½ Milliarden Dollar für den Kampf gegen den Rost auf. Man kann schätzen, daß seit 1890 rund 40 Proz. der gesamten Weltproduktion an Metallen dem Rost resp. der Oxydation wieder zum Opfer gefallen sind. In den 33 Jahren von 1890 bis 1923 sind von den 1766 Millionen Tonnen Metallen rund 718 wieder in „Nichts" zerfallen. Man kämpft verzweifelt gegen den Rost, aber die Preise, die wissenschaftliche Institute und die großen Eisenwerke ausgesetzt haben für die Erfindung eines rostsicheren Metallanstriches, konnten bisher noch an keinen glücklichen Erfinder ausgezahlt werden. So muß der Anstrich der großen stählernen Bauten der Technik immer wieder erneuert werden und man kann sich vorstellen, was für Kosten daraus erwachsen, wenn man hört, daß für den Anstrich einer einzigen Eisenbahnbrücke, wie der Rheinbrücke von Duisburg-Hochfeld 20 000 Kilogramm Farbe verwendet werden müssen. — Der Kampf der Technik gegen den Rost spielt sich auch auf einem anderen Gebiete ab: Man hat rostfreien Stahl erfunden. Allerdings sind wir noch weit davon entfernt, daß diese kostbare Errungenschaft technischen Könnens wirklich zum Dienst an der ganzen Menschheit geeignet wird. Die großen Edelstahlwerke, die die Patente über diese Erfindung besitzen, haben nämlich zur Sicherung ihres Profits eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, die es infolge der hohen Preise unmöglich macht, den rostfreien Stahl außer für Werkzeugmaschinen und ähnliche Feinprodukte auch für Gerüstkonstruktionen, Brückenbau und dergleichen zu verwenden. So verhindert kapitalistisches Profitstreben die Ausnutzung technischer Erfolge zum Vorteil der Allgemeinheit.

Abstammung des Hundes. Die europäischen Hunde stammen von zwei indischen Arten, dem europäischen Wolf und vielleicht auch dem europäischen Schakal und dem Fuchs ab. Die große Zahl ihrer Rassen erklärt sich aus der großen Zahl ihrer wilden Vorfahren. Einzelne Rassen sind im Laufe der Zeit bereits untergegangen, so der Molossus im 18. Jahrhundert in Epirus. Er stammte, ebenso wie der dänische Hund (die Dogge), von einem wilden Vorfahren ab. Der Windhund ist afrikanischen Ursprungs. Die afrikanischen Hunde stammen zum Teil von mehreren Schakalarten ab, die amerikanischen zum Teil von dem dortigen Wolf, zum Teil von einer früheren Rasse, von der man nichts Näheres weiß. Der australische Hund ist der Dingo, den die Eingeborenen zwar gezähmt haben, der aber auch noch in halbwildem Zustand vorkommt. Die Leichtigkeit, mit der die Hunde sich auch in der Wildheit untereinander kreuzen, erklärt sich daraus, daß sie keine besonderen Arten, sondern nur Varietäten einer einzigen Art bilden. Deshalb ist es den Züchtern gelungen, durch Selektion so viele Rassen zu züchten.

HERMANN TIETZ Billige Lebensmittel

Mengenabgabe vorbehalten. Untenverzeichnete Artikel sind vom Versand ausgeschlossen

Frisches Fleisch

Kalbskamm	Pfund 64 Pf.	Schweineschinken	Pfund 1⁰⁸
Kalbsrücken	Pfund 68 Pf.	Schulterblatt	Pfund 1⁰⁸
Kalbskeulen	Pfund 80 Pf.	Schweinekamm	Pfund 1²⁰
Hammelvorderfleisch	Pfund 78 Pf.	Prima Ochsenrouladen	Pfund 1¹⁰
Hammelrücken	Pfund 84 Pf.	Eisbein mit Spitzbein	Pfund 72 Pf.
Frisches Suppenfleisch	Pfund 60 Pf.	Kassierkamm	Pfund 1²⁰
Prima Ochsenschmorfleisch	Pfd. 1⁰⁰	Liesen	Pfund 90 Pf.

Gefrierfleisch

Prima Ochsen-Suppenfl. 46, Schmorfl. 74 Pf. — Frische Schweinsköpfe m. Backe Pfund 52 Pf.
Prima Rindergulasch Pfund 65 Pf. — Gehacktes Pfund 65 Pf.

WEINE VOM FASS

Aussergewöhnlich billig — In nur prima Qualitäten

Johannisbeerwein rot, süss 5 Liter 6⁴⁰ einschliesslich Steuer und Flasche

Rheinpfälzer Weisswein vorzüglicher Qualität, würziger Bowlen- u. Tischwein 1 Liter 5⁵⁰ einschl. Steuer u. Flasche

Die Preise für obige Fassweine verstehen sich einschliesslich Steuer und Flasche; Flaschen werden nicht zurückgenommen.

Heidelbeerwein sehr kräftigend ¹/₁ Fl. 75 Pf. bei 10 Fl. 70 Pf. bei 25 Fl. 65 Pf.

Apfelwein Spezial-Füllung ¹/₁ Fl. 48 Pf. bei 10 Fl. 45 Pf. bei 25 Fl. 40 Pf.

Die Flaschenweinpreise verstehen sich ohne Steuer und Flasche

Fische und Räucherwaren

Kabliau, Seelachs ganze Fische Pfund 12 Pf.
Flundern, Grüne Heringe Pfd. 10 Pf.
Makrelbücklinge Pfund 28 Pf.
Sprotten Pfund 35 Pf.
Rauhe Flundern Pfund 38 Pf.

Bismarck- oder Bratheringe ovale Dose 66 Pf.

Portug. Oelsardinen Dose 37 Pf. 42 Pf.

Frisch gebr. **Kaffee** aus eigener Rösterei, Pfd. 2³⁰

Kakao Pfund 40 Pf.

Obst, Gemüse

Weisskohl holländ., Wirsingkohl holl., Rotkohl holländ. Pfund 9 Pf.
Sellerie gr. Knoll. Pfd. 12 Pf.
Rübchen Pfund 15 Pf.
Kochäpfel Pfund 12 Pf.
Boskop-Renetten Pfund 28 Pf.
Zitronen Dutzend 38 Pf.
Apfelsinen Dutzend 45 Pf.

Käse u. Butter

Kuhkäse Pfund 32 Pf.
Kümmelkäse Pfund 40 Pf.
Harzer Käse Pfund 45 Pf.
Dän. Gouda Pfund 65 Pf.
Tilsiter Käse Pfund 75 Pf.
Edamer Pfund 92 Pf.
Rinderfett ¹/₂-Pfd.-Pak. 62 Pf.
Kokosfett ¹/₂-Pfd.-Pak. 66 Pf.
Molkereibutt. ¹/₂-Pfd.-St. 95 Pf.

Wurstwaren

Hausm.-Sülze Pfund 45 Pf.
Speckwurst Pfund 1³⁰
Hausm.-Leberwurst Pfd. 1⁰⁰
ff. Leberwurst Pfund 1⁴⁵
Grobe Mettwurst Pfund 88 Pf.
Knoblauchwurst Pfd. 1²⁰
Mettwurst Braunschw. Art Pfd. 1³⁶
Holst. Salami Pfund 1⁷⁰
Holst. Cervelatwurst Pfd. 1⁷⁵

Kolonialwaren

Weizenmehl Pfund 18 Pf.
Auszugmehl Pfund 22 Pf.
Langbohnen Pfund 21 Pf.
Graupen fein u. mittel Pfd. 22 Pf.
Haferflocken Pfund 22 Pf.
Hartgriess Pfund 28 Pf.
Java-Reis Pfund 38 Pf.
Kalif. Backobst Pfd. 55 Pf.

Gemüse- u. Obstkonserven

¹/₁ Dose
Karotten geschnitten 35 Pf.
Junger Spinat 44 Pf.
Junger Kohlrabi 49 Pf.
Brech- u. Schnittbohnen 63 Pf.
Tomatenpüree 75 Pf.
Junge Erbsen m. Karotten 70 Pf.
Stg.-Spargel extra 2⁹⁸
Stg.-Spargel mittel 2⁵⁰

¹/₁ Dose
Stg.-Spargel dünn 1⁷⁵
Brechspargel extra 2³⁵
Brechspargel stark 2²⁵
Pfefferlinge 88 Pf.
Preisselbeeren 85 Pf.
Apfelmus 55 Pf.
Pflaumen ¹/₂ Frucht 65 Pf.
Pflaumen ¹/₁ Frucht 78 Pf.

EXTRA BILLIGES ANGEBOT

Tassen buntes Bandmuster 30 Pf.
Speiseteller Streublumen, Goldrand, tief od. flach 65 Pf.
Tafelservice Streublumen, für 6 Personen 17⁵⁰
Emaille-Wassereimer 90 Pf.
Aermelbretter mit Bezug 90 Pf.
Zinkwannen m. Holzboden 9⁵⁰ 11⁵⁰ 17⁵⁰

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 8 Uhr: Sturmflut. Morgen 8 Uhr: Sturmflut

Staats-Theater Opernhaus 12 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert. 7½ U.: 8. Sinfonie-Konzert. Opernhaus am Königsplatz 7½ U.: Der fliegende Holländer. Schauspielhaus 8 U.: Duell am Lido. Schiller-Theater 8: Wallens. Lager. Die Piccolomini

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Fledermaus. Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater 8 Uhr: Juarez und Maximilian

Kammerspiele 7½ Uhr: Zum 1. Male: Josephine von Hermann Bahr. Regie Eugen Robert

Die Komödie Kurfürstendamm 206/7 8 Uhr: Gesellschaft. Letzte Vorstellungen. Neues Programm! 11.15 Uhr: Nachtvorstellung „Blauer Vogel". Alle Plätze 3 und 5 M.

Th. a. Kollendorfpl. 8 Uhr: Die offizielle Frau. Operette in 3 Akten. Preise 1 M. bis 8 M.

Lessing-Th. 8 Uhr: Gastspiel d. Saltenburg-Bühnen: Königin Luise

Kleines Th. 8¼ Uhr: Ein Spiel von Tod u. Liebe v. Romain Rolland

Residenz-Th. 8 Uhr: Fopphe, der Egoist. Claire Rommer, Olga Limburg, Oskar Sabo. Sbg. 3½ U. Kl. Pr.: Letzte Vorstellg.: D. Durchgängerin

Thalia-Theater 4 Uhr: Der alte Dessauer. Gustav Charlé, Kurt Vespermann, Tay Werckmeister

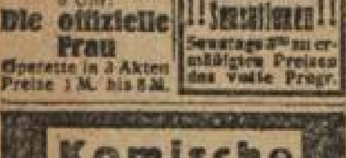
Theater in der Kommandantenstr. 8 Uhr: Lene, Lotte, Liese. Nelly Wessely, Josefine Dora, Georg Baselt

Berliner Theater 8 Uhr: Messalinette

Metropol-Theater Tägl. 8 Uhr: No no Nanette

Scala Rastelli und 10 weitere !! Varieté-Sensationen !! Sonntags 3½ zu ermäßigten Preisen das volle Progr.

Komische Oper 8¼ Von A–Z. Kleine Preise 1 bis 6,60 Mk.



Die Zwergenrevue im sensationell. Februar-Spielplan. Sonntag 3½ halbe Preise. Rauchen gestattet!

Reichshallen-Theater Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U. Stettiner Sänger. Neu: Der letzte Postillon. Nachm. halbe Preise. Volles Programm. Dönhoff-Brettl 10 Nummern! Tanz und Urfidelitas!

Circus Busch 7½ D. gr. Circ.-Progr. u. Die Gorillabraut. Nur noch bis 5. März. Für d. Grüne Woche: Gr. hipp. Wettstreit

Ein Fastnachtsball in Köln

Der Ball der Bälle Rheinischer Maskenball im Funkhaus am Sonnabend, den 6. März. Fünf erstklassige Kapellen, namhafte Künstler des Humors u. a. Willi Ostermann, des berühmten Kölner Karnevalsdichter u. Humorist erstes Auftreten in Berlin. Prämiierung der schönsten Frauen und der besten bezw. originellsten Kostüme. Für 5000 Mk. Preise. — Eintrittspreise inkl. Steuer und Abgabe für die Hochwassergeschädigten am Rhein: Herren 5.— Mk., Damen 4.— Mk. Vorverkauf: Bote & Bock, Wertheim, Funkhaus. — Fahrtverbindungen: Ringbahnhof Witzleben. Untergrundbahn: Kaiserdamm. Straßenbahnlinien: 53, 72, 75, 93. Extra-Omnibus vom Potsdamer Platz und Bahnhof Zoo. Berliner Karneval-Gesellschaft, gegr. 11. 11. 1911

Du mußt zur Grünen Woche gehen!

Ausstellungshallen am Kaiserdamm

Die drei letzten Tage!
26., 27., 28. Februar

Geflügelschau Kaninchenschau
Eröffnung: 26. Februar

Ausstellung für:
Landwirtschaft / Jagd / Forstwirtschaft
Fischerei / Imkerei / Gartenbau
Kleingartenwesen
Ländl. Hauswirtschaft
Reit- und Fahrturnier

Eintrittspreis: 1.50 M. (ausgenommen Reit- und Fahrturnier)

Bei Lösung von Eintrittskarten an den Schaltern der Stadt- und Ringbahn, der I. Vorortzone und der Hoch- und Untergrundbahn sowie bei den Schaffnern der Straßenbahnlinien 63, 72, 75 und 93 wird freie Hin- und Rückfahrt zur Ausstellung gewährt.

Geöffnet: Freitag 10 bis 7 Uhr
Sonnabend und Sonntag bis 9 Uhr geöffnet!

Domino-Masken von 10 Pf. an, **Bockbiermützen** Dtz. von 30 Pf. an. Alle Karneval- und Festartikel sehr billig seit 36 Jahren. **A. Maas & Co., Markgrafenstr. 84** an der Lindenstraße.

Großes Schauspielhaus Für Dich. Charell-Revue. Täglich 8¼

Central-Theater 8 Uhr: Der Fremde

Intimes Theater Bülowstr. 6. Tägl. 8 Uhr: Ein undankbarer Mensch von Ernst Bittlinger

Trianon-Th. 8 Uhr. Zentr. 2361. Berlin lacht von 8 bis 12. Die Revue der Einakter

Barnowsky-Bühnen Theater Königgrätzer Str. T.: Hasenheide 2110. 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht (?) Komödienhaus Tel.: Norden 6304. 8 Uhr: Der Garten Eden. Die Tribüne Tel.: Wilhelm 5368. 8 Uhr: Der zerbrochne Krug

Theat. d. Westens Tägl. 8 Uhr: Das Spiel u. die Liebe. Operette von Gilbert. 0,30 bis 10 Mk. Friedenspreise

Deutsches Künstl.-Theater 8 Uhr: Paganini. **Th. a. Kurfürstendamm** 8 Uhr: Die Nacht der Nächte. **Th. a. Schiffbauerdamm** 8 Uhr: Der fröhliche Weinberg. **Lustspielhaus** 8 Uhr: Dicky. **Wallner-Theater** 8 Uhr: Kolportage

Theater a. Kottb. Tor Kottbuser Str. 6. 8 Uhr — Sntg. 3 Uhr: Elite-Sänger erzielen mit dem Februar-Programm allabendlich Bomben-erfolg! Eintritt 50 Pf. bis 2.50 M. Nachm. ermäß. Preise, volles Abd.-Progr.

Paramount-Film der Ufa
In der Hauptrolle: Richard Dix
Premiere: Heute 7, 9 Uhr
Ufa-Palast am Zoo

CIRCUS WILH. HAGENBECK Müllerstr. 146. Heute Abendvorstellung um 7½ Uhr. Tierschau 10—5 — Holzbau — Dampfheizung

Neues Th. am Zoo Allabendl. 8 Uhr: Guido Thielscher in Stöpsel

Theater a. Kottb. Tor Kottbuser Str. 6. 8 Uhr — Sntg. 3 Uhr: Elite-Sänger. Versäumen Sie nicht unser fabelhaftes Februar-Programm. Eintritt 50 Pf. bis 2.50 M. Nachm. ermäß. Preise, volles Abd.-Progr.

Landparzellen mit Waldbestand, acht Min. vom Bahnhof Bark. Boraethsbrede Wannsee, an Chaussee gelegen, von 30 Pf. pro qm an. Geringe Anzahlung in monatlichen Raten. Verkauf jeden Sonntag im Hotel Jägerheim in Bork. Der Besitzer Dorfschat, Rheinsberg (Mark).

Th. in d. Lützowstr. Tägl. 8¼ Uhr: Lempke's sel. Witwe. Musik v. Dr. R. Hirsch. Volkstümliche Preise 1—4 M. In Vorverkauf Theaterkasse und Wertheim

Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr: Haller-Revue. Achtung! Wolle sas (?) Berlins sehenswerteste Revue. 2 Sonntg.-Vorst. 3 Uhr nachmittags und 8¼ Uhr abds.

Rose-Theater 8¼ Uhr: August der Starke

Casino-Theater Täglich 8 Uhr. Neu! Neu! Der große Erfolg: Helenes Liebesabenteuer und das bunte Programm

Walhalla-Th. Täglich 8¼: Die Königin der Nacht

Krause-Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1

Motorräder, kolossales Lager in allen Preislagen von 175.— an, sämtliche Ersatz- und Zubehörteile am Lager. Weiß, Große Frankfurter Straße 25/26.

Schultheiss-Patzenhofer
Brauerei-Aktiengesellschaft.
Bilanz am 31. August 1925.

Aktiva.

	Reichsmark
Anlagewerte	34 478 621,42
Kassa	683 458,16
Wertpapiere und Beteiligungen	1 179 570,62
Guthaben bei Banken, Konzern- und Tochtergesellschaften	9 108 600,31
Darlehen	3 666 112,69
Außenstände	2 058 048,20
Vorräte	3 163 149,41
	54 637 820,71

Passiva.

	Reichsmark
Stamm-Aktien	25 000 000,—
Vorzugs-Aktien	1 000 000,—
Reservefonds	2 600 000,—
Teilschuldverschreibungen	846 676,21
Hypotheken	1 381 460,94
Nicht abgehobene Dividende pro 1923/24	40 576,50
Wohlfahrtsfonds und -kassen	1 017 922,62
Pensionsfonds	1 008 158,30
Einlagen der Kunden und Angestellten	5 588 122,58
Kautionen	13 861,78
Reichs- und Gemeindebiersteuern	866 814,84
Kreditoren und Akzepte	3 709 579,58
Aufwertungs-Ausgleich	7 242 809,06
Reingewinn	4 242 878,27
	54 637 820,71

Die Auszahlung der Dividende von 10% auf das Aktienkapital von Rm. 25 000 000,— Stammaktien für das Geschäftsjahr 1924/25 erfolgt
in Berlin bei der Commerz- und Privatbank A.-G., Charlottenstraße 47,
„ „ „ „ Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Behrenstr. 68/69,
„ „ „ „ Deutschen Bank, Behrenstr. 9/13,
„ „ „ „ Dresdner Bank, Behrenstr. 38/39,
„ „ „ „ Mitteldeutschen Creditbank, Burgstr. 24, und deren Filialen in München,
„ „ „ dem Bankhause Jacquier & Securius, An der Stechbahn 3/4,
„ „ „ „ Bankhause E. J. Meyer, Voßstr. 16.

Berlin, den 25. Februar 1926.

Schultheiss-Patzenhofer
Brauerei-Aktiengesellschaft
Dr. W. Sobernheim

Kräuter-Franzbranntwein Ueberall erhältlich. **Kopp & Joseph** Berlin W.

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Der Handelsetat im Landtag.

Handelsminister Schreiber über die Wirtschaftskrise.

Im Landtag beantragte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Bartels (Komm.), alle Gemeindevorsteher, Gutsvorstände, Landräte, Amtspersonen, die der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheides Schwierigkeiten machen, sofort ihres Amtes zu entheben und unter Anklage des Amtsverbrechens zu stellen.

Da dem Antrage von deutschnationaler Seite widersprochen wird, kann er nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Lärm bei den Komm.)

Dann setzt das Haus die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fort.

Als erster Redner nimmt hierbei der preußische

Handelsminister Dr. Schreiber

das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß der Gesamtzuschuß der Handels- und Gewerbeverwaltung sich von 28,6 auf 35,8, also um 7,2 Millionen erhöht. Die Zuschüsse für Berufsschulen sind um 3,3 Millionen erhöht worden. Auch der Zuschuß zu den Fachschulen, die für die Ausbildung unseres technischen Nachwuchses bestimmt sind, ist um 725 000 M. erhöht worden. Für den Luftverkehr sieht der neue Haushalt eine Erhöhung um 2,5 Millionen vor. Der Luftverkehr sei erst im Aufbau begriffen und bedarf dringend der staatlichen Förderung. Neu hinzugekommen sind die Ausgaben für Schlichtungsausschüsse und arbeitsrechtliche Kammern. Endlich erfordert eine angemessene Unterhaltung der See- und Binnenhäfen infolge der Steigerung der Materialpreise und der Löhne etwa 1,2 Millionen mehr als im Vorjahre. Jedenfalls ist bei der Aufstellung des Haushalts der Handelsverwaltung eine große Sparsamkeit geübt worden.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft könnte bei aller Berücksichtigung ihrer Reparationsverpflichtungen sicherlich entgegenkommender eingehen auf die Wünsche derjenigen Wirtschaftsgebiete, die sich der besonderen Fürsorge der preußischen Verwaltung auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens von jeher erfreuen konnten.

Hier zeigt sich bei der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Schwerfälligkeit, das Notwendige zu tun. Sie ist nicht nur eine Reparationsanstalt, sondern das wichtigste nationale Wirtschaftsinstrument Deutschlands. Durch eine Anregung des Wirtschaftslebens durch geeignete Sondertarife würde die Leistungsfähigkeit der Reichsbahn und des Reiches auch in bezug auf die Reparationsverpflichtungen erhöht werden.

Der Minister geht dann auf die in der Debatte hervorgetretenen Momente ein und erklärt u. a., daß von den 70 Industrie- und Handelskammern bereits 53 Einzelhandelsausschüsse haben. In der Elektrowirtschaft wolle der Staat

keineswegs ein Elektrizitätsmonopol

errichten oder die normale Entwicklung anderer großer Elektrizitätsunternehmungen hemmen. Es handelt sich bei den staatlichen Beteiligungen nur darum, die staatliche Elektrizitätswirtschaft rationeller zu gestalten, um eventuell später eine angemessene Rente daraus zu erhalten. Besonderen Wert lege er auf eine Verständigung mit den führenden Großunternehmungen. Gegen den Gesetzentwurf der ehemaligen Reichsregierung über den Preisabbau habe er Bedenken; mit behördlichem Zwange sei in dieser Richtung bisher nicht allzuviel erreicht worden. Er verspreche sich mehr von der zunehmenden Erkenntnis in Unternehmerkreisen, daß eine allgemeine Preissenkung in ihrem eigenen Interesse wichtiger sei als eine künstliche Hochhaltung der Preise. Begrüßenswert ist die Entschließung des deutschen Handwerks, von allen Preisvereinbarungen jetzt Abstand zu nehmen. Es dürfte sich empfehlen, wenn auch andere Wirtschaftsgruppen dasselbe täten. — Das Washingtoner Abkommen müsse ratifiziert werden, wenn auch die übrigen Staaten den gleichen Schritt unternehmen. Die Sonntagsruhe sei eine wertvolle soziale Errungenschaft; Bestrebungen auf Beseitigung derselben werde er nicht unterstützen.

Die Bedenken gegen die Wirkungen der Steuerermäßigungen des Reichsfinanzministers könne er nicht verstehen, da doch gerade aus Kreisen der Wirtschaft stürmisch eine Senkung der Steuern verlangt wurde.

Es frage sich, ob es hinsichtlich der Finanzpolitik des früheren Reichsfinanzministers nicht besser gewesen wäre, wenn die Reichsfinanzen etwas weniger, die Wirtschaft aber etwas mehr Fett hätte ansetzen können. Eine Besserung der Wirtschaftslage werde sich nur durch die Hebung der Kaufkraft im Innern und durch eine Vermehrung des Absatzes nach dem Auslande erreichen lassen. Die Kaufkraft unseres Volkes kann aber nicht gehoben werden durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, denen dann eine Preissteigerung folgen würde, sondern nur durch eine allgemeine Senkung des Preisniveaus, die den arbeitenden Massen durch Erhöhung ihres Reallohnes zugute kommt. Zur Hebung der furchtbaren Arbeitslosigkeit, der sich die große Zahl der Kurzarbeiter zugesellt, habe die Regierung das Ihre dazu getan, dem Baumarkt möglichst schnell reichliche Mittel zuzuführen. Gemeinsam mit der Reichsregierung werde die preußische Regierung jedes geeignete Mittel ergreifen, um unserer deutschen Wirtschaft mehr Aufträge als bisher zuzuführen und damit den deutschen Arbeitern weitere Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, dann werde es hoffentlich bald besser werden. (Beifall.)

In der fortgesetzten Debatte nimmt dann

Abg. Thiele (Soz.)

das Wort. Abgelehnt müsse die einseitige Auffassung werden, daß das Dawes-Abkommen die Wirtschaft ruiniere. Man müsse auf die letzten Ursachen auch dieses Abkommens zurückgehen. Die aber lägen in dem fürchterlichen Zusammenstoß der Völker, an dem die Deutschnationalen ein gerüttelt Maß Schuld trügen. (Sehr richtig! links.) Es gelte jetzt die friedliche Verständigung ganz Europas über Wirtschaftsfragen gegenüber Amerika. Der Redner wendet sich dann gegen die Tarifpolitik der Reichsbahn, die die Wirtschaft schädige und fordert Preisabbau durch Inhibierung diktatorischer Preisfestsetzungen von Kartellen.

Abg. **Dolezych** (Dnat.) verlangt den Abbau der preußischen Grundvermögens-, Hauszins- und Gewerbesteuer. Weiter wünscht er die Schaffung eines Zentralinstituts, das lediglich die Kreditbedürfnisse des Handwerks befriedigen soll.

Abg. **Teitscheid** (Z.): Die Politik des Herrn v. Schlieben wäre nicht notwendig gewesen. Eine solche Thesaurierung bedeutet nur unnötige Verteuerung der an sich schon schwierigen Lebensverhältnisse. Wir verlangen Beseitigung der Wirtschaftsausschüsse bei den Behörden, die dem selbständigen Kaufmann so große Konkurrenz machen.

Abg. **Heidenreich** (D. Vp.) erklärt, daß die Reichsbahnpolitik nicht befriedigen könne, solange die Reichsbahn immer anderer Meinung sei als Reich und Staat. Man müsse auf schnellste Besetzung des preußischen Postens im Verwaltungsrat dringen, aber nur mit einer Persönlichkeit, die sich mehr als Vertreter Preußens und weniger als selbständiger Berater der Reichsbahn fühlt, wie das bei dem bisherigen Inhaber der Fall gewesen sei.

Abg. **Sobottka** (Komm.) kritisiert die Politik des Kohlensyndikats, das Kohlen für 9 M., ja für 8,50 M. die Tonne ins Ausland gehen lasse, für die der kleine Handwerksmeister im Ruhrgebiet 22 M. zahlen müsse.

Abg. **Goll** (Dem.) verlangt Unterstützung der Genossenschaften in der Diskontierung von Wechseln. Die Sparkassen müßten eventuell auf dem gesetzlichen Wege dazu angehalten werden, sich wieder wie früher dem langfristigen Kreditgeschäft zuzuwenden.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. **Schön** (W. Vgg.) und **Schmidt-Friedenau** (Dnat.) vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr. (Außerdem: Festsetzung der Mitgliederzahl des Ausschusses zur Untersuchung der Beschwerden von Bergarbeitern, zweite Beratung der Hauszinssteuer.)

Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung

Unter dem 28. Juli 1925 ist ein Gesetz über Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung ergangen, das dem Reichsarbeitsminister die Befugnis überträgt, Richtlinien hierfür zu erlassen. Zur Erörterung dieser Richtlinien fand in dieser Woche eine Versammlung der Träger der Reichsversicherung und der öffentlichen Fürsorge in Berlin statt. Es wurde eine neungliedrige Kommission gebildet, die die weiteren Vorarbeiten übernehmen wird. Die Vertreter des Reichsarbeitsministers betonten, daß es sich zunächst um den Zusammenschluß von Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten handeln wird, mit dem Ziele, die großen Volksseuchen zu bekämpfen. Später sollen dann die übrigen Versicherungsträger und die Träger der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege in die so gebildete Arbeitsgemeinschaft mit einbezogen werden.

Der Reichsrat hat dem Gesetzentwurf der Regierung über Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit einem Zusatzantrag Bayerns zugestimmt, wonach die Möglichkeit vorgesehen ist, einen Teil der betreffenden Mittel auch für Darlehen zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verwenden.

Die neue Stimmenverteilung im Reichsrat ist jetzt folgende: Preußen 27, Bayern 11, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen und Hamburg je 2 Stimmen; die übrigen Staaten je 1 Stimme; zusammen 68 gegen bisher 66 Stimmen.

Die Rechtsverhältnisse der Kassenärzte. Der Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen, dem die Regelung der Rechtsverhältnisse der Kassenärzte gesetzlich übertragen ist, wird am 27. d. M. in Berlin zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Schaffung von Grundlagen für eine Arztstatistik, die Regelung der Arztfrage bei den Reichsbahn-Betriebskrankenkassen und die Frage, ob amtlich angestellte und pensionierte Aerzte zur Kassenpraxis zugelassen werden können.

Der Landtagsausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen nahm einen Antrag an, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie die heutigen viel zu umfangreichen und verwickelten Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes durch kurze klare Bestimmungen ersetzen soll, die sich eng an das Bürgerliche Gesetzbuch anlehnen.

Versuchen Sie die neue TELEFUNKEN-LAUTSPRECHER-RÖHRE

TELEFUNKEN R.E.154

Sie werden überrascht sein!

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und billig!

Ihre Verdauung

Ist das Ah!! und das Oh!! Ihrer Gesundheit!

Mangelhafte Verdauung führt zu Magen- und Darmbeschwerden, chronischer Darmträgheit, Stoffwechselkrankheiten, Gallen-, Leber-, Nierenleiden, Fettleibigkeit, Rheumatismus, Gicht usw. Beugen Sie vor! Schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlensaure „Boesongetränk“! Sie werden überrascht sein, wie schnell und wohltuend Ihre Verdauung geregelt, Ihre Gesundheit gefördert wird. Darum kaufen Sie sich

Boeson-Fruchtsalz

Denn dies regelt früh und spät den Verdauungsapparat

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Strasse 95, Fernsprecher: Hasenheide 8732 u. 5735.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschl. Geschäftsstelle Groß-Berlin.

Nach kurzer Krankheit verstarb im Altersheim Buch unser ältestes Mitglied, Kollege 176/19

Hermann Flemming

im 91. Lebensjahr.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, den 26. Februar, vorm. 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, den 19. Februar, starb plötzlich im Alter von 39 Jahren unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Paul Malicke

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen langjährigen und treuen Mitarbeiter.

Ehre seinem Andenken!

Geschäftsleitung und Personal der Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt (P. Singer & Co.)

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Febr., nachm. 1½ Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, Faltenberger Straße, aus statt.

Straßenbahnverbindung: Linien 60, 61, 62, 72.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Tode meiner lieben Frau

Frida Zimpel

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Genossen der SPD. Falkenberg und den Koll. der Allg. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin herzlichsten Dank.

Paul Zimpel und Tochter.

Berlin, den 26. Februar 1926.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 28. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Lokal „Zur Schlesischen Heimat“, Neue Friedrichstraße 1 (nahe Bahnhof Jannowitzbrücke):

Versammlung

sämtlicher Autogen- und Elektroschweißer sowie Schweißerinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Berufskrankheiten der Schweißer. 2. Berufsangelegenheiten.

Es ist unbedingte Pflicht aller im Beruf Tätigen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Toiletteseife Pfund 75 Pfg.

1a Ware **Verbandwatte** 1a. Kilo 3 Mk. **Fieber-Thermometer**, geprüft, 1 Mk. **Toilette-Papier**, 10 Rollen 70 Pfg., 1a Krepp, 10 Rollen 1.40 Mk. **Butterbrot-Papier**, fettdicht, Paket 15 Pfg. **Zahnpasta**, gr. Tube 20 Pfg., **Hautcreme** 10u. 20Pfg. **Taschenzerstäuber** mit 2 Spiegeln, Puder u. Quaste 50 Pfg. **Eau de Cologne**, gr. Flasche 25 Pfg. **Kopfwasser** 30 u. 60 Pfg., sowie viele ähnliche Artikel unter Preis. Markgrafenstr. 84, a. d. Lindenstr., Laden.

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C 19 • GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STRASSE 1-4

Fertige Herrenkleidung

Sakko-Anzüge	Herren-Ulster
86588 mittelfarbiger Cheviot, einreihige Form M. 48.-	81184 modefarbiger gemusterter Cheviot, solide Ausführung M. 48.-
86686 braungestreifter Cheviot, einreihige Form, mod. Ausführung M. 58.-	81257 mittelfarbiger apart gemusterter Cheviot M. 56.-
86777 blaugrau. Cheviot, neuart. Korbgeflechtmuster, einreihige Form M. 66.-	81237 dunkelgrauer melierter Cheviot M. 66.-
86783 mittelbraun gestreifter Cheviotanzug, zweireihige Form M. 72.-	81235 bräunlich melierter, moderner Covertcoat M. 76.-
86860 blaugrauer Cheviot mit mod. Überkaro, einreihige Form M. 75.-	81265 modefarbiger, gemusterter Gabardine M. 88.-
86780 mittelgrauer, sehr guter Cheviot, zweireihige Form M. 82.-	81276 Apart gemusterter Gabardine, moderne Ausführung M. 96.-

Unsere Konfektion eigener Herstellung zeichnet sich aus durch vorzügliche Ausführung, hohen Qualitätswert, moderne Linienführung und durch wirkliche Preiswürdigkeit

Arbeitersport.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis, 1. Bezirk. Am Sonntag, 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet in der Turnhalle der Körnerschule in Köpenick, Lindenstraße, das Hallenwetturnen des Bezirks für Männer, Jugend und Frauen statt. Kampfrichtersitzung um 1 Uhr im Restaurant Stadtpark, Bahnhofstr. 1.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Fachgruppe des 4. Bezirks. Sonntag, 28. Februar, Gerätewetturnen. Oberstufe nur in Schöneberg, Kärtenstraße. Beginn nachmittags 2 Uhr. Kampfrichtersitzung 1½ Uhr. Für Mittelstufe vormittags 9 Uhr Gormannstraße (Turnverein „Fichte" und FTGB.) und nachmittags 2 Uhr in Schöneberg.

Alle Mitglieder und Sportfreunde vom A.-T.- u. Sp.-B. Pankow versammeln sich Sonntag früh 7½ Uhr Flora- Ecke Berliner Straße zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Sportplatz. Gearbeitet wird bis 3 Uhr nachmittags.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Abt. Lichterfelde-Lankwitz: Dienstag, 2. März, bei Kattum, Lichterfelde, Rückestr. 7. Vortrag des Schachgenossen Kopenheim. Schachspieler und solche, die es werden wollen, sind hierzu freundlichst eingeladen. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

Sportklub Sturm E. V., Oberschöneweide. Freitag, 26. Februar, findet in der Turnhalle Wattstraße in Oberschöneweide der diesjährige Vereinswettstreit im Ringen statt; es wird in drei Jugend- und vier Männerklassen ausgetragen. Außerdem wird der Trainer Otto Gillert mit einem geeigneten Partner eine Demonstration vorführen. Die Kämpfe werden zwischen 8 und 10 Uhr ausgetragen.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Jahres-Generalversammlung am Sonnabend im Gewerkschaftshaus. Anfang 7 Uhr. Einlaß nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches bzw. der Funktionärkarte.

Touristenverein „Die Naturfreunde" (Zentrale Wien). Abt. Neukölln: Freitag, 26. Februar, 8 Uhr, im Heim Kopfstr. 55. Vortrag: „Urgeschichte und Eiszeit". Gäste willkommen. Vorher Jugendgruppe: Diskussionsabend ½7 bis 8 Uhr im selben Raum. — **Abt. Gesundbrunnen:** Schillerlyzeum, Böttcher- Ecke Pankstraße. Freitag, 26. Februar, 8 Uhr, Literarischer Abend. Kurt Eisner zum Gedächtnis. Referent: Genosse Dr. Max Schütte. Sonntag, 28. Februar, Oranienburg—Neuendorf. Treffpunkt ½8 Uhr Bhf. Gesundbrunnen. Führer: M. Hinz. Montag, 1. März, ½8 Uhr, Funktionärsitzung beim Genossen Sinn. — **Abt. Charlottenburg:** Freitag, 26. Februar, 8 Uhr, Jugendheim Hoeselerstr. 16b. Fortsetzung des Vortrages: „Wochenanalyse" mit Experimenten. Die Sonntagswanderung wird im Heim bekanntgegeben. Gäste willkommen. — **Abt. Friedenau.** Freitag, 26. Februar, im Jugendheim Offenbacher Str. 5a Naturfreundewerbeabend. Volkstanz, Rezitationen, Lieder zur Laute. Beginn 8 Uhr. Gäste willkommen. — **Abt. Wedding:** Sonntag, 28. Februar, Unterhaltungsabend im Schroederhaus, Malplaquet- Ecke Liebenwalder Straße. Einlaß 5½, Beginn 6 Uhr. Zur Deckung der Unkosten 20 Pf. Umlage. Gäste willkommen.

Kreisschule Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis. Die Knabenklasse veranstaltet am 1. März in der Turnhalle Bouchéstr. 75 von 6—8 Uhr eine Muster-Schulentlassungsfeier. Kinderturnwarte und Interessenten werden gebeten, dort zu erscheinen.

Eislauf-Abteilung der ABJ. Uebungsabend im Sportpalast am heutigen Freitag, 7¼ Uhr. Sämtliche Arbeitersportler und -sportlerinnen sind dazu eingeladen. Unterricht kostenlos. Alle Interessenten werden gebeten, bei den Zusammenkünften der ABJ. jeden Donnerstag auf dem Fichten-Turnplatz in Treptow zu erscheinen. Jede Eislaufangelegenheit beantwortet gern W. Höfer, O 17, Fruchtstr. 4. — Sonntag Fahrt nach dem Blumenthal.

„Wander-Paddler Havel", Mitglied des A.-T.- u. Sp.-B. Unter diesem Namen ist auf der Oberhavel ein Verein ins Leben gerufen worden, der das Bestreben hat, die Interessen aller Arbeiter-Kanufahrer auf der Oberhavel zu vertreten. Bootsstände noch frei. Anschriften an Max Braune, N, Wolliner Straße 12, zu richten.

Freie Schwimmer Neukölln E. V. Sonntag, 28. Februar, 5 Uhr, Maskenball in Kliems Festsälen, Hasenheide 13/15. Eintritt 1 M. Gäste herzlich willkommen.

SV. Sparta. Freitag, 26. Februar, in der Turnhalle Elisabethstr. 57 internes Hallenmeeting. Beginn 6½ Uhr. Gäste willkommen. Sonntag, 28. Februar, 10 Uhr, Waldlauf, Sportplatz Treskow-Allee (Lichtenberg-Friedrichsfelde), Linie 69 und 70.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Touren für Sonntag, 28. Februar. **Bez. 1, 1. Abt.:** Jugendtour nach Brandenburg (Havel). Start 8 Uhr Bülowstr. 55. 12 Uhr Naturhistorisches Museum. — **2. Abt.:** 1 Uhr Adlershof, Ziege. Start Dieffenbachstr. 36. — **3. Abt.:** 1½ Uhr Adlershof, Ziege. Start Lausitzer Platz. — **5. Abt.:** Kaulsdorf-Süd, Sanssouci. Start 1 Uhr Bamberger Platz. — **6. Abt.:** 1 Uhr am Start Kopenhagener Str. 36. — **7. Abt.:** 1 Uhr am Start Kolonnenstr. 16. — **8. Abt.:** Jeden Donnerstag Radballspiel in der Waldhütte Plötzensee beim Wassersportplatz. — **9. Abt.:** Birkenwerder, Japan. Start 12 Uhr Schulstr. 114. — **10. Abt.:** 1 Uhr am Start Comeniusplatz. — **11. Abt.:** Streifzüge durch den Norden. Start 10 Uhr Hochstr. 12. — **Bez. 2, Ortsgr. Neukölln:** 1 Uhr am Start Saale- Ecke Kanner Straße. — **Ortsgr. Charlottenburg:** 1 Uhr Zehlendorf, Gericke. Start Galvanistr. 12. — **Bez. 21, Ortsgr. Tegel:** 1½ Uhr am Start Schlieperstr. 64. — **Ortsgr. Lichtenberg:** Woltersdorf. Start 8 Uhr Vereinslokal. — **Ortsgr. Niederschönhausen:** 27. Februar, 7 Uhr, gemütliches Beisammensein im Vereinslokal.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonntag, 28. Februar, 1½ Uhr, nach Zehlendorf-Mitte bei Gericke, Karlstr. 12. — Voranzeige: Sonnabend, 6. März, in den „Prachtsälen", Inhaber Jemer, Am Treptower Park 27, Wiener Maskenball.

FT. Schönholz, Hockeyabteilung. Geschäftsstelle: Werner Kluge, Stockholmer Straße 29. 2. Mannschaft spielt am 28. Februar, 2½—4 Uhr, gegen Wilmersdorf II in Wilmersdorf. Treffpunkt: 1 Uhr Bhf. Gesundbrunnen. Frauenmannschaft spielt am 28. Februar, 4—5 Uhr, gegen Charlottenburgs Frauen in Charlottenburg. Treffpunkt: 2½ Uhr Bhf. Gesundbrunnen.

Mannschaftsringkampf Libertas 96 gegen Köpenick. Freitag, 26. Februar, 8 Uhr, völliger Serienkampf Turnhalle Charlottenburg, Spreestr. 29.

Arbeitersport- und Kulturkartell Lichtenberg. Vereine, welche die statistischen Fragebogen für 1926 noch nicht eingesandt haben, werden hieran erinnert. Nichteinsendung zieht Verlust der Rechte nach sich. Die Aufnahme in den Ortsausschuß für Jugendpflege, Mügelstr. 19, muß von jedem Verein selbst nachgesucht werden unter Beifügung der Satzungen und des Mitgliederverzeichnisses, enthaltend: Vor- und Zuname der Jugendlichen (14—21 Jahre), deren Alter, Stand und Wohnung. — Nächste Delegiertensitzung am 17. März.

Schach-Großkampftag. Sonntag, 28. Februar, vormittags ab 10 Uhr, in den Arminiushallen, Bremer Str. 72/73, große Schach-Werbeveranstaltung der Abteilung „Nordwest" des Berliner Arbeiter-Schachklubs. Eintritt frei. Rege Beteiligung sämtlicher Arbeiter-Sportorganisationen wird erwartet. Sämtliche Obleute der Berliner Abteilungen werden hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß das gesamte verfügbare Spielmaterial zu dieser Veranstaltung abgeliefert werden muß. Da die Abteilung nach den bisher eingelaufenen Meldungen mit einer Beteiligung von etwa 400 Spielern rechnen muß, ist unbedingt notwendig, daß das Spielmaterial rechtzeitig abgeliefert wird. Es ist dafür Sorge getragen, daß eine Verwechslung des Materials nicht erfolgen kann.

Sei kein Tor — beuge vor — nimm
Dr. Schröder's
AUFBAUSALZ

Es schafft . . gesundes, alkalireiches Blut.
Es behebt . Müdigkeit, Abspannung, Unlust, Depression.
Es kräftigt . Nerven, Muskeln, Haarwurzeln, Zahngebilde.
Es erneuert die Zellen und Gewebe.
Es fördert . die Verdauung, den Blutumlauf, Stoffwechsel.
Es reinigt . Nieren, Leber, Darm und Blase.
Es bindet . überschüssige Säuren im Blut u. in den Organen.
Es beseitigt Fettansatz und verhindert Verfettung.
Es gibt . . Kräftegefühl, Frohsinn, Wohlbehagen.
Es ist . . . . geschmacklos, geruchfrei, bequem zu nehmen.
Die tägl. kleinen Prisen Dr. Schröder's-Aufbausalz schaffen es.

Täglich 2 × 1 Prise Dr. Schröder's Aufbausalz = 1 ganzes Leben Jugend

Groß-Kur M. 3.—, Klein-Kur M. 1.20.
In allen Apotheken und Drogerien zu haben.
Generalvertretung: „Vita" Vertriebs-Handelsges. m. b. H., Berlin SW. 48 Besselstraße 19, I. Stock, Ecke Charlottenstraße, Telephon: Dönhoff 349.

Haus und Hausrat Gildenhall G. m. b. H.
Verkaufsstelle: Berlin NO 18
Grosse Frankfurter Strasse 41-42

Komplette Speise-, Herren-, Wohn- und Schlafzimmer Küchen, Einzelmöbel in einfacher gediegener Form und bester Tischlerarbeit

Aeußerst bequeme Zahlungsbedingungen

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
= Ständig ca. 3000 St. auf Lager =
Preisliste gratis!
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30 / W, Passauer Straße 12
Bei Nichtgefallen werden die von mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückgenommen.

Spezialbehandl. Ischias in 3 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Zahlreiche Anerkennungen. Ärztl. empfohlen. Invalidenstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12.

Städtische Baugewerkschule Berlin
W 35, Kurfürstenstr. 141
Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.
Semesterbeginn: Mittwoch, 7. April 1926
Anmeldungen: Täglich v. 8 bis 4 Uhr im Bureau. — Teleph. Magistrat 39

Gewinn-Auszug

5. Klasse 26. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

19. Ziehungstag — 24. Februar 1926, nachmittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 500000 Mk. 62099
2 Gewinne zu je 10000 Mk. 217627
4 Gewinne zu je 5000 Mk. 169736 245509
14 Gewinne zu je 3000 Mk. 17918 21059 102807 156444 156826 206764 261410
14 Gewinne zu je 2000 Mk. 7888 84418 104677 179937 220801 231521 271935
32 Gewinne zu je 1000 Mk. 17877 27393 71256 78478 123227 134140 173356 201462 206317 210722 247794 252646 278903 278550 294660 298065
96 Gewinne zu je 500 Mk. 3306 7282 10836 13193 15836 23979 50189 52304 52824 59443 64778 69167 71836 72431 85100 96583 98269 99810 103402 103435 109685 108433 110005 112723 116063 121946 132132 134911 136843 144327 156492 160568 186649 189805 196608 197962 202414 202504 208763 221874 224049 241187 264146 265831 269802 278528 279202 282461
186 Gewinne zu je 300 Mk. 5257 10528 13156 17432 22934 39437 48770 60197 61503 64899 68417 62639 62941 63377 66957 73363 73927 73991 74794 77669 78702 79365 89923 90436 92049 93624 96513 101307 106368 109786 110958 112794 113571 116314 117277 136224 142332 142566 149000 154176 156576 159892 162763 163014 164343 167346 171396 172549 173570 176020 179274 185661 188642 192395 193649 193656 194093 195572 196404 197169 198999 211729 211814 213655 216111 217844 224965 226158 231492 241612 242302 243327 245895 248202 251375 253228 253662 256508 263268 264155 269062 269221 274999 275465 275576 277676 280529 280701 284167 289518 291921 296897 297438

20. Ziehungstag — 25. Februar 1926, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

4 Gewinne zu je 10000 Mk. 89435 157156
4 Gewinne zu je 5000 Mk. 242295 255902
10 Gewinne zu je 3000 Mk. 14816 60113 83517 205308 231121
16 Gewinne zu je 2000 Mk. 11211 40113 115660 153760 178265 183084 264251 258877
28 Gewinne zu je 1000 Mk. 11309 31973 64090 97842 98343 111293 126117 144659 163415 174748 188616 203705 204695 246144
96 Gewinne zu je 500 Mk. 1877 12421 12652 18678 18707 25565 28631 37687 41932 51021 65264 78032 82747 83507 85383 87410 97147 100019 110040 112066 112545 112924 112979 115810 126514 138303 153523 158767 170459 172805 175939 179759 180522 181240 193241 197966 207425 210527 214414 215015 215862 220093 234874 239317 259850 282277 285634 288423
186 Gewinne zu je 300 Mk. 4143 12159 12295 17038 17879 19428 21005 21330 21571 34605 40048 40623 42918 44264 47789 49746 51878 54300 56556 58269 59313 59383 72896 73348 76796 82945 85176 85692 85725 89621 92814 97769 103374 105896 107069 107567 109905 109944 111062 115274 118408 133822 136493 143068 148199 152338 153028 159271 160700 166087 179670 184062 191214 193851 194271 196965 197923 210560 210961 214434 216226 219450 220844 226709 231816 233541 233893 241522 247156 251665 252219 258541 260263 261352 266419 273804 277126 284581 286044 286414 286928 293853 295276

Auf Teilzahlung liefert elegante Herren-Moden fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstr. 160, I.
Chausseestr. 1.
Eingang Zieleuer Straße

Mieten Sie von uns
Gasherde
Gaskocher
Brat- & Backöfen

In sechs Monaten Ihr Eigentum
Auf Wunsch Sonder-Prospekt
P. Raddatz & Co
Berlin W 66, Leipziger Str. 122-123

Verkäufe

Teppiche, Diwandecken, Tischdecken, Bettvorleger, Läuferstoffe, prachtvolle Auswahl, extra billige Gelegenheiten. Fischer, Potsdamerstraße 109.

Reißzeuge (Richter-Bräilsen), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37.

Sohlen-Ausschnitt sowie sämtliche Schuhmacher-Artikel billigst. Lederhandlung Nathan, Große Frankfurterstr. 31.

Teilzahlung. Kinderwagen.

Teilzahlung. Puppenwagen.

Teilzahlung. Metallbettstellen. Ball, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße.

Teilzahlung. Gardinen, Stores, Bettdecken, Steppdecken, Diwandecken, Teppiche und Möbel jeder Art, geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenicker Str. 77/78 Ecke Brückenstraße.

Teppich-Scherer verkauft gegen bequeme Teilzahlung Teppiche, Brücken, Diwandecken, Mahagonilaufen, Stores, Bettdecken, Steppdecken, Bettvorlagen, Läuferstoffe. Elsässer Straße sechs, am Rosenthaler Platz.

Ein- und Verkauf: Cordel, Bindfaden, Seilerwaren, Wurst-, Schuh-, Sattlergarn, Raffiabast und Bindegarne für Gärtnereien. Verkauf zu Fabrikpreisen. Einen Posten Papierbindfaden für Fabrikationsverbrauch in drei Stärken billig abzugeben. 25 Prozent unterm Fabrikpreis. Auf Wunsch werden Muster abgegeben. Adler, Rosenthalerstraße 67.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Sommerpaletots, Gabardinemäntel, außerdem hochelegante neue Garderobe zu staunend billigen Preisen. Gelegenheitskäufe in Sportpelzen, Gehpelzen, Pelzmänteln, Pelzjacken, Füchsen aller Art, auffallend billig im Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Spottbillig verkaufe wenig getragene erstklassige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Taillenmäntel, Hosen. Speziell Bauchanzüge, Paletots. Verleih von Gesellschaftsanzügen. Pfandleihe Weingarten, Prinzenstraße 83.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105.

Getragene Herrengarderoben, Gesellschaftsanzüge für korpulente Figuren staunend billig. Roß, früher Mulackstraße, jetzt Gormannstraße 25/26 und Mariannenstraße 26.

Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten. Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, große Auswahl, billige Preise. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Möbel

Konkurrenzlos. Neue fournierte Ankleideschränke mit Spiegel 105.—, neue englische Bettstellen mit Federboden und dreiteiligen Auflagen 55.—, Nachttische mit Marmorplatte 15.—, Plüschsofa 45.—, Diplomaten 48.—, Säulenbüfett 75.—, neue Küchen, 102 breit, 68.—, Eßzimmer, echt Eiche, 160 breit, komplett 345.—. Riesenauswahl in jeder Ausführung. Möbelhaus Gottlieb, Mauerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen.

Gelegenheit. Kleiderschrank 18.—, Vertiko 15.—, Waschtoilette 15.—, Frankfurter Schreibtisch 25 Mark, Sofa 15.—, Küchen 24.—. Möbelhaus Gottlieb, Mauerstraße dreizehn.

Chaiselonguedecken 9.—, wunderbare Wandbehänge 5.—. Pappelallee 12.

Schlafchaiselongues, Bettchaiselongues, Chaiselonguedecken 9.—, Wandbehänge 5.—, Patentmatratzen 16.—, Polsterauflagen. Wochenabzahlung 3.—. Pappelallee 12; Pankow, Schmidtstraße 1.

Metallbetten mit Auflagen 28.—. Pappelallee 12; Pankow, Schmidtstr. 1.

Rehfeld, Badstraße 34: Ankleideschränke, dreiteilig, 98.—, 140.—, Waschtoiletten mit Spiegel 66.—, Nachttische 15.—, Apotheken 12.—.

Rehfeld, Badstraße 34: Englische Bettstellen 35.—, 48.—, 56.—. Plüschsofas 95.—, 120.—, 145.—.

Rehfeld, Badstraße 34: Diplomatenschreibtische 65.—, mit Aufsatz 48.—, Rohrstühle 4.90, 6.50, Sofa-Umbauten mit Spiegel 38.—.

Rehfeld, Badstraße 34: Moderne Küchen, weiß und farbig, 85.—, 125.—, 180.—, Metallbetten mit Messing, extra stark, 29.50.

Rehfeld, Badstraße 34: Standuhren von 95.—, Kleiderschränke, englisch, 69.—, Vertikos 60.—, Ausziehtische 29.—.

Rehfeld, Badstraße 34, gewährt Zahlungserleichterung, auch Versand nach außerhalb. Beim Einkauf von 100.— werden 5.— Unkosten in bar vergütet; also besuchen Sie mein reichhaltiges Lager, es lohnt sich.

Rehfeld, Badstraße 34: Komplette Schlafzimmer 235.—, 375.—, 450.—, Speisezimmer 365.—, 475.—, 590.—, Herrenzimmer 345.—, 450.—.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Teilzahlung, kulant. Möbel-Mitsch.

Teilzahlung, billig. Möbel-Mitsch.

Teilzahlung, reell. Möbel-Mitsch, Große Frankfurterstraße 45/46.

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Extraangebote. Mahagoni-Ankleideschränke, englische Bettstellen, Nachttische, Apotheken, Trumeaus, Ausziehtische, Stühle billig. Möbelhaus Sawerling, Kaiserinallee 58.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 85.

Pianos, prächtige Instrumente, bequeme Zahlweise. Gochten, Oranienburgerstraße 42.

Grammophon 10.— an, Schallplatten 0.50 an, Plattenumtausch, Reparaturen, Ersatzteile. Köpenickerstraße 188a.

Grammophon, der neue Sprechapparat mit Doppelton, unvergleichlich mit anderen Sprechapparaten, direkt ab Fabrik. Beste Werkseinrichtung. 3 Jahre Garantie. Geringe Anzahlung, kleinste Rate. Schallplatten 20 Stücke 25 Mark. Versäumen Sie nicht, sich von unseren Qualitätsapparaten und billigen Fabrikpreisen zu überzeugen. Sprechapparate-Bau-Gesellschaft Freier u. Co., N. 4, Chausseestraße 46, 1. Etage. Untergrundbahn: Station Schwartzkopffstraße, Straßenbahnhaltestelle.

Grammophon jetzt nur N. 4, Chausseestraße 46, 1. Etage.

Fahrräder

Motorrad! 0,67 St.-PS. u. 2 Brems-PS., stabile, gute Maschine, 350.— Mark gegen bar. Dahlmannstraße 13, Charlottenburg.

Freilaufräder, Rennmaschinen, Tandems. Teilzahlung. Kraus, Große Frankfurterstraße 32.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19

Verschiedenes

Am schönsten bei Kellers, Koppenstraße 29. Mittwoch, Freitag, Sonnabend, Sonntag größter, vornehmster Witwenball. Rundtänze. Zutritt nur ältere Jugend. Solide Preise. Herrlichste Ballmusik. Kommen, sehen, staunen!

Säle für Vereine einige Sonntage vergibt zu soliden Preisen Kellers, Koppenstraße 29.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Suche Vertreter, auch Damen, für Cordel, Bindfaden, Seiler-, Wurst-, Schuh- und Sattlergarn, Raffiabast, Bindegarne für Gärtnereien und Blumenhandel. Adler, Rosenthalerstraße 67. Vorstellung von 1—3. 177

Perfekte Näherin auf Kinderkleider. Walser, Reichenbergerstraße 157, v. II.

Perfekte Schaltungsmechaniker für OB- und ZB-Systeme stellt sofort ein W. Dauernheim, Köpenicker Str. 114. 10 bis 12 Uhr Vorstellung

10 billige Ultimo-Tage
Leihhaus Moritzplatz 58a
Anzüge: Serie I: früher bis 45.- jetzt 18.-, Serie II: elegant 31.50
Getragene Anzüge, teils auf Seide, enorm billig!
Frack- und Smoking-Anzüge — Paletots — Regenmäntel von 12.—
Damen-Garderobe — Wäsche — Schuhwaren — Keine Lombardware!